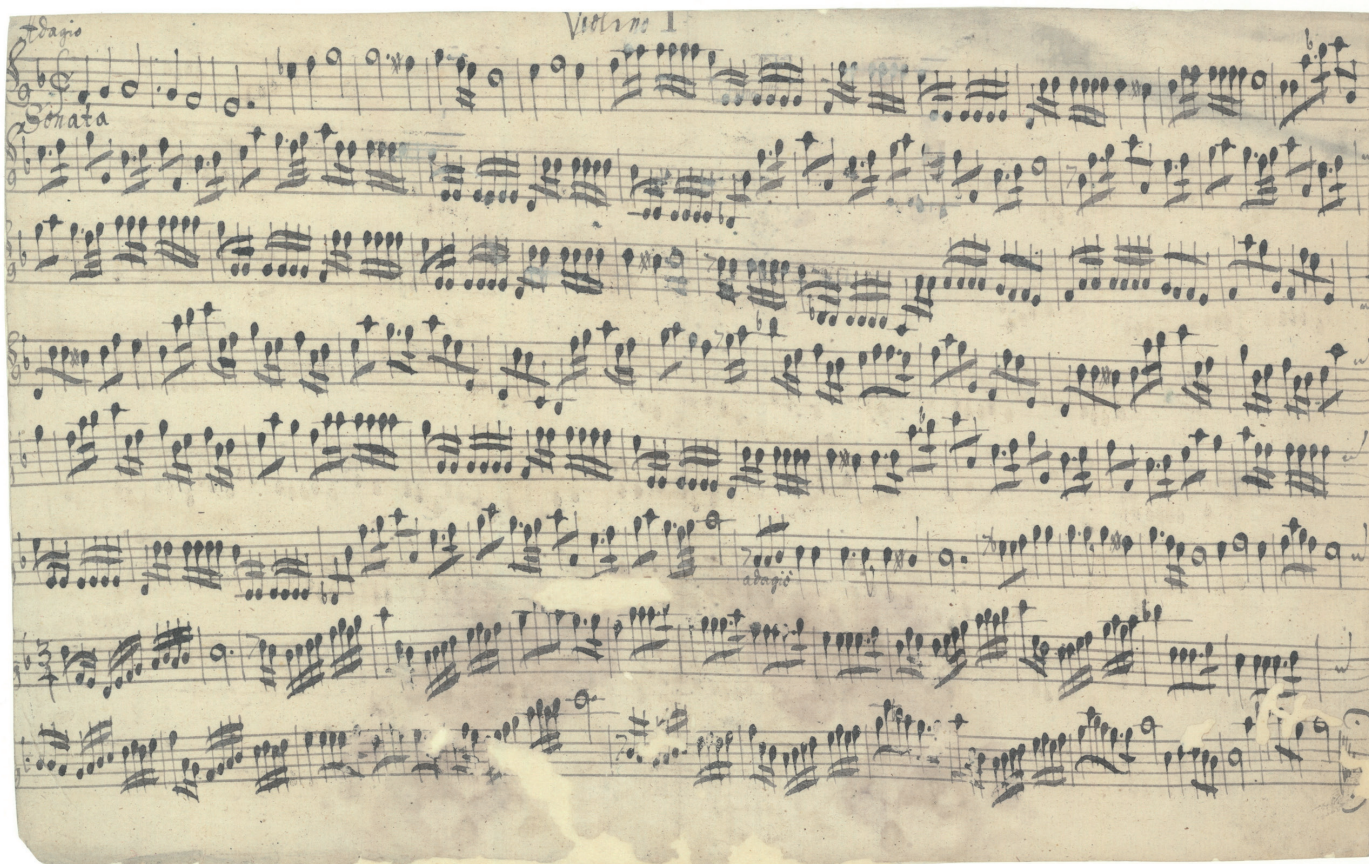


Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 73, Dezember 2017



Aus dem Inhalt:

Staatsminister Dr. Spaenle eröffnet Ausstellung „Original!“ (S. 5)

Rückgabe entzogenen Kulturguts (S. 8)

Ausstellungen in Sofija, Augsburg, Coburg, Landshut und Würzburg (S. 15–21)

Bundessondermittel für Bestandserhaltung (S. 60–61 und 63–65)

Inhalt

Aktuelles

Staatsminister Dr. Spaenle eröffnet die Ausstellung „Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns“ 5

Rückgabe entzogenen Kulturguts – Das Staatsarchiv Nürnberg gibt 41 Archivalien an die Nachkommen von Prof. Karl Süßheim zurück..... 8

10 Jahre Sudetendeutsches Archiv im Bayerischen Hauptstaatsarchiv 10

Austauschprogramm für Archivare und Restauratoren – Ein Projekt der Archivdirektorenkonferenz der Arge Alp 10

Besuch polnischer Archivarinnen und Archivare in München 13

Internet

Startschuss im Internet: Schwarzenberg-Findmittel online 14

Ausstellungen

Ausstellung „Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg“ mit großem Erfolg in Sofija gezeigt 15

Kleine Ausstellung im Staatsarchiv Augsburg: „500 Jahre Dichterkrönung Ulrich von Hutten“ 17

Ausstellung im Staatsarchiv Coburg: „1517. Die Welt der Pflege Coburg vor 500 Jahren“ 18

Ausstellung im Staatsarchiv Landshut: „Niederbayern und die Welt, die Grafen von Spreiti“ 19

Ausstellung „VERGISSMEINNICHT. Das Schicksal jüdischer Kinder im Dritten Reich im Raum Haßberge“ von Schülerinnen und Schülern gestaltet 20

Tagungen

Wissensverluste und Kulturbrüche als Menschheitsproblem: Tagung „Human Documents Project 2017“ in Freiburg 22

„NS-Belastungen“ und Überlieferungsbildung – 27. Kolloquium zur Polizeigeschichte in München..... 23

Internationales Symposium der IADA in Oslo 25

Veranstaltungen

Neuer Band der Edition der Ministerratsprotokolle präsentiert 26

13. Nacht der Kontraste im Staatsarchiv Coburg 27

Ritterspiele in der Festung Lichtenau 27

Führungen durch die Festung Lichtenau am Tag des Offenen Denkmals 2017 28

Die „Lange Nacht der Wissenschaften 2017“ mit einem „letzten Blick hinter die alten Mauern“ im Staatsarchiv Nürnberg 30

Nachts in der Würzburger Residenz! Das Staatsarchiv Würzburg beteiligt sich an der Residenznacht 2017 31

Archivpflege

Archivbetreuerkurs in Wertingen 32

Tagung der oberfränkischen Archivpfleger zum Thema Rechtsgrundlagen und Praxis der Überlieferungsbildung 33

Tagung der unterfränkischen Archivpflegerinnen und Archivpfleger 34

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Kloster Aldersbach Amtsbücher und Akten neu erschlossen 36

Fund in der Fragmentensammlung: Eine Triosonate des Münchner Hofmusikers Johann Caspar Teubner von 1695 37

Gefängniswärter, Landwirtschaftsbeamte und Flüchtlingskommissare – Neu erschlossene Personalakten 39

Personalakten und „Prinzenkurse“ – Zu einer Abgabe aus der Bayerischen Staatskanzlei 40

Einer für alle (Beamten) – Akten des Landespersonalausschusses 42

Karten und Pläne der staatlichen Bergbaubetriebe in Bayern erschlossen 43

Rückübertragung von Vermögenswerten politischer, religiöser und karitativer Organisationen nach der NS-Herrschaft jetzt breit dokumentiert 45

Verbesserter Zugriff auf die Einleitungen zu den Truppenakten des Ersten Weltkriegs 46

Kurfürst Max Emanuel, Nofretete und Tutanchamun. Johannes Seigieths Ausstellungsinszenierungen und sein Nachlass 46

Dokumente des sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch aus Familienbesitz übergeben 49

Staatsarchiv Amberg

Schenkung von Archivalien des Adelsarchivs Hartung 50

Abgabe des Amtsgerichts Tirschenreuth ermöglicht neue Forschungsaspekte 51

Staatsarchiv Augsburg

Komplizierte Rückkehr einer Urkunde des Dillinger Franziskanerinnenklosters 53

Staatsarchiv Bamberg

Schlossarchiv Hundshaupten der Freiherrn von Pölnitz 53
 Nachlass Gudila von Pölnitz 54

Staatsarchiv Coburg

Neue Bestände erschlossen 54

Staatsarchiv Landshut

AG Fach –Vorbereitung der elektronischen Aktenführung bei der Polizei 55

Staatsarchiv München

Erste Abgabe des Landwirtschaftsamts Traunstein nun zugänglich 55
 Das Familienarchiv von Sigriz: Eine kleine, aber feine Archivalienschenkung 56

Staatsarchiv Nürnberg

Die Erschließung der „Ansbacher Religionsakten“ – ein Beitrag zum Reformationsjubiläum 57

Bestandserhaltung

Bundessondermittel für Bestandserhaltung – Erfolgreicher Start eines neuen Förderprogramms... 60
 Schadenserfassung als Wegweiser und Planungsgrundlage – Lehren und Ergebnisse eines Modellprojekts 61
 Da ist der Wurm drin 62
 Rückerstattungsakten der Wiedergutmachungsbehörde I: Durch Entsäuerung vor dem (Papier)Zerfall gerettet 63

Notfallplanung

„Mit der Entstehung eines Brandes muss jederzeit gerechnet werden“: Brandschutzübung am Staatsarchiv Augsburg 65

Archivbau

„Architektouren 2017“ gastieren im Staatsarchiv Augsburg 67

Archivschule

Elf Anwärterinnen und Anwärter haben mit dem Vorbereitungsdienst begonnen 68

Personalia

Leitender Archivdirektor Dr. Bodo Uhl im Alter von 74 Jahren verstorben 69
 Langjähriger Leiter des Staatsarchivs Würzburg, Leitender Archivdirektor Dr. Hatto Kallfelz, verstorben 71
 Berichtigung 72

Neue Veröffentlichungen 73

Terminvorschau 74
 Impressum 75
 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 75

Aktuelles

Staatsminister Dr. Spaenle eröffnet die Ausstellung „Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns“

Am 10. Oktober 2017 um 17 Uhr wurde die Ausstellung „Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv feierlich eröffnet. Der Eröffnungsvorgang war eine intensive Vorbereitungszeit einer Arbeitsgruppe bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Aus den rund 46 Millionen Archivalien in den Staatlichen Archiven Bayerns wurden 126 inhaltlich, optisch oder aufgrund ihrer Bedeutung in der Geschichte herausragende Stücke ausgewählt. Sie werden nach Archivaliengattungen präsentiert, womit sich dem Besucher gleichzeitig eine begehbare Archivalienkunde öffnet.

Dr. Margit Ksoll-Marcon, Generaldirektorin der Staatlichen Archive Bayerns, begrüßte die bei der Ausstellungseröffnung anwesenden Gäste. Sie betonte, dass erstmals Archivalien aus allen staatlichen Archiven Bayerns in einer Archivalienschau in München zusammengeführt wurden. Damit erfolge gleichsam die offizielle Einweihung des neugestalteten Ausstellungsraums des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der neuen Ausstellungsvitrinen. Dr. Ksoll-Marcon bedankte sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an der Ausstellung und am Katalog, besonders auch bei den Ausstellungsgestaltern Thöner von Wolfersdorff, Augsburg, und bei der Druckerei Ortmannteam, München und Ainring.

Der Bayerische Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, MdL, hob in seiner Eröffnungsansprache die Bedeutung der Archive für Bayern als Kulturstaat hervor: „Die Ausstellung zeigt die reichhaltige und in sich geschlossene Überlieferung unserer Staatlichen Archive in Bayern. Sie erhalten die historischen Quellen unserer über 1200-jährigen



Generaldirektorin Dr. Margit Ksoll-Marcon und Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

bayerischen Geschichte für die Nachwelt und die Wissenschaft.“ Es sei wichtig und richtig, erhebliche Mittel in die Archive, ihre Modernisierung und Sanierung sowie in den Aufbau eines Digitalen Archivs zu investieren. Durch die Digitalisierung von Beständen und die Nutzbarmachung von Findmitteln im Internet erleichterten die staatlichen Archive die Zugänglichkeit der verwahrten Quellen und erhöhten den Komfort für ihre Benutzer.

Für die musikalische Umrahmung der Eröffnungsveranstaltung sorgten drei Mitglieder des „Ensemble Fagotti Parlandi“. Sie spielten kurze Stücke von F.H.J. Castil-Blaze, Eugène Bozza und Michael Norris. Beschwingt durch Fagottklänge folgten die Eröffnungsgäste dem Vortrag von Dr. Bernhard Grau zum Thema „Original‘ und historische Authentizität“. Ausgehend von der Definition des Begriffs



Das Trio Adesa (v.l.): Laurens Zimpel, Raphael Sirch und Johannes Stefaniak (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

„Original“, widmete sich Dr. Grau der Bedeutung von Archiven als Garanten historischer Authentizität. In vorkonstitutioneller Zeit bestand der Wert von Archiven „vor allem darin, dass die im Archiv verwahrten Dokumente Rechtsansprüche des Archivträgers, das heißt Herrschaftsansprüche, Eigentumsansprüche oder Ansprüche auf bestimmte Abgaben nachwiesen.“ Den Archiven und den darin verwahrten Dokumenten kam vor Gericht privilegierte Beweiskraft zu. Als die Archive sich der historischen Forschung öffneten, wurden sie „auch konstitutiv für den Erkenntnis- und Deutungsanspruch der Historiker“. Zu seiner Bedeutung als historische Quelle gewann Archivgut eine auratische Qualität, also eine allein aufgrund der Materialität und Haptik wirksame Bedeutung. Höhepunkt dieser Entwicklung, so führte Grau weiter aus, sei die Aufnahme bedeutender Schriftzeugnisse in das UNESCO-Weltdokumentenerbe. Grau stellte fest, dass historische Authentizität somit nicht nur aus den Objekten selbst heraus entsteht, sondern vielfach zugeschrieben wird. Er kennzeichnete „weit zurückreichende Überlieferung. Tradition, Kontinuität und Berechenbarkeit“ als Indizien, die das Vertrauen von Forschung und Öffentlichkeit in die Archive untermauerten. Vor einem abschließenden Blick auf „Archive und historische Authentizität im elektronischen Zeitalter“ widmete sich Grau den „Methoden der Authentizitätswahrung“. Er betonte, dass nicht nur Zuschreibung wesentlich für Authentizität sei, sondern vor allem die spezifische Arbeitsweise von Archiven und ihre Unabhängigkeit von Kanzleien und Registraturen. Eng damit verknüpft seien die Wahrung des Herkunftszusammenhan-



Dr. Bernhard Grau (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

ges und die direkte Übernahme des Schriftgutes von den schriftgutproduzierenden Stellen. Besondere Bedeutung komme diesen Prinzipien bei der Übernahme digitaler Unterlagen in die Archive zu: „Um die Integrität gerade der elektronischen Unterlagen auf Dauer zu erhalten, bedarf es mehr noch als früher transparenter, lückenloser und vor allem nachvollziehbarer Übernahme- und Erhaltungsprozesse.“ Größte Herausforderung der Archive sei es daher, die bewährten Arbeitsweisen in die digitale Welt zu übertragen und so die Glaubwürdigkeit und



Dr. Christian Kruse (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Verlässlichkeit der verwahrten Quellen auch für die Zukunft zu sichern.

Im Anschluss an den Vortrag von Dr. Grau führte Dr. Christian Kruse in die Ausstellung ein und stellte das Konzept vor. Als Ausstellungsreferent der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns war er maßgeblich an der Gestaltung von Ausstellung und Katalog beteiligt. Im Unterschied zu den bisherigen Ausstellungen der Staatlichen Archive Bayerns, die fast immer einem bestimmten Thema gewidmet waren, stellt die Ausstellung „Original!“ die Archivalien als solche in den Mittelpunkt: Mit den 126 Exponaten werden verschiedenste Themen kurz angerissen, die Öffentlichkeit erhält einen Einblick in die Vielfalt und das breite Spektrum der in den Staatlichen Archiven verwahrten Archivalien. Trotzdem stellen die ausgewählten Stücke nur einen Bruchteil der insgesamt rund 46 Millionen Archivalien in den Beständen der Staatlichen Archive Bayerns dar. Alle neun staatlichen Archive Bayerns, also das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die Staatsarchive Amberg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Landshut, München, Nürnberg und Würzburg, trugen mit besonderen Stücken zur Ausstellung bei. Auf diese Weise sind alle bayerischen Regionen in der Ausstellung vertreten. Die Ausstellung ist nach Archivalientypen gegliedert, also in

Urkunden, Amtsbücher, Akten, Karten und Pläne, Plakate und Flugblätter, Fotos und audiovisuelle Medien, digitale Unterlagen. Ein achttes Kapitel zu Nachlässen und Sammlungen macht deutlich, dass auch privates Schriftgut seinen Weg in die staatlichen Archive Bayerns finden kann. Soweit es ausstellungstechnisch machbar war, sind die Exponate innerhalb der einzelnen Kapitel chronologisch angeordnet.

Nach diesen Vorbemerkungen zu Konzept und Vorgehensweise, stellte Dr. Kruse einzelne Ausstellungsstücke vor und vermittelte einen Vorgesmack auf die Ausstellung selbst. Er begann mit einer Urkunde Karls des Großen aus dem Jahr 807 und endete mit Lebensmittelkarten, die während des Zweiten Weltkrieges ausgegeben wurden und heute im Staatsarchiv Landshut verwahrt werden. Für große Heiterkeit unter den Eröffnungsgästen sorgten im Staatsarchiv Coburg verwahrte Stimmzettel, die – lediglich mit „Ja“ und „Nein“ beschriftet – bei der Volksabstimmung zum Einsatz kamen, die den Freistaat Coburg 1920 mit dem Freistaat Bayern zusammenführte. Wer für Bayern war, musste allerdings mit „Nein“ stimmen. Genauere Informationen können dem Katalog zur Ausstellung entnommen werden, in dem alle Exponate farbig abgebildet und ausführlich erläutert sind.

Zur Ausstellung wurde ein umfangreiches Begleitprogramm angeboten, und zwar jeden Dienstagabend allgemeine, öffentliche Führungen, in Zusammenarbeit mit dem Museumspädagogischen Zentrum eine Aktionswoche für Schulklassen („mittelalterliche Schreibwerkstatt“). Darüber hinaus konnten, wie stets, Gruppenführungen vereinbart werden. An sechs Donnerstagabenden boten Vorträge Vertiefungsmöglichkeiten zu einzelnen Ausstellungsinhalten; es referierten Prof. Dr. Hans-Georg Hermann (Ludwig-Maximilians-Universität, München), Prof. Dr. Eva Schlottheuber (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf), Dr. Laura Scherr und Dr. Katrin Marth (beide Bayerisches Hauptstaatsarchiv) sowie Dr. Julian Holzapfl und Dr. Christian Kruse (beide Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

Am Wochenende nach der Ausstellungseröffnung beteiligten sich die Staatlichen Archive Bayerns erfolgreich an der Langen Nacht der Münchner Museen. Fast 400 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, die Ausstellung bei Nacht zu besichtigen.

Laura Scherr

Rückgabe entzogenen Kulturguts – Das Staatsarchiv Nürnberg gibt 41 Archivalien an die Nachkommen von Prof. Karl Süßheim zurück

Das Ende des Zweiten Weltkriegs liegt inzwischen über 70 Jahre zurück. Dennoch lässt uns die Zeit des Nationalsozialismus nicht zur Ruhe kommen. Zu groß waren die Verbrechen des NS-Regimes gegen Menschlichkeit und Völkerrecht, als dass ein Menschenleben ausreichen würde, deren Folgen wiedergutzumachen. Besonders lange hat es dabei gedauert, bis die Tatsache ins allgemeine Bewusstsein vorgedrungen ist, dass die rassistisch, religiös und politisch Verfolgten nicht nur ausgegrenzt, vertrieben und ermordet, sondern auch

Eine Antwort auf diese Herausforderungen formulierte im Jahr 1998 die Washingtoner Erklärung, die neben 43 anderen Staaten auch von der Bundesrepublik unterzeichnet wurde. Sie forderte alle Beteiligten dazu auf, in strittigen Fällen faire und einvernehmliche Lösungen zu finden. Dieser Forderung fühlt sich auch der Freistaat Bayern verpflichtet, der seine Bemühungen in dieser Richtung seither massiv verstärkt hat und alles tut, um unrechtmäßig erworbene Kulturschätze an die früheren Eigentümer bzw. deren Nachkommen zurückzugeben. Dies machte es möglich, am 19. Juni 2017 im Rahmen einer Feierstunde im Staatsarchiv Nürnberg 44 Archivalien und Drucke aus der „Sammlung Süßheim“ an die Nachkommen von Prof. Karl Süßheim zurückzugeben, die im Dritten Reich von der Bayerischen Staatsbibliothek und der staatli-



V.l.: Prof. Dr. Julia Lehner, Kulturreferentin der Stadt Nürnberg, Lisa D'Angelo, Dr. Margit Ksoll-Marcon und Dr. Stefan Kellner, Bayerische Staatsbibliothek (Foto: Dr. Daniel Burger, Staatsarchiv Nürnberg).

systematisch ausgeplündert und um große Teile ihres Vermögens gebracht wurden. Auch kulturgutbewahrende Einrichtungen waren Nutznießer dieser Politik. Zwar war sofort nach Kriegsende versucht worden, das entzogene Vermögen wieder an die rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben. Dies ist aber nur unvollständig gelungen, da die Anspruchsberechtigten oft nicht mehr lebten, Vermögenswerte nicht mehr existierten oder keine Dokumente mehr vorhanden waren, um die Entziehung nachweisen zu können.

chen bayerischen Archivverwaltung deutlich unter Wert erworben worden waren. Durch einen großzügigen finanziellen Zuschuss der Bayerischen Staatskanzlei war es dabei möglich, drei Familienangehörige – Frau Lisa D'Angelo, ihre Schwester und ihre Tochter –, die heute in den USA leben, zu dieser Veranstaltung ins Staatsarchiv Nürnberg einzuladen.

Der Ort bot sich für dieses Ereignis schon deshalb an, weil das Staatsarchiv Nürnberg den zahlen-

mäßig größten Teil der Sammlung verwahrte, die in das Eigentum der Familie Süßheim zurückgegeben werden sollte. Von hier stammen 41 Archivalien aus der Norica-Sammlung Süßheim. Wie diese Bezeichnung schon sagt, ist es deren gemeinsames Merkmal, dass sie sich inhaltlich auf die Reichsstadt Nürnberg und ihre Geschichte beziehen. Besonderer Wert dürfte dabei vor allem den 31 handschriftlich geführten Chroniken der Stadt Nürnberg zukommen, die der Sammlung zugeordnet werden konnten. Dieser Quellentypus, der wichtige historische Ereignisse im zeitlichen Ablauf erfasst, ist vor allem aus Italien und dem deutschen Reich bekannt. Stadtchroniken sind dabei Ausdruck bürgerlichen Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins und für die Forschung daher nicht nur von ereignisgeschichtlichem Wert. Zur „Sammlung Süßheim“ gehören aber auch ein Stamm- und Wappenbuch der Adelsfamilie Winkler von Mohrenfels sowie einige gedruckte Darstellungen und Kartenwerke zur Nürnberger Geschichte sowie einige wichtige Quellen aus der Nürnberger Strafjustizgeschichte, nämlich eine Chronik der Nürnberger Scharfrichter des 18. Jahrhunderts und eine Zusammenstellung der Malefizfälle der Jahre 1337 bis 1744. Ein Aktenstück enthält eine Zusammenstellung der Rechnungen, die mit der französischen Invasion und den kaiserlichen Einquartierungen im Jahr 1799 zu tun hatten.

Zusammengetragen hatte diese Dokumente der Bruder Karl Süßheims, der Nürnberger Rechtsanwalt Dr. Max Süßheim. Überregional bekannt wurde er vor allem wegen seines politischen Engagements für die Ziele der Nürnberger und der bayerischen Sozialdemokratie. Für seine Partei saß er nicht nur viele Jahre im Nürnberger Stadtrat, sondern von 1907 bis 1920 auch in der Kammer der Abgeordneten, nach Ende des Ersten Weltkriegs zunächst in der provisorischen Nationalversammlung und schließlich im Bayerischen Landtag. Er gehörte zu den prominentesten und profiliertesten Vertretern der bayerischen SPD, deren Geschicke er maßgeblich mitbestimmte.

Wenig bekannt war allerdings, dass Max Süßheim auch ein engagierter Sammler von Kunstwerken, kunsthandwerklichen Objekten und historischen Aufzeichnungen war. Dies wurde erst im Rahmen der Recherchen deutlich, die erforderlich waren, um die in verschiedenen öffentlichen Einrichtun-

gen verwahrten Stücke der Sammlung zweifelsfrei identifizieren zu können. Stücke aus der Sammlung fanden sich nämlich nicht nur im Staatsarchiv Nürnberg, sondern auch in der Bayerischen Staatsbibliothek sowie im Stadtarchiv Nürnberg. Dass es gelungen ist, die erworbenen Stücke nachträglich wieder zu identifizieren, hat auch damit zu tun, dass alle drei Institutionen bei den Recherchen eng und vertrauensvoll zusammengewirkt haben.

Die Nachkommen von Prof. Karl Süßheim haben entschieden, dass die Sammlung unter Eigentumsvorbehalt an einem Ort, dem Stadtarchiv Nürnberg, zusammengeführt werden soll. Dieser großzügigen Geste ist es zu verdanken, dass die Unterlagen zur Geschichte der Reichsstadt auch weiterhin in Nürnberg selbst von interessierten Forschenden eingesehen und ausgewertet werden können.

Bernhard Grau



(Foto: Staatsarchiv Nürnberg).

10 Jahre Sudetendeutsches Archiv im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Mit der Unterzeichnung des Archivierungsvertrages im Juli 2007 zwischen dem Vorsitzenden des Sudetendeutschen Archivs e.V. und dem Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns fand ein längerer Verhandlungsprozess seinen Abschluss, der bereits im Jahre 2004 seitens der bayerischen Staatsregierung – als Schirmherrin der sudetendeutschen Volksgruppe – angestoßen worden war.

Wie im Vertrag vereinbart, wurden noch im November desselben Jahres rund 1000 laufende Regalmeter Unterlagen übernommen, die überwiegend bestandsmäßig unstrukturiert waren. Dieser sehr stattliche Zugang „Sudetendeutsches Archiv“ wurde der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zugewiesen. Gegliedert ist das Sudetendeutsche Archiv analog zur Abteilung V in Nachlässe, Sammlungen und Verbandsschriftgut.

Seit der Übernahme ist das Sudetendeutsche Archiv aufgrund von aktiven Einwerbungen sehr gewachsen und umfasst nun etwa 1700 laufende Meter. Dazu zählen vor allem das Schriftgut von aufgelösten Heimatstuben, Heimatkreisen und auch Orts- und Kreisgruppen der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie die Nachlässe von prägenden Persönlichkeiten.

Die Bearbeitung ging gut voran: Es wurden (mit Stand Juli 2017) insgesamt 41.774 Archivalien verzeichnet; die Benutzerfrequenz stieg naturgemäß mit den erschlossenen Archivalien beständig an, auf nun über 2000 Anfragen insgesamt. Auch in der Öffentlichkeit ist das Sudetendeutsche Archiv präsent. So stießen Vorträge über das Archiv bei mittlerweile über 50 Symposien, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen auf reges Interesse und mündeten oftmals wieder in Neuzugänge von Schriftgut.

Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den tschechischen Archiven hat sich seit dem Kooperationsprojekt „porta fontium“ intensiviert. Dies nutzt wiederum der Forschung, da Anfragen zielführender beantwortet werden können. Sowohl beim Tschechischen Archivtag in Liberec/Reichenberg als auch beim Westböhmisches Jahrbuch interessiert man sich für die Bestände des Sudetendeutschen Archivs, das damit einen großen Wirkungskreis erreicht. Viele Stimmen, die sich

2007/2008 in der sudetendeutschen Volksgruppe kritisch gegenüber einer Archivierung bei den Staatlichen Archiven Bayerns geäußert haben, befürworten inzwischen diese sachgerechte Lösung. Die vergangene Dekade kann somit als sehr fruchtbar und gewinnbringend angesehen werden.

Ingrid Sauer

Austauschprogramm für Archivare und Restauratoren – Ein Projekt der Archivdirektorenkonferenz der Arge Alp

Eines der traditionsreichsten internationalen Archivgremien ist die Archivdirektorenkonferenz im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer. Das aus den Leiterinnen und Leitern staatlicher Archive aus Deutschland (Baden-Württemberg und Bayern), Österreich, der Schweiz und Italien bestehende Gremium arbeitet bereits seit 1976, tagt jährlich und hat im stetigen fachlichen Austausch immer wieder gemeinsame Projekte entwickelt. Die Archive der Arge Alp sind nicht nur durch die vielfältigen historischen Verflechtungen ihrer Schriftgutbestände verbunden, sie stehen vor allem im Zuge der Digitalisierung der Schriftgutverwaltung vor Herausforderungen, die nur im intensivierten fachlichen Austausch bewältigt werden können. Aktuell und noch bis 2019 läuft ein Fachprogramm, das einen lange gehegten Wunsch der vertretenen Archive umsetzt: Ein Austauschprogramm, das Archivarinnen und Archivaren, Restauratorinnen und Restauratoren sowie anderen Fachkräften die Hospitation in einem Partnerarchiv aus dem Kreis der Arge Alp-Archive ermöglicht. Alle Aufenthalte sind einem fachlichen Vorhaben gewidmet, zu dem im Gastarchiv ein Arbeitsschwerpunkt besteht und besondere Kenntnisse vorhanden sind. Entsprechend dienen sie der fachlichen Weiterbildung und der Grundlegung zukünftiger vertiefter Kooperationsprojekte. Nicht zuletzt trägt dieses Austauschprojekt wesentlich dazu bei, die Kommunikation und die freundschaftlichen Kontakte zwischen den Beteiligten in der Region zu stärken.

Die Arge Alp fördert das Vorhaben, indem sie die Unterbringungskosten für das entsendende Archiv finanziert. In diesem Jahr haben die ersten drei Hospitationen stattgefunden. Sie zeigen die fach-

liche Vielfalt und Breite, die ein solches Austauschformat ansprechen kann:

Digitalisierung von Archivgut und Erschließungsdaten in Bayern und Graubünden

Vom 15. bis 17. Februar 2017 war Reto Weiss, Leiter des Staatsarchivs des Kantons Graubünden, bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns in München zu Gast. Im Zentrum des

ßungszustand, zu bereits bestehenden Duplikaten und zur physischen Beschaffenheit verlangt. Auf dieser Grundlage kann die Generaldirektion eine Priorisierung vornehmen und es sind gute Grundlagen für die Auftragsausschreibung vorhanden. Neben der Digitalisierung von originalem Archivgut spielt auch die Retrodigitalisierung von Findmitteln eine große Rolle. In etwas abgewandelter Form werden in Bayern immer noch die im Rahmen der



Tanja Hutter und Peter Penetzdorfer bei der Pergamentbearbeitung (Foto: Nadja Göhlich, Landesarchiv Baden-Württemberg).

Fachprogramms stand die Praxis der Auftragsvergabe in den Arbeitsbereichen Digitalisierung und Bestandserhaltung. Die Generaldirektion verfügt über keine eigenen Bestände, übernimmt aber zentrale Aufgaben für die Staatlichen Archive Bayerns. So vergibt sie zentral Digitalisierungsaufträge aufgrund einer jährlichen Bedarfserhebung bei den staatlichen Archiven. Die zentrale Vergabe ermöglicht es, an sich bekannte Anforderungen an die Digitalisierung von Archivgut gut strukturiert und durchdacht auch durchzusetzen. Staatliche Archive füllen ein detailliertes „Datenblatt für Digitalisierungsvorhaben“ zu jedem Bestand aus, den sie für die jährliche Digitalisierungsrunde anmelden wollen. Es werden Angaben zur inhaltlichen Bedeutung des Bestandes, zum Ordnungs- und Erschließungs-

von der DFG als Anschubfinanzierung aufgelegten Förderlinie erarbeiteten Standards genutzt. Produkte der Retrokonversion sind XML-EAD-Dateien, die dann in die Findsysteme der Archive eingeleitet werden. Mittels detaillierter Erfassungsanweisungen wird sichergestellt, dass die Angaben aus den Papierfindmitteln in eine korrekte strukturierte datenbanktaugliche Form überführt werden. Die Erstellung der Erfassungsanweisungen ist dabei Aufgabe des Dienstleisters, das zuständige Archiv kontrolliert sie jedoch vor Beginn der eigentlichen Erfassungsarbeit.

In Graubünden wurde ein etwas anderer Weg zur digitalen Nutzung älterer Papierfindmittel gewählt: Sie wurden gescannt und lesbar gemacht (OCR) und dann als PDF-Objekte integral in die Daten-

bank an Datensätze „angehängt“. Das Verfahren hat gegenüber demjenigen in Bayern Nachteile, insbesondere ist der Benutzerkomfort geringer. Andererseits ist der Aufwand zur Bearbeitung viel geringer – deshalb ist die Digitalisierung sämtlicher Papierfindmittel bereits abgeschlossen – und die Findmittel sind datiert. Beim in Bayern gewählten Weg können ein älterer Sprachstand oder heute nicht mehr geteilte politische Einschätzungen, wie sie in einzelnen Findmitteln vorkommen, beim Benutzer zu Verwirrung führen – er sieht den Datensätzen ihr Alter ja nicht unmittelbar an. Deshalb sind immer wieder auch inhaltliche Überprüfungen und Aktualisierungen der importierten Informationen notwendig.

Neben dem Hauptthema der Hospitation wurde die Digitalisierung als Herausforderung und Chance für die Archive unter vielen Aspekten besprochen; wobei die Erfahrungen und Herangehensweisen in Deutschland und der Schweiz bzw. Graubünden ähnliche sind: z.B. was die Tendenz zur „Selbstdigitalisierung“ durch die Kunden (Fotografieren im Lesesaal) angeht, der mit einem gewissen Kontrollverlust über die entstehenden Reproduktionen einhergeht, oder betreffend die Diskussion über die Ablösung der Mikroverfilmung durch das Herstellen von digitalen „Ersatzoriginalen“.

Erschließung von Fotobeständen in Salzburg und Südtirol

Vom 8. bis 19. Mai 2017 war Mag. Ulrike Feistmantl, Landesarchiv Salzburg, zu Gast im Südtiroler Landesarchiv. Thema war die Erschließung von archivischen Fotobeständen.

Der Fokus richtete sich zunächst auf die Auseinandersetzung mit verschiedensten Aufgabenstellungen aus dem Tätigkeitsfeld eines Bildarchivars. Konkret ging es dabei um das Erkennen der jeweiligen Herstellungstechnik von Fotografien und die Auswahl von geeignetem Aufbewahrungsmaterial unter dem Blickwinkel der fachlichen Langzeitarchivierung bzw. Konservierung von Fotografien. Die Überlegungen zum richtigen Vorgehen bei der Archivierung von Bildmaterial gerade im Hinblick auf eine spätere Digitalisierung, wie sie das Südtiroler Landesarchiv bereits durchführt, wurden abgerundet durch eine Einführung in die technischen Grundlagen der Bildbearbeitung. Hinzu kam die Erstellung eines Leitfadens zur Verwaltung eines Bildbestandes samt einer zielführenden Katalogisierungsstrategie, um ein digitales Bildarchiv nicht nur Archivaren, sondern auch einem breiteren Pu-

blikum bestmöglich verfüg- bzw. nutzbar machen zu können. Besonders angesprochen wurde in diesem Zusammenhang die Problematik bei der Verwendung von Bildmaterial in gedruckten Publikationen oder im Internet vor allem unter dem in jüngster Zeit immer wichtiger werdenden Aspekt von Urheberrecht und Datenschutz. Die Hospitation wurde von Seiten des Südtiroler Landesarchivs von Alessandro Campaner betreut.

Restaurierungstechniken für Pergament in Baden-Württemberg, Salzburg und Tirol

Vom 31. Juli bis 4. August 2017 waren Tanja Hutter, Tiroler Landesarchiv, und Peter Penetzdorfer, Landesarchiv Salzburg, zu Gast am Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut des Landesarchivs Baden-Württemberg. Thema war die praktische Vermittlung von Ergänzungstechniken für abgebautes und gefährdetes Pergament: Für die richtige Wahl einer Ergänzungsmethode ist es wichtig, die verschiedenartigen Schäden an Pergament zu erkennen. In einer Präsentation wurden die vielfältigen Schäden erklärt und die dazugehörigen Techniken genannt. Die Trockenreinigung von Pergament und das Befeuchten im Zedernholzkasten als nötige Vorarbeiten für die Ergänzung konnten auch an Originalen gezeigt werden. Die gängigen Klebstoffe in der Pergamentrestaurierung wurden diskutiert und bewertet. An Mustern geübt wurden die Intarsientechnik mit Pergament, das Kaschieren mit Japanpapier, das Japanpapierlaminat, die Ergänzung mit rekonstituiertem Pergament und das Anfasern direkt am Objekt. Für die Herstellung des rekonstituierten Pergaments wurde eine Suspension aus Hautpulver und Cellulosefasern hergestellt. Die Sicherung von tintenfraßgeschädigten Schriftbereichen mit Gelatinepapier oder acrylatbeschichtetem Papier war ebenfalls Teil des Praktikums. Abschluss der Woche waren Techniken zur farblichen Anpassung der Ergänzungen mittels Airbrushtechnik, Retusche mit Pastellkreide und Lederfarben. Begleitend war es möglich, den Restauratoren des IfE bei einzelnen Arbeitsschritten an originalen Urkunden zuzuschauen und die fertigen Ergebnisse zu diskutieren. Zusätzlich erhielten die Praktikanten eine kleine Einführung in die Phytatbehandlung bei Tintenfraß und in das neue EDV-basierte Dokumentationssystem, u.a. auch für Urkunden und Siegel, eine Führung durch die Restaurierungs- und Reprographiewerkstätten und das Staatsarchiv Ludwigsburg. Betreut wurde die Hospitation durch Kerstin Forstmeyer.

Julian Holzapfl, mit Beiträgen aller Hospitanten

Besuch polnischer Archivarinnen und Archivare in München

Der Verband polnischer Archivarinnen und Archivare, Abteilung Breslau, veranstaltet jedes Jahr im Frühling eine fachbezogene Studienfahrt in benachbarte Länder Europas. Nach Besuchen im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, im Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, im Nationalarchiv in Paris und im Sächsischen Staatsarchiv in Dresden stand in diesem Jahr München auf dem Programm.

Hetzer erhielt die Gruppe eine Einführung in das bayerische staatliche Archivwesen sowie zur Organisationsstruktur und zu den Beständen des Hauptstaatsarchivs. Im Rahmen des zweistündigen Programms wurden Originalquellen der Abteilung I Ältere Bestände zu Polen und Schlesien gezeigt, u.a. Dokumente zu Herzogin Hedwig von Bayern-Landshut (1457–1502) und Kurfürstin Therese Kunigunde von Bayern (1676–1730), beide gebürtige polnische Prinzessinnen, die sogenannte Polnische Korrespondenz aus dem kurbayerischen Äußeren Archiv sowie diplomatischer Schriftver-



1. Reihe 1. von rechts Dr. Gerhard Hetzer, 3. von rechts Dr. Monika von Walter (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Unter Organisation und Leitung der Verbandsvorsitzenden Dr. Lucyna Harc besuchten am 2. Mai etwa 35 Archivarinnen und Archivare aus Polen, vorwiegend aus Breslau, das Bayerische Hauptstaatsarchiv. Ziel des Besuches war es, einen Einblick in die Geschichte, Organisation, Bestände, Erschließungsprojekte und Benutzung des Hauses zu erhalten. Nach der offiziellen Begrüßung durch den Direktor des Hauptstaatsarchivs Dr. Gerhard

kehr aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gezeigt. Anschließend wurden die Besucher mit Unterstützung von Dr. Sarah Hadry in zwei Gruppen durch Magazinräume, Lesesaal und Repertorienzimmer geführt. Mit einer kurzen Präsentation von Dr. Michael Unger (Staatsarchiv München) über die Erschließung digitaler Unterlagen endete das umfangreiche Besuchsprogramm.

Monika von Walter

Internet

Startschuss im Internet: Schwarzenberg-Findmittel online

Fast auf den Tag genau fünf Jahre nach Beginn der Verzeichnungsarbeiten konnten im Juli 2017 die Findmittel über das Archiv der Herrschaft Schwarzenberg online gestellt werden. Das Archiv war während des Zweiten Weltkriegs nach Böhmen geflüchtet und Ende 2011 nach langen Verhandlungen vom tschechischen Staat dem Staatsarchiv Nürnberg übergeben worden. Nachdem im Laufe der vergangenen Jahre bereits die Urkunden, Amtsbücher und Rechnungen aufbereitet wurden (siehe die früheren Berichte in den Nachrichten Nr. 64/2013, 66/2014, 68/2015, 69/2015, 70/2016), ist nun auch die umfangreiche Aktenüberlieferung der ehemals reichs- und kreisständischen Herrschaft (im 19. Jahrhundert Standesherrschaft) Schwarzenberg elektronisch recherchierbar. Die Akten gliedern sich in elf Teilfonds, die im Wesentlichen auf der bereits im Schloss Schwarzenberg eingerichteten Ordnung basieren:

- Schwarzenberger Archiv (zentrale Unterlagen zum Gebiet der Herrschaft Schwarzenberg, 15.-18. Jh., 3424 Archivalien)
- Seinsheimer Archiv (zentrale Unterlagen zum Gebiet der Herrschaft Seinsheim, 15.-18. Jh., 1576 Archivalien)
- Registratur (zentrale Unterlagen zum Gesamtgebiet 18.-20. Jh., 11.851 Archivalien)
- Forstamt Schwarzenberg (19./20. Jh., 1138 Archivalien)
- Stiftungsadministration (18./19. Jh., 142 Archivalien)
- Bauverwaltung (19./20. Jh., 163 Archivalien)
- Amt Schnodsenbach (16.-18. Jh., 1444 Archivalien)
- Amt Illereichen (18./19. Jh., 23 Archivalien)
- Amt Scheinfeld (17.-19. Jh., 1417 Archivalien)
- Amt Geiselwind (17.-19. Jh., 829 Archivalien)
- Herrschaftsgericht Marktbreit (19. Jh., 157 Archivalien).

In der Summe sind damit Akten im Umfang von 386 laufenden Metern oder 22.164 Archivalien für die Forschung neu erschlossen. Einschließlich der Urkunden, Amtsbücher und Rechnungen umfasst der Bestand „Herrschaft Schwarzenberg“



Christine Magerla packt im März 2017 das letzte Aktenbündel aus (Foto: Klaus Drechsler, Staatsarchiv Nürnberg).

derzeit 812 laufende Meter oder 41.262 Archivalien. Ein Teil der Dokumente war bereits anhand von handschriftlichen Findmitteln des 17. bis frühen 20. Jahrhunderts greifbar, ein erheblicher Teil hingegen wurde völlig neu verzeichnet. Sämtliche Archivalien wurden aus den zur Fluchtung gebildeten Bündeln entnommen, einzeln tektiert und in Archivkartons umgelegt. Nicht weniger als zwölf Personen (zuzüglich Ferienarbeitern) waren an den Arbeiten beteiligt.

Inhaltlich erstreckt sich das Aktenmaterial unter anderem auf so zentrale Bereiche wie die Religionsgeschichte des bereits früh zur Reformation übergegangenen, ab 1588 aber partiell wieder zum Katholizismus zurückgekehrten Territoriums, um nur ein Beispiel zu nennen. Die reichs-, kreis- und dynastiegeschichtliche Überlieferung erlitt

leider starke Einbußen durch die Verlagerung des Familienwohnsitzes nach Wien ab 1654 und die nachträgliche Einforderung vieler Originaldokumente durch das dortige Zentralarchiv. Das Gros der im Schloss Schwarzenberg verbliebenen Überlieferung betrifft den lokalen Verwaltungsalltag von der Armenfürsorge bis hin zum Zolltarif. Auch zur Geschichte der nicht unbedeutenden ländlichen Judengemeinden im 16. bis 19. Jahrhundert findet sich reichhaltiges Material.

Der größte und inhaltlich bedeutendste Teil des Herrschaftsarchivs ist damit erschlossen. Eine

Restmenge kann erst nach bestandserhaltenden Maßnahmen bearbeitet werden.

Es steht zu hoffen, dass die nun verfügbaren Quellen der lange brachliegenden heimat- und landesgeschichtlichen Forschung neue Impulse verleihen.

Nicola Humphreys

Ausstellungen

Ausstellung „Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg“ mit großem Erfolg in Sofija gezeigt

Vom 7. März bis zum 18. April 2017 war in den Ausstellungsräumen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs die Ausstellung „Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg“ zu sehen, in der militärische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen Bulgarien und Bayern in dieser Zeit behandelt wurden. Die Ausstellung war Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit mit der Staatsagentur „Archive“ Bulgariens (vgl. Nachrichten Nr. 72/2017, S. 77 f.). Die Kooperation hatte sich in der Auswahl der präsentierten Stücke ebenso niedergeschlagen wie in den Beiträgen zum 172 Seiten umfassenden und reich bebilderten Katalog, der in der Reihe der Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns erschienen ist.

Das Vorhaben, im Gegenzug die Ausstellung auch in Sofija zu zeigen, wurde in den folgenden Monaten von den bulgarischen Archivarinnen und Archivaren zügig umgesetzt: Am 9. Juni 2017, dem Internationalen Archivtag, konnte im Ausstellungs- und Vortragssaal im Erdgeschoss des Archivgebäudes an der Moskovska-Straße in Sofija zum einen die Ausstellung selbst unter dem Titel „Săjuzeni – Bavarija i Bălgarija v Părvata svetovna vojna“ eröffnet werden. Zum anderen lag an diesem Tag in bulgarischer Sprache eine vollständige Ausgabe des

Ausstellungskatalogs vor, an der alle Angehörigen von Staatsagentur und Zentralem Staatsarchiv Sofija mit Deutschkenntnissen mitgewirkt hatten. Der Sitz der bulgarischen Archivverwaltung, in deren Gebäude auch das Zentrale Staatsarchiv und das regionale Staatsarchiv Sofija ihre Büros und Magazine haben, liegt im Zentrum der Hauptstadt, unweit der Alexander-Newski-Kathedrale und der Nationalbibliothek.

Seitens des Bayerischen Hauptstaatsarchivs nahmen Direktor Dr. Gerhard Hetzer und Archivdirektorin Dr. Martina Haggenmüller an der Eröffnung teil. Dr. Mihail Gruev, Präsident der Staatsagentur „Archive“ Bulgariens, betonte in seiner Ansprache den Stellenwert, den die internationale Zusammenarbeit und hier besonders der fachliche Austausch mit deutschen Archiven für das bulgarische Archivwesen einnehmen. Das Ausstellungsprojekt mit den Staatlichen Archiven Bayerns sei hier beispielgebend und zukunftsweisend gewesen. Dr. Hetzer würdigte das ausgezeichnete, stets einvernehmliche und unkomplizierte Zusammenwirken mit den bulgarischen Kolleginnen und Kollegen bei der Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung zum Ersten Weltkrieg, dessen Ereignisse und Folgen in der Erinnerung beider Völker nach wie vor verankert seien.

Seitens der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bulgarien war Kultur- und Pressereferent Marcus Haas erschienen. Auch das Büro der Hanns-Seidel-Stiftung in Sofija hatte einen Ver-



V.l.n.r.: Dr. Mihail Gruev, Saška Žečeva, Dr. Martina Haggemüller, Dr. Gerhard Hetzer (Foto: Dimitar Stoimenov).

treter entsandt. Bei der Ausstellungseröffnung gab es manches freudige Wiedersehen und auch anrührende Begegnungen. Panto Kolev, der frühere Leiter der staatlichen Archive Bulgariens, der 2007 auf einer Tagung der ständigen bayerisch-bulgarischen Regierungskommission in München die ersten Kooperationsprojekte mit den bayerischen Archiven besprochen hatte, war ebenso anwesend wie der Sohn eines bulgarischen Ingenieurs und Architekten, der in den späten 1920er Jahren in Bayern Brücken, Kraftwerke sowie Wohn- und Geschäftshäuser gebaut hatte.

Die Ausstellung selbst bestand neben den Reproduktionen von Exponaten aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv aus originalen Dokumenten

sowie einigen dreidimensionalen Stücken, die die bulgarischen Archive aus ihren Beständen präsentierten. Großes Interesse fand der Filmstreifen „Mackensen's Siegeszug durch die Dobrudscha“ von 1916, dessen Original im Filmarchiv des Bundesarchivs aufbewahrt wird und der auch in der Ausstellung in München gelaufen war.

Die Ausstellung in Sofija sollte ursprünglich für die Dauer eines Monats gezeigt werden. Wegen des guten Zuspruchs des Publikums blieb sie bis zum 29. September 2017 geöffnet.

Gerhard Hetzer

Kleine Ausstellung im Staatsarchiv Augsburg: „500 Jahre Dichterkrönung Ulrich von Huttnens“

Anlässlich der Dichterkrönung Ulrich von Huttnens am 12. Juli 1517 veranstaltete der Lehrstuhl für bayerisch-schwäbische Literaturgeschichte der Universität Augsburg auf den Tag genau 500 Jahre später ein interdisziplinäres Symposium im Rokosaal der Regierung von Schwaben in Augsburg. Das Symposium hatte am 12. Juli 2017 mittags ein Vorspiel im Staatsarchiv Augsburg.

Kurz vor den Jubiläumsfeierlichkeiten war deren Veranstalter, Prof. Dr. Klaus Wolf, Professor für Deutsche Literatur und Sprache des Mittelalters und der Frühen Neuzeit mit dem Schwerpunkt Bayern an der Universität Augsburg, auf der Suche nach der Originalurkunde der Dichterkrönung Ulrich von Huttnens im Staatsarchiv Würzburg fündig geworden. Die Staatsarchive Augsburg und

Würzburg präsentierten daraufhin diese Urkunde im Original im Staatsarchiv Augsburg. Sie war bisher eher unbekannt, ist für das Jubiläum aber von zentraler Bedeutung. Die kleine Ausstellung wurde vor dem eigentlichen Symposium im Staatsarchiv eröffnet.

Bei der Eröffnung erläuterte Dr. Klaus Rupprecht, Leiter des Staatsarchivs Würzburg, die relativ komplizierte Überlieferungsgeschichte der Urkunde sowie die Besonderheiten der Urkunde. Er fügte dem interdisziplinären Symposium mit den Bereichen Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte als weitere Disziplin die überlieferungsgeschichtlichen und hilfswissenschaftlichen Aspekte der Urkunde hinzu. Die effiziente und unkomplizierte Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen wurde lobend hervorgehoben. Die räumliche Nähe des Staatsarchivs Augsburg zur Universität Augsburg ermöglicht eine gute Zusammenarbeit.

Thomas Engelke



V.l.n.r.: Prof. Dr. Klaus Wolf und Dr. Franz Fromholzer, beide Universität Augsburg und Organisatoren des Symposiums, die Amtsleiter der Staatsarchive Würzburg und Augsburg, Dr. Klaus Rupprecht und Dr. Thomas Engelke, eröffnen die Ausstellung (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg).

Ausstellung im Staatsarchiv Coburg: „1517. Die Welt der Pflege Coburg vor 500 Jahren“

„Erfolg hat viele Väter“, sagt eine eher abschätzig gemeinte Redewendung, und doch trifft es auf die Ausstellung „1517. Die Welt der Pflege Coburg vor 500 Jahren“, die am 1. Juni 2017 im Staatsarchiv Coburg in einer kleinen Feier eröffnet wurde, zu, und zwar in einem durch und durch positiven Sinn. Freilich müsste man ergänzen: „... und viele Mütter!“ Denn die Coburger Schau war nicht nur die Arbeit zweier Amtsvorstände, die die Ausstellung über den Amtswechsel hinweg inhaltlich konzipierten, sondern auch eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Coburger Designforum Oberfranken e.V. unter seinem Leiter Professor Auwi Stübbe. Die gestalterische Umsetzung lag in der Hand der jungen Designerin Caroline Brey, die mit vielen Ideen und Liebe zum Detail ans Werk ging und dabei immer tatkräftig vom Team des Designforums unterstützt wurde. Nicht zuletzt sind der Stadt Coburg, der Niederfüllbacher Stiftung sowie der Oberfrankenstiftung für ihre Hilfe zu danken, die Ausstellung mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Erst dieser vielgestaltige Beitrag ermöglichte die Ausstellung.

Vor ca. 40 geladenen Gästen führten Johannes Haslauer M.A. und Dr. Alexander Wolz inhaltlich in das Thema der Ausstellung ein, während Professor Stübbe einige kurze Worte zur gestalterischen Umsetzung der Ausstellung sagte. Musikalisch unterhalten wurden die Gäste von Alexander Remde, der auf zeitgenössischen Instrumenten den Bogen in die Zeit der beginnenden Reformation schlug.

Oggleich konzipiert als Begleitausstellung zur Bayerischen Landesausstellung, die 2017 unter dem Titel „Ritter, Bauern, Lutheraner“ auf der Veste Coburg und in der Moritzkirche präsentiert wurde, standen doch nicht Luther, nicht die Reformation im Fokus der Ausstellung, sondern das kleine Gebiet des Coburger Amtsbezirks, der „Pflege“, stets so bezeichnet, weil sie einem Pfleger als obersten Verwaltungsbeamten unterstand. Wie unter dem Mikroskop traf der Blick der Ausstellungsbesucher auf die Menschen im Coburger Raum, ihren Alltag, ihr Leben und Erleben im Jahr 1517, diesem – uns heute selbstverständlichen – Epochenjahr, als Luther in Wittenberg seine 95 Thesen bekanntmachte. So wurde gezeigt, wie die Landgerichte als Foren der gerichtlichen Austragung von Streitigkeiten und der Rechtsprechung in schwerwiegenden

Strafsachen arbeiteten. Am 7. Oktober 1517 traten der Zentgraf von Neustadt und seine zwölf Urteiler zur Gerichtsversammlung zusammen. Es ging um einen Streit zwischen der Dorfgemeinde Oberlind und einem Niederadeligen. Als Besitzer eines Guts beanspruchte der Niederadelige einen Anteil an den Erträgen, die aus einer gemeindlichen Wiese erwirtschaftet wurden. Dies stand der Gewohnheit der Gemeinde entgegen, die Einkünfte für Gemeinschaftsaufgaben zu verwenden. Das Gericht bestätigte in seinem Urteil die Ansprüche des adeligen Klägers, bekräftigte zugleich aber die gemeindlichen Pflichten des Bauern, der auf dessen Gut saß. Diesen und andere Fälle aus dem Jahr 1517 zeigte die Ausstellung an Hand von Archivalien aus dem Staatsarchiv Coburg. An drei hervorgehobenen Stationen entführten lebensgroß gestaltete Figuren sowie von Schauspielern des Coburger Landestheaters eingesprochene Hörstationen den Besucher optisch und akustisch in die Welt des beginnenden 16. Jahrhunderts.

Alexander Wolz

1517
**DIE WELT DER PFLEGE
 COBURG
 VOR 500 JAHREN**

Begleitausstellung zur
 Bayerischen Landesausstellung
 „Ritter, Bauern, Lutheraner“

**1. JUNI BIS
 5. NOVEMBER
 2017**

Staatsarchiv Coburg
 Herrngasse 11
 Mo-Do 8-16 Uhr
 Fr 8-13.30 Uhr

Eintritt frei!



Ausstellung im Staatsarchiv Landshut: „Niederbayern und die Welt, die Grafen von Spreti“

Am 13. Juni 2017 wurde in den Räumen des Staatsarchivs das von Heinrich Graf Spreti herausgegebene Buch „Franz Graf von Spreti, Mein Kapfing“ (bearb. von Andrea und Jörg Zedler) der Öffentlichkeit vorgestellt. In der Vorbereitung beschloss das Staatsarchiv Landshut, anlässlich dieser Präsentation eine Ausstellung über Franz Graf von Spreti, seine Familie sowie das von ihnen bis in die unmittelbare Vergangenheit bewohnte Schloss Kapfing zu eröffnen. Als Titel wurde gewählt: „Niederbayern und die Welt, die Grafen von Spreti“.

Allen voran Franz Graf von Spreti selbst, der nach Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst als Landrat des Landkreises Landshut und Bezirkstagspräsident von Niederbayern an der Nachkriegsordnung dieses Gebiets maßgeblich mitwirkte. Danach trat er als Präsident der Herzoglichen Verwaltung in den Dienst der Familie Wittelsbach und organisierte dort so medienwirksame Ereignisse wie den Empfang von Queen Elizabeth II. in Schloss Nymphenburg anlässlich ihres Staatsbesuchs in Deutschland 1965.

Sein Bruder, Karl Graf von Spreti, übte zunächst den ungewöhnlichen Beruf eines Filmarchitekten aus und wirkte in den 1930er Jahren in der damaligen britischen Kronkolonie Indien in Bombay an



V.l.n.r.: Prof. Dr. Hans-Michael Körner, Dr. Monika Ruth Franz, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Heinrich Graf Spreti, Andrea Zedler M.A., Dr. Jörg Zedler, Dr. Martin Rüh (Foto: Dr. Andreas Schmidt, Staatsarchiv Landshut).

Die Familie Spreti bot für eine Ausstellung besonders günstige Bedingungen. Einerseits kann sie als typische Vertreterin des niederbayerischen Landadels mit Hofmarksbesitz gelten, die neben einer eher schmalen landwirtschaftlichen Besitzbasis oft ein zusätzliches Auskommen in landesherrlichen Diensten finden musste. Daneben brachte die Familie vor allem im 20. Jahrhundert einige bemerkenswerte Persönlichkeiten hervor, die weit über diesen Raum hinaus wirkten.

dem Aufbau dessen mit, was heute als „Bollywood“ weltweite Bekanntheit besitzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg zog es ihn als Bundestagsabgeordneten in die Politik und später in den diplomatischen Dienst. Er arbeitete als Botschafter unter anderem in Kuba, Jordanien und zuletzt Guatemala, wo er 1970 von der dortigen Guerilla ermordet wurde, ein Ereignis, das in der damaligen Bundesrepublik ungeheures Aufsehen erregte.



Erste Reihe v.r.: Oberbürgermeister Alexander Putz, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Prof. Dr. Hans-Michael Körner, Dr. Jörg Zedler, Andrea Zedler M.A. (Foto: Dr. Andreas Schmidt, Staatsarchiv Landshut).



Foto: Dr. Andreas Schmidt, Staatsarchiv Landshut.

Nicht zuletzt wurde in der Ausstellung auch Heinrich Graf von Spreti vorgestellt, Sohn bzw. Neffe der Vorgenannten, der die Veranstaltung mitinitiiert hatte. Er ist als Präsident von Sotheby's Deutschland einer der renommiertesten Kunsthändler und -kenner und machte bereits mit zahlreichen großen und von ihm requirierten Auktionen, etwa der Thurn und Taxis-Auktion 1993, Schlagzeilen. Dank zahlreicher Leihgaben aus seinem Privatbesitz konnte die Ausstellung neben Archivalien, Plänen und Fotos auch um Gemälde und zahlreiche Kunstgegenstände bereichert werden: Tabatieren aus Porzellan und Schildpatt, ein silberner Pokal, Miniaturen und Ölgemälde in vergoldetem Rahmen und vieles andere brachten Farbe und Glanz in die Vitrinen des Archivs.

Buchpräsentation und Ausstellungseröffnung erfreute sich eines sehr großen Zuspruchs. Etwa 200 Gäste des Hauses und der Familie Spreti nahmen daran teil und ließen sich bei dem anschließenden Empfang von Dr. Monika Ruth Franz durch die Ausstellung führen, die diese maßgeblich konzipiert hatte. Noch bis zum Ausstellungsende Mitte September fanden regelmäßig Führungen statt, die auf reges Interesse stießen.

Martin Rüth

Ausstellung „VERGISSMEINNICHT. Das Schicksal jüdischer Kinder im Dritten Reich im Raum Haßberge“ von Schülerinnen und Schülern gestaltet

„Es ist furchtbar und es ist Realität. Es ist kaum zu begreifen und darf doch nicht verdrängt werden. Es müssen daraus Lehren gezogen werden für die Gegenwart.“ „Tolles Schulprojekt, das für Schüler und Lehrer gleichermaßen gewinnbringend gewesen sein muss.“ Die beiden beispielhaft ausgewählten Kommentare aus dem Besucherbuch sind Beleg für die überaus positive, aber auch bewegende Resonanz der Ausstellung „VERGISSMEINNICHT“ im Staatsarchiv Würzburg (14. August – 28. September 2017). Mit dem oft unfassbaren Schicksal jüdischer Kinder im Dritten Reich im Raum Haßberge beschäftigte sich 2016 intensiv ein P-Seminar Geschichte des Friedrich-Rückert-Gymnasiums Ebern unter der Leitung des Lehrers Daniel Heß und der – leider im April 2017 verstorbenen – Geschichtsforscherin Cordula Kappner. Deren jahrzehntelange Forschungen zur regionalen jüdischen Geschichte bildeten die Grundlage der Ausstellung; sie begleitete das Seminar auch intensiv. Auf 24 optisch sehr ansprechend gestalteten Einzeltafeln werden – stellvertretend für die unzähligen während der NS-Herrschaft ermordeten jüdischen Kin-

der – Einzelschicksale nachvollziehbar gemacht. Die Kinder wurden abtransportiert, erlebten die Grauen des KZs und wurden ermordet. Wenige überlebten entweder durch großes Glück oder weil sie zuvor ausreisen konnten. Ein solches Beispiel ist etwa der aus Oberlauringen stammende und rechtzeitig in die USA emigrierte Fred Emil Katz, der die Ausstellung nun zu seinem 90. Geburtstag in seine neue Heimat holen wird. Dr. Ingrid Heeg-Engelhart vom Staatsarchiv Würzburg ergänzte die Wanderausstellung durch originale Quellen insbesondere aus dem Bestand Gestapostelle Würzburg und Landratsamtsbeständen. Dazu gehörten u.a. Ausreiseanträge jüdischer Familien, aber auch Listen der von Würzburg aus in den Osten – und damit in den sicheren Tod – zu „evakuierenden“ jüdischen Familien.

Gezielt wurden zu der Ausstellung Schulen eingeladen. Im Rahmen eines Projekttags erfuhren z.B. Schüler des Röntgen-Gymnasiums Würzburg (9. Klassen, P-Seminar Geschichte) von Daniel Heß und einigen seiner extra angereisten ehemaligen Schüler Interessantes über die spannende und bewegende Zeit der Erarbeitung der Ausstellung und wurden durch die Ausstellung geführt.

Dass bei dieser Gelegenheit auch die Ministerialbeauftragten-Dienststelle für Gymnasien in Unterfranken (Herr Hubl) und der Schulleiter des Röntgen-Gymnasiums (Herr Schmidt) anwesend waren, unterstrich noch einmal die öffentliche Bedeutung des Projekts. Dr. Klaus Rupprecht, Leiter des Staatsarchivs, betonte in seiner Begrüßung, dass das Staatsarchiv Würzburg gerne diese Ausstellung in seinen Räumen zeige, da es sich nicht nur um eine inhaltlich gut gemachte und optisch sehr ansprechende, sondern auch um eine sehr berührende und aufrüttelnde Ausstellung handele. Diese sei ein herausragendes Beispiel für gelungenen Geschichtsunterricht, der Schüler selbst forschen lasse, ihnen wichtige Inhalte nahebringe und zudem immanent den Wertekanon unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung vermittele.

Die Schüler des Friedrich-Rückert-Gymnasiums Ebern erfuhren großes Lob und Bestärkung. Wie schrieben andere Schüler in das Gästebuch: „Das P-Seminar Aschaffenburg bewundert euch für eure tolle Arbeit und die sehr bewegende Ausstellung“.

Klaus Rupprecht



Schüler des Röntgen-Gymnasiums Würzburg mit Vertretern der MB-Dienststelle Unterfranken, der Schulleitung, des Staatsarchivs Würzburg sowie Daniel Heß und seinen Schülern vom Friedrich-Rückert-Gymnasium Ebern bei der Führung durch die Ausstellung (Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

Tagungen

Wissensverluste und Kulturbrüche als Menschheitsproblem: Tagung „Human Documents Project 2017“ in Freiburg

Informationsverlust bedeutet Wissensverlust. Die Erhaltung von Daten für künftige Generationen ist deshalb ein Problem, das nicht nur Archivarinnen und Archivare beschäftigt, sondern auch Ingenieure, IT-Spezialistinnen und -Spezialisten, Naturwissenschaftler, Künstlerinnen und Künstler und viele andere. Unter dem Namen „Human Documents Project“ fand vom 2. bis 4. August 2017 an der Universität Freiburg bereits zum vierten Mal eine Tagung statt, die einen übergreifenden Austausch zur Thematik fördert. Die Federführung lag bei den Universitäten Freiburg und Twente (Niederlande). In der Sektion „Zeitkapseln als Wissensspeicher“ waren auch die Staatlichen Archive Bayerns beteiligt. Einige Aspekte der diesjährigen Veranstaltung seien hier kurz vorgestellt:

Melissa Guzmann (NASA, USA) berichtete über bisherige Versuche und Pläne, Informationen für künftige Menschen oder gegebenenfalls auch für außerirdische Lebensformen im All zu hinterlegen. Atomare Endlager als ganz spezielle Formen von Zeitkapseln waren das Thema von Claudio Pescatore (vormals OECD Nuclear Energy Agency).

Sarah Hadry (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) sprach über die Bundessicherungsverfilmung. Sie erklärte, warum Mikrofilm als Medium zur Sicherung unikatlicher archivischer Informationen bis heute unerreichbar und unersetzbar ist. Auch ging sie auf besonderen Wunsch der Veranstalter auf die Auswahlkriterien für die Verfilmung ein, die sich im Laufe der Zeit etwas gewandelt haben. Die Entscheidung darüber, was Teil der Überlieferung wird, fällt nicht bei der Verfilmung, sondern bei den vorangegangenen Archivierungsentscheidungen. Deshalb gab es zum archivischen Kernthema „Bewertung“ einen eigenen Vortrag. Diesen übernahm Christian Keitel (Landesarchiv Baden-Württemberg), wobei er auch auf die Übernahme digitaler Unterlagen einging.

Laura Welcher (The Long Now Foundation, San Francisco) legte das international betriebene „Ro-

setta Project“ dar: Linguisten und Muttersprachler wollen der künftigen Menschheit einen Schlüssel zum Verständnis der menschlichen Sprache widmen. Dazu entwickeln sie eine zeitgenössische Version des historischen Steins von Rosette in Form einer kleinen Nickelscheibe. Die Prototypen haben nur einen Durchmesser von ca. 5 cm; eingraviert ist, in 1000facher Verkleinerung, ein- und derselbe Text (Erklärung der Menschenrechte) in mehreren Tausend Sprachen. Darunter befinden sich auch viele bereits jetzt vom Aussterben bedrohte Sprachen. Überdauert nur eine dieser Sprachen die Zeiten, so können vielleicht viele weitere der eingravierten Sprachen und Schriften später einmal mit Hilfe der „Rosetta Disc“ erschlossen werden.

Why (on earth) Microfilm?

- 1. Best persistence & low costs: Tenable and legible for 500 years without further actions**
- 2. High degree of independence: No specific software or hardware needed to read the data**
- 3. Accuracy, integrity & completeness: Unspoiled information for further generations**

Ebenfalls um analoge Datenträger geht es bei dem Projekt MOM (Memory of Mankind), bei dem unter Leitung des österreichischen Künstlers Martin Kunze seit wenigen Jahren in einer Salzmine am österreichischen Hallstätter See kulturelle Informationen für unsere Nachfahren eingelagert werden. Als Medien kommen dabei Keramikplatten (Level1-Tafeln), die Kunze entwickelt hat, sowie sogenannter keramischer Mikrofilm (Level2-Tafeln) zum Einsatz. Die Level1-Tafeln sehen aus wie große bunte Fliesen, die mit bloßem Auge lesbar sind; sie können ca. 50.000 Zeichen fassen. Text und Bild werden in einem Vierfarbdruck mit keramischen Farbpigmenten aufgebracht, die in einem thermischen Prozess fixiert werden. Bei den Level2-Tafeln handelt es sich um sehr dünne Keramikplatten (20 x 20 cm), auf die fünf Millionen Zeichen passen. Beide Tafelarten sind temperaturresistent bis weit über 1000 °C und offenbar unempfindlich ge-

genüber Chemikalien, Wasser, Strahlung, Magnetismus und Druck.

Den Abschluss der dreitägigen Veranstaltung bildete eine Führung der Teilnehmenden durch den nur ca. 15 km von Freiburg entfernt gelegenen Barbarastollen, in dem die Sicherungsfilme der deutschen Archive lagern. Das „Superarchiv“, das für die Öffentlichkeit normalerweise nicht zugänglich ist, beherbergt inzwischen über eine Milliarde Aufnahmen. Die Bundessicherungsverfilmung ist weltweit eines der ganz wenigen Unternehmungen, das die Langzeitspeicherung von Daten bereits seit dem nennenswerten Zeitraum von ca. zwei Generationen (konkret seit 1961) tatsächlich vollzieht.

Sarah Hadry

„NS-Belastungen“ und Überlieferungsbildung – 27. Kolloquium zur Polizeigeschichte in München

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv lud gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte Polizei- und Kriminalitätshistorikerinnen und -historiker aus dem In- und Ausland nach München ein, um dort vom 6. bis 8. Juli 2017 zusammen mit Archivarinnen und Archivaren über neue Forschungsergebnisse und über die Wechselwirkungen zwischen Polizei, Archiven und historischer Forschung zu diskutieren. Nach langer Zeit kehrte damit das traditionsreiche Kolloquium zur Polizeigeschichte, das seit 1990 jährlich an wechselnden Orten stattfindet, wieder nach Bayern zurück. Anlass dafür war das neue, im Herbst 2016 gestartete Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte über „Demokratische Kultur und NS-Vergangenheit – Politik, Personal, Prägungen in Bayern 1945–1975“, bei dem es insbesondere auch um die Institutionen der inneren Sicherheit, von Polizei und Verfassungsschutz geht. Zugleich bot sich die Gelegenheit, erstmals Fragen der archivischen Überlieferungsbildung mit den Debatten zur Polizeigeschichtsforschung zu verknüpfen. Konzeptionell und organisatorisch lag die Veranstaltung in den Händen von PD Dr. Bernhard Gotto vom Institut für Zeitgeschichte und Archivdirektor Gerhard Fürmetz M.A., der im Bayerischen Hauptstaatsarchiv für die Abt. II Neuere Bestände verantwortlich und selbst Experte für Polizeigeschichte ist.

Zum Auftakt trafen sich die Teilnehmer im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Nach Grußworten von Ltd. Archivdirektor Dr. Bernhard Grau (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) und Prof. Dr. Magnus Brechtken (Institut für Zeitgeschichte) ging es unmittelbar hinein in die erste Tagungssektion zum Spannungsfeld von Polizei, Archiv und Forschung. Archivarinnen und Archivare haben Forschungsinteressen mit schutzwürdigen Belangen Betroffener und der Vorsicht der Sicherheitsorgane in Einklang zu bringen, und sie müssen dafür sorgen, dass einschlägige Unterlagen übernommen, aufbereitet, konserviert und zugänglich gemacht werden. Historikerinnen und Historiker fragen nach Kriterien und Lücken der Überlieferungsbildung, erstreben ungehinderten Aktenzugang und erwarten eine zuverlässige Erschließung. Auf einen grundsätzlichen Problemaufriss am Beispiel Bayerns (Gerhard Fürmetz) folgten fünf praxisorientierte Beiträge. Nach welchen Kriterien wird im Bayerischen Hauptstaatsarchiv Schriftgut des Innenministeriums und des Landeskriminalamts bewertet und erschlossen? Welche Rolle spielt dabei der „Schutz des Amtsgeheimnisses“ (Christine Kofer und Teresa Massinger)? Was geben nachgeordnete Polizeidienststellen an die zuständigen Archive ab? Im Staatsarchiv München ist die Bandbreite besonders groß, sie reicht mittlerweile bis hin zu komplexen elektronischen Datensammlungen (Christoph Bachmann und Markus Schmalzl). Für die analoge und digitale Überlieferung der niedersächsischen Polizeibehörden wurde kürzlich ein Bewertungsmodell „Innere Sicherheit und Ordnung“ entwickelt, mit dessen Hilfe polizeiliche Unterlagen möglichst effizient übernommen werden sollen (Kerstin Rahn, Niedersächsisches Landesarchiv Hannover). Einen ganz besonderen Fall bietet das „Gedächtnis“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS), dessen gewaltige Überlieferung in einem Spezialarchiv, der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), verwahrt wird. Vorgelegt wurden Aufgaben, Entwicklung und Personal der Kartei- und Archivabteilung des MfS (Philipp Springer, BStU Berlin). Bemerkenswert ist auch ein deutsch-französisches Kooperationsprojekt zur Erschließung von erst kürzlich wiederentdeckten Ermittlungsakten der Gestapo Trier (Thomas Grotum und Lena Haase, Trier).

Am zweiten Tag wechselten die rund 40 Teilnehmenden in die Räume des Instituts für Zeitgeschichte. Nun stand das diesjährige Kernthema „Polizei und NS-Belastung“ im Zentrum. Neun Vorträge beschäftigten sich auf unterschiedliche



Erste Tagungssektion „Polizei, Archiv und Forschung“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, mit den Referenten (v. l.) Gerhard Fürmetz M.A., Christine Kofer M.A., Dr. Teresa Massinger, Dr. Markus Schmalz und Dr. Kerstin Rahn (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Weise mit den Folgen der NS-Vergangenheit für die Nachkriegspolizeien in Deutschland und Europa. Neben personellen (Dis-)Kontinuitäten und Netzwerken wurden auch Nachwirkungen im konzeptionellen Denken und praktischen Handeln von Polizei- und Geheimdienstorganisationen im Kontext des Kalten Krieges untersucht, und zwar zunächst auf Länderebene. Wie verlief der personelle Neuaufbau der uniformierten badischen Polizei in der französischen Besatzungszone nach der Entnazifizierung (Eberhard Stegerer, Freiburg)? Wie setzte sich das Gründungspersonal des Bayerischen Landeskriminalamts zusammen, welche kriminalistischen Prägungen gab es an der Spitze der neuen Behörde (Franziska Walter, München)? Wie kam es zur Entstehung eines informellen SS-Netzwerks in der nordrhein-westfälischen Kriminalpolizei (Jochim Schröder, Düsseldorf)? Anschließend beleuchteten drei Beiträge personelle und konzeptionelle NS-Bezüge im Bundesgrenzschutz (David Livingstone, San Diego), im Bundeskriminalamt

(Patrick Wagner, Halle) und im Bundesnachrichtendienst (Gerhard Sälter, Berlin). Im dritten Schritt weitete sich der Blick auf ausgewählte europäische Nachbarländer. Worin unterschied sich seitens der Polizeikräfte Belgiens und Frankreichs die Kollaboration mit den deutschen Besatzern, und wie wurde nach 1945 jeweils daran erinnert (Herbert Reinke, Berlin/Brüssel)? Lebten in den Niederlanden polizeiliche Strukturen und Konzepte aus der Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs und damit die Besatzungserfahrung in den ersten vier Jahrzehnten nach 1945 fort (Guus Meershoek, Twente)? Welche Narrative über die NS-Zeit und über „demokratisches Polizieren“ lassen sich aus Fachzeitschriften der deutschen und italienischen Polizei in den frühen Nachkriegsjahren herausfiltern (Jonathan Dunnage, Swansea)?

Die thematisch offene dritte Sektion, die ebenfalls im Institut für Zeitgeschichte stattfand, versammelte in ihrer ersten Runde Beiträge zur Entwicklung der polizeilichen „Führungsaufsicht“ seit dem spä-

ten 19. Jahrhundert (Alexander Baur, Hamburg), zur Wahrnehmung des Rechtsradikalismus der 1970er und 1980er Jahre in der bundesdeutschen Polizei (Klaus Weinbauer, Bielefeld) sowie zur Computereinführung in zentralen Sicherheitsbehörden West- und Ostdeutschlands seit etwa 1960 (Rüdiger Bergien, Berlin). Zum Schluss der Tagung ging es dann um die fatale Mitwirkung der polnischen Polizei bei der Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg (Sylwia Szymanska-Smolkin, Toronto) und um die spektakulären, später mythisch überhöhten Auseinandersetzungen zwischen der Bande des Outlaw Ned Kelly und der australischen Polizei im späten 19. Jahrhundert, ein Fall mit Parallelen zur Geschichte des Räubers Mathias Kneißl in Bayern (Peter Münch-Heubner, Augsburg).

Die dreitägige Konferenz verlief in ausgesprochen konstruktiver und diskussionsfreudiger Atmosphäre. Gerade der Dialog zwischen Forschung und Archiv erwies sich wieder als gewinnbringend. Abgerundet wurde das diesjährige Polizeigeschichtskolloquium durch den gemeinsamen Besuch des Münchner Polizeipräsidiums in der Ettstraße. Der historische Bau ist nicht nur ein wirkungsmächtiger Erinnerungsort deutscher Polizeigeschichte des 20. Jahrhunderts, sondern zugleich Sitz eines bedeutenden Provenienzbildners.

Gerhard Fürmetz

Internationales Symposium der IADA in Oslo

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Archiv-, Bibliotheks- und Graphikrestauratoren (IADA) traf sich vom 3. bis 5. Mai 2017 zu einem internationalen Symposium in Oslo. Das Thema lautete „From Generation to Generation – Sharing Knowledge, Connecting People“. Die Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs war durch zwei Mitarbeiterinnen vertreten.

Die Vorträge konzentrierten sich zunächst auf den Erfahrungsaustausch in der Restaurierung und darauf, wie heute Wissen zwischen den Generationen von Restauratoren vermittelt werden kann. Es wurden innovative Aus- und Weiterbildungsmodelle aus aller Welt vorgestellt. Besonders hervorgehoben wurde dabei der internationale Austausch. Da es in mehreren Ländern keine Ausbildungsmöglichkeiten für Restauratorinnen und Restauratoren

gibt, ist man dort besonders auf die Kontakte zu Kollegen aus dem Ausland und deren Fachwissen angewiesen.

Die Tagung befasste sich weiterhin mit praktischen Themen wie Restaurierungstechniken und Bestandserhaltungsmaßnahmen, die unter dem Gesichtspunkt der modernen Ethik betrachtet wurden. Christina Bosch, Restauratorin im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, hielt gemeinsam mit Maren Dümmler, einer selbstständigen Restauratorin aus Neuwied, einen Vortrag über die Restaurierung von Siegeln. Die beiden Referentinnen erklärten und hinterfragten in ihrem Beitrag bisher bekannte Methoden und schlugen neue Techniken vor. Im Gedächtnis blieb an diesem Tag auch der kurzweilige Vortrag zu einem Gemeinschaftsprojekt zwischen den Leiterinnen der Restaurierungswerkstätten der Norwegischen Nationalbibliothek und des Norwegischen Nationalmuseums. Nina Hesselberg-Wang und Kari Greve sind beide erfahrene Restauratorinnen, die gemeinsam die Lithographie des norwegischen Künstlers Erik Werenskiold restaurieren, aber bisher erfolglos versuchen, das Trägermaterial des Kunstwerks zu identifizieren. Insgesamt wurden 24 Vorträge und 17 Poster in englischer Sprache präsentiert.

Am letzten Tag hatten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit, an einem von ihnen ausgewählten Workshop oder einer Tour teilzunehmen. Einer dieser Gesprächskreise fand im Preus-Museum in Horten statt und befasste sich mit der Identifizierung, Konservierung und Restaurierung fotografischer Materialien. Es wurden ein Überblick über die historische Entwicklung der Fotografie und der verwendeten Materialien gegeben sowie typische Schadensbilder und mögliche Gegenmaßnahmen erläutert.

Die neu gewonnenen Kenntnisse wurden von den beiden Teilnehmerinnen in einem Fachgespräch in der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs weitergegeben und können künftig eingesetzt werden.

Christina Bosch

Veranstaltungen

Neuer Band der Edition der Ministerratsprotokolle präsentiert

Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats der Jahre 1945 bis 1962 werden von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns gemeinsam herausgegeben. Am 11. Juli 2017 konnte im Historischen Kolleg in München Band 2 des Kabinetts Ehard III der Öffentlichkeit vorgestellt werden, der die Ministerratsprotokolle des Jahres 1952 enthält.

Kramer, Vorsitzender der Kommission für Bayerische Landesgeschichte, und dankte dem Verlag De Gruyter-Oldenbourg. Er erinnerte an den Ministerratsbeschluss von 1991, die Ministerratsprotokolle der Jahre 1945 bis 1954 edieren zu lassen. Bisher sind zwischen 1995 und heute zehn Bände erschienen, jetzt der Band mit den Protokollen des Jahres 1952. Er sei sehr dankbar für den Ministerratsbeschluss vom Herbst 2016, die Edition bis zum Jahr 1962 fortzusetzen. Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats seien eine zentrale Quelle für die bayerische Geschichte, über die Politik- und Rechtsgeschichte hinaus vielfältig nutzbar, wie er an einigen Beispielen ausführte.



V.l.n.r.: Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Peter Müller, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Andreas Wirsching sowie die Mitarbeiter der Historischen Kommission Maximilian Schrott M.A. (Digitale Publikationen) und Dr. Oliver Braun (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1962) (Foto: Jörn Retterath, Historisches Kolleg).

Professor Dr. Andreas Wirsching, Kuratoriumsmitglied des Historischen Kollegs und Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, als Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zuständig für die Herausgabe, begrüßte die Gäste, darunter Amtschef Ministerialdirektor Dr. Peter Müller, Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon, Professor Dr. Gerrit Walther, Präsident der Historischen Kommission, und Professor Dr. Ferdinand

Dr. Peter Müller, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, der Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, vertrat, erläuterte die Bedeutung der Ministerratsprotokolle aus aktuellem Erleben eines Amtschefs – von der Tagesordnung, über die Sitzung bis zum Protokoll. Als jüngstes Beispiel hatte er das Protokoll vom 27. Juni 2017 mitgebracht, das einen Umfang von rund 50 Seiten hat. Sie böten ein genaues Bild der Motivation des politischen Handelns der Bayerischen Staatsregierung. Aus den Protokollen seien, wenn man die Jahre überblicke, auch Aufschlüsse über einzelne Ministerinnen und Minister und deren

Denken und Handeln zu gewinnen. Seine Aufgabe als Amtschef sei es, die im Protokoll enthaltenen Beschlüsse auf der Grundlage der im Protokoll vorgetragenen Positionen für die Umsetzung vorzubereiten. Ergänzend fügte er hinzu, ein weiteres Forschungsfeld wäre es nachzuprüfen, was im Ministerrat jeweils nicht behandelt worden sei.

Dr. Oliver Braun, der Bearbeiter des Bandes, stellte anhand aussagekräftiger Beispiele das weite

Spektrum der Themen vor, die 1952 im Bayerischen Ministerrat behandelt wurden. Genannt seien Vorbereitungen einer europäischen Wirtschaftsunion, die Förderung der Autoindustrie in München und Ingolstadt, Überlegungen zur Gründung einer vierten bayerischen Landesuniversität (neben München, Erlangen und Würzburg) in Regensburg oder Bamberg, die Wiederherstellung der Wintersportanlagen in Garmisch und das bayerische Polizeiorganisationsgesetz.

Zum Abschluss führte Maximilian Schrott M.A. den Online-Auftritt der Edition der Bayerischen Ministerratsprotokolle vor, der unter www.bayerischer-ministerrat.de die Protokolle der Jahre 1945 bis 1951 (536 Sitzungen mit mehr als 6.500 Seiten) bietet. Die Digitalisierung der gedruckten Bände wurde mit Suchfunktionen und Links (u.a. zum Gesetz- und Verordnungsblatt und zur Neuen Deutschen Biographie) angereichert.

Christian Kruse

13. Nacht der Kontraste im Staatsarchiv Coburg

Wie in den vergangenen Jahren nahm das Staatsarchiv Coburg auch im Jahr 2017 wieder an der langen Museumsnacht „Nacht der Kontraste“ teil, die am 9. September zum 13. Mal veranstaltet wurde. Passend zur bayerischen Landesausstellung auf der Veste Coburg stand die Museumsnacht dieses Mal unter dem Motto „Luther, Lieder, Lästermäuler“ und sollte die Besucherinnen und Besucher sprachlich und klanglich in die Zeit der Reformation vor 500 Jahren entführen. Getreu dem Motto der Museumsnacht, einmal weniger zugängliche Orte zu öffnen, gewährte das Staatsarchiv Coburg einen kurzen Einblick in zwei Bereiche, die man sonst nicht ohne Weiteres betreten kann: zum einen das Leben der Menschen in Coburg vor 500 Jahren, das in der Ausstellung: „1517. Die Welt der Pflege Coburg vor 500 Jahren“ beleuchtet wurde und von den rund 900 Gästen an diesem Abend mit großem Interesse besichtigt wurde. Auch der Künstler des Abends, der aus Erfurt stammende „Max der Spielmann“, nahm seine Zuhörer mit auf eine musikalische Reise in die Lutherzeit. Auf seinen über 15 zeitgenössischen Instrumenten wusste er gekonnt zu spielen und das Publikum mitzureißen. Das Repertoire der Stücke reichte dabei von bekannten Kirchenliedern Martin Luthers bis

hin zum „Klagelied für unglücklich verliebte Frauen“. Zum Einsatz kamen dabei auch eher skurrile Instrumente mit sonderbaren Namen wie die „Flöte, wie sie der Eunuch spielt“, welcher der Spielmann jedoch ungeahnte Töne entlockte.

Neben der Reise in die Vergangenheit gewährte das Staatsarchiv einen Einblick in die Räumlichkeiten, die Bestände und die Arbeit des Archivs. Anhand ausgewählter Quellen und kurzer Magazinführungen wurde auf die Geschichte des Staatsarchivs eingegangen sowie auf die Vielgestaltigkeit der archivalischen Überlieferung im Haus und auf die abwechslungsreichen Tätigkeitsfelder der Archivarinnen und Archivare hingewiesen. Auf großes Interesse stieß insbesondere die Architektur des vom Hofarchitekten des Herzogs Johann Casimir, Peter Sengelaub, in den Jahren 1617 bis 1621 erbauten Zeughauses und dessen Umgestaltung und statische Ertüchtigung für die Zwecke des Staatsarchivs Coburg in den 1980er Jahren. In zwanglosen Gesprächen mit den Besucherinnen und Besuchern ergab sich darüber hinaus für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs immer wieder die Gelegenheit, Interesse und Neugier für die Belange des Staatsarchivs zu wecken.

Alexander Wolz

Ritterspiele in der Festung Lichtenau

Seit 1406 verfügte der Rat der Reichsstadt Nürnberg in einer Entfernung von vierzig Kilometern in südöstlicher Richtung über eine kleine Exklave. Hier befand sich auf einer Flussinsel der Fränkischen Rezat eine Wasserburg, die während des Zweiten Markgrafenkriegs (1552–1554) völlig zerstört worden war. Nach den Plänen des italienischen Baumeisters Antonio Fazuni ließ der Rat an deren Stelle seit 1558 eine sehr viel größere, nach modernen militärischen Erkenntnissen orientierte Festung errichten. Die fünfeckige bastionäre Anlage, an der mehrere Generationen von Steinmetzen gearbeitet haben, wurde zu einem Prestigeobjekt. Denn Lichtenau lag nur etwa zehn Kilometer von der Residenz des Erzfeinds der Reichsstadt, des Markgrafen von Brandenburg-Ansbach, entfernt. Erst im beginnenden 17. Jahrhundert war die prächtige Anlage mit fünf Eckstreichwehren (sogenannten Bastionen, in Lichtenau Batterien genannt) und drei überhöhenden Geschützstellungen (sogenannten

Kavalieren) und im Innenhof des dreigeschossigen Schlossbaus mit den beiden markanten Rundtürmen fertiggestellt. Lichtenau gilt zwar als ein Juwel frühbarocker Festungsarchitektur, war aber rückblickend gesehen eher eine Fehlinvestition. Seit 1807 wurde die Anlage als Gefangenenanstalt genutzt, bis 1980 nach tiefgreifender Generalsanierung die Außenstelle des Staatsarchivs Nürnberg hier eingezogen ist.

Das eindrucksvolle Ensemble steht unter Denkmalschutz, und von außen vermutet kaum jemand, dass im Hauptbau und in den Kasematten fast 15.000 laufende Meter an Archivalien aus Mittelfranken lagern. Dass sich die Festung als ideale Kulisse für ein Historienspektakel anbietet, nutzte der eingetragene Verein Kulturschock aus Murrhardt. Unter dem Motto „Ritterspiele Lichtenau“ wurden am Wochenende des 26./27. August 2017 im Burghof und auf der angrenzenden Rezatwiese mittelalterliche Musik, Gaukelei, Handwerkskunst, Lager und ein Turnier der Württemberger Ritter mit sechs Pferden dargeboten. Unterstützt vom Markt Lichtenau und dem Museumsverein Lichtenau e.V. sorgte der Veranstalter Alexander Pusch für eine ausgefeilte Logistik. Sie war auch erforderlich, denn an den zwei Veranstaltungstagen kamen bei hochsommerlichen Temperaturen ca. 3900 Menschen nach Lichtenau – ein unerwartet großer Erfolg. Nach feierlichem Einzug der Mitwirkenden und der Eröffnung des Markts geleitete ein Herold durch das Programm, das als eine Art Zeitreise in das Mittelalter und die Frühe Neuzeit ausgelegt war. Am Sonntagabend wurden die Ritterspiele mit einem Zapfenstreich und der Schließung der Tore beendet. Vielleicht öffnen sie sich nächstes Jahr für diesen Anlass wieder.

Peter Fleischmann

Führungen durch die Festung Lichtenau am Tag des Offenen Denkmals 2017

Der diesjährige bundesweite Tag des Offenen Denkmals stand unter dem Motto „Macht und Pracht“ – ideal, um das Staatsarchiv Nürnberg mit seiner Außenstelle in der Festung Lichtenau daran mitwirken zu lassen. Die an Stelle einer Wasserburg ab 1557/58 errichtete Festungsanlage vor den Toren Ansbachs ist nicht nur außergewöhnlich gut erhalten, sondern auch in ihrem architektonischen

Anspruch herausragend. Am Nachmittag des 10. September 2017 wurden daher zwei jeweils rund einstündige Führungen durch ausgewählte Räume der Festung Lichtenau angeboten, die in einer gemeinsamen Aktion vom Staatlichen Bauamt Ansbach (vertreten durch die zuständige Abteilungsleiterin Katharina Sauer) und vom Staatsarchiv Nürnberg (vertreten durch Dr. Daniel Burger) durchgeführt wurden. An den Führungen nahmen insgesamt rund 120 Personen teil.



Vogelschauplan der Festung Lichtenau um 1610 (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Karten und Pläne 711).

Die Besucherinnen und Besucher wurden vor dem sogenannten Schloss – eigentlich das im Innenhof liegende Amtsgebäude des reichsstädtisch nürnbergischen Pflegers – empfangen. Hier wurden wesentliche Aspekte der prachtvollen Nürnberger Herrschaftsarchitektur erläutert, wie etwa die Form der beiden hohen runden Ecktürme des Schlosses, die ganz bewusst Nürnberger Wahrzeichen des 16. Jahrhunderts zitieren, den Sinwellturm der Kaiserburg und die Dicken Türme der Stadtmauer. Mit der reichen Dekoration der Fassaden, die im Spätrenaissancestil den Innenhof umrahmen, machte Nürnberg sein Selbstbewusstsein sichtbar. Die Festung Lichtenau war bei der Fertigstellung das größte Nürnberger Renaissancebauwerk, denn das Nürnberger Renaissance Rathaus wurde erst ab 1616 errichtet. Auch spätere Bauveränderun-



Empfang der Besucher vor dem Eingang der Staatsarchiv-Außenstelle Lichtenau (Foto: Alexandra Brill, Nürnberg).

gen wurden erläutert: Das Verfüllen des inneren Wassergrabens und die Zuchthausbauten des 19. Jahrhunderts, die als Aufbauten auf drei der fünf Batterien erhalten sind.

Anhand des Modells der Festung und ausgelegter Pläne wurde die technische Innovation der bastionären Festung illustriert. Die Grundkonzeption stammt noch von dem Italiener Antonio Fazuni (Vasanni), der von 1538 an die Nürnberger Burgbastionen als erste ihrer Art in Deutschland entworfen hatte und dessen Arbeit für Lichtenau belegt ist. Auf seine Pläne griff die Reichsstadt nach der Zerstörung der Wasserburg im Zweiten Markgrafenkrieg zurück, auch wenn die Ausführung dann deutschen Baumeistern oblag und sicherlich manches abgewandelt wurde. Als Artilleriefestung nach dem italienischen Bastionärprinzip war Lichtenau relativ modern, jedoch schritt die technische Entwicklung im 16. Jahrhundert rasant voran. Als die Festung 1607 vollendet war, war sie eigentlich bereits veraltet. Zudem lag Lichtenau in der Rezatniederung militärisch ungünstig. So zeigte bereits der Entschluss zum Bau an der alten Stelle, dass die Reichsstadt hier ein machtpolitisches Symbol

errichten wollte. In einem Archivmagazinraum wurde die Umgestaltung des Gebäudeinneren zum modernen Archivzweckbau in den Jahren 1975 bis 1980 vorgestellt. Die bot die Gelegenheit, um ausgewählte Archivalien zu präsentieren.

Im sogenannten Kasemattenring, den ehemaligen Landsknechtwohnungen auf der Innenseite des äußeren Walls, der ebenfalls archivisch genutzt wird, erläuterte Frau Sauer die baulichen Anforderungen an moderne Archivmagazine. Anders als im Schloss sind sie in einem solchen Altbau nur schwer zu erzielen. Gezeigt wurde auch die doppelte Wendeltreppe, die vom Obergeschoss des Kasemattenrings hinunter auf Hofniveau führt. Innerhalb eines Treppenrunds sind hier zwei Wendeltreppen ineinander geschoben worden. Die Treppe ist mit einem durchbrochenen Rippengewölbe und einem hängenden Schlussstein besonders aufwändig gestaltet.

Daniel Burger

Die „Lange Nacht der Wissenschaften 2017“ mit einem „letzten Blick hinter die alten Mauern“ im Staatsarchiv Nürnberg

In zweijährigem Abstand präsentieren sich aus dem Großraum Nürnberg, Fürth und Erlangen zahlreiche Forschungseinrichtungen, um Einblick in ihre Tätigkeit zu geben. Die Abendveranstaltung findet stets samstags von 18 bis nachts 1 Uhr statt, und an diesem 21. Oktober 2017 waren etwa 25.000 Nachtschwärmer unterwegs, um Wissenschaft zu erleben und zu verstehen. Mehr als 500 Interessierte suchten das Staatsarchiv Nürnberg auf, dessen Neorenaissance-Fassade wieder mit dem für die Lange Nacht der Wissenschaften typischen grünen Licht angestrahlt war.

Mittlerweile zum dritten, aber wegen der bevorstehenden Generalsanierung für absehbare Zeit auch zum letzten Mal hat sich das Staatsarchiv daran beteiligt. Deshalb lautete ein Schwerpunkt auch „Ein letzter Blick hinter die alten Mauern“, weil der aus dem Jahr 1880 stammende Magazintrakt entkernt und dann völlig neu aufgebaut wird. Diese Gelegenheit haben knapp 300 Interessierte genutzt und an den dreißigminütigen Führungen teilgenommen. Da die Resonanz aber so groß war, wurden neben den stündlich geplanten Besichtigungstouren spontan vier weitere eingeschoben und auch die letzte um 24 Uhr angesetzte Führung musste wegen der Teilnahme von 48 Personen noch geteilt werden. Wer sich dem nicht anschließen wollte, konnte einen virtuellen Besuch des Staatsarchivs erleben, nachdem Marcel Wendlinger mit einem Schwebestativ einen zwanzigminütigen Rundgang durch das ganze Haus gefilmt hatte; dabei gab es auch die exklusive Möglichkeit zum Blick in den ehemaligen Luftschutzraum direkt unterhalb des Vestibüls, der noch die originalen Splitterschutzwände und Absaugvorrichtungen aus dem Zweiten Weltkrieg aufweist.

An diese schreckliche Zeit wurde mit dem zweiten großen Programmpunkt des Staatsarchivs Nürnberg erinnert. Unter dem plakativen Motto „Waren Oma oder Opa bei der Partei?“ gaben Mitarbeiter des Hauses Auskunft über Spruchkammerverfahren aus Mittelfranken. Diesen besonderen Service nahmen 85 Interessierte wahr, die sich auf die Suche nach der NS-Vergangenheit von Vorfahren begaben. Den entsprechenden wissenschaftlichen Hintergrund boten zwischen 18 und 23 Uhr Stu-



Oben: Hans Kaltenbrunner (Mitte). Unten: Ludwig Weber (links) und Florian Schmidt (2.v.r.) (Fotos: Marcel Wendlinger, Staatsarchiv Nürnberg).

dentinnen und Studenten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, die im Sommersemester ein Hauptseminar im Fach Bayerische Landesgeschichte belegt hatten. Diesmal nicht vor Kommilitonen, sondern vor fremdem Publikum (120 Personen) haben zehn Nachwuchswissenschaftler Vorträge über Alfred Loritz und Thomas Dehler, über die Analyse ausgewählter Meldebögen und Verfahrensakten Nürnberger Spruchkammern, die Entnazifizierung des öffentlichen Raums am Beispiel von Nürnberg, die Entnazifizierung des Fürther Unternehmers Gustav Schickedanz, das Verhältnis von Spruchkammerverfahren und Strafgerichtsbarkeit am Beispiel eines Teilnehmers der Reichspogromnacht in Nürnberg sowie der Entnazifizierung in der französischen Besatzungszone Baden und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland gehalten.

Peter Fleischmann

Nachts in der Würzburger Residenz! Das Staatsarchiv Würzburg beteiligt sich an der Residenznacht 2017

Nach zwei Jahren Absenz war es endlich wieder soweit: Am 6. und am 7. Oktober 2017 öffnete die Würzburger Residenz ihre Türen ab 19 Uhr für jeden, der eine der insgesamt 3800 begehrten Eintrittskarten ergattern konnte, und unterhielt mit einem vielseitigen Programm. Ein bunter Reigen aus Musik, Kleinkunst, Theater, Ausstellungen und Führungen wurde den Gästen geboten. Natürlich durfte hier das Staatsarchiv nicht fehlen! Immerhin zählt es neben dem Staatlichen Hofkeller zu den ältesten (seit 1764) und flächenmäßig größten Nutzern der Residenz. Für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs war die Veranstaltung, bedingt durch die mehrjährige Pause und die personellen Veränderungen der jüngsten Zeit, eine absolute Neuheit. Dementsprechend neugierig und gespannt gingen sie an die Vorbereitungen: *„Ganz klar – wir müssen Führungen durch den Magazinbereich anbieten, mit Mitternachtsführung, die ist immer ein Highlight! Und eine Ausstellung! Wie wäre es mal mit einer Bar und Musik?“* Letzteres ließ sich zwar nicht verwirklichen, neben Magazinführungen und der Ausstellung im Öffentlichkeitsbereich konnte als weiterer Programmpunkt jedoch eine besondere „Archivalienpräsentation“ vorbereitet werden.

Die Ausstellung wurde unter dem Motto „Schätze des Staatsarchivs aus 1000 Jahren“ konzipiert. Gezeigt wurden Urkunden, Amtsbücher, Akten, Pläne, Bilder, Fotografien, Bücher und Postkarten, die einen Zeitraum vom 13. Jahrhundert bis ins Jahr 1985 abdecken.

Im Focus der etwa halbstündigen Archivalienpräsentation stand die „Guldene Freiheit“ von 1168. Friedrich I. Barbarossa verlieh dem Würzburger Bischof Herold umfassende Rechte und Freiheiten in Bistum und Herzogtum Würzburg. Im sogenannten Wappensaal des Staatsarchivs konnten die Besucher den zwei Ausfertigungen des kaiserlichen Privilegs unter Anleitung ganz nahe kommen. Die Entstehungszusammenhänge wurden dargestellt, überhaupt wurde erklärt, wie es zu der Ausfertigung mit Goldbulle gekommen war. Es handelt sich nämlich um eine Zweitausfertigung. Die erste Fassung fand beim Würzburger Bischof keinen Gefallen, weil der Text an einigen Stellen etwas

zu gedrungen geraten war. Außerdem befand sich auf der Erstausfertigung „nur“ ein aufgedrücktes Wachssiegel. Anhand der teils farbigen Miniaturen aus der Chronik der Würzburger Bischöfe von Lorenz Fries wurde das Übergabezeremoniell dieser Urkunde veranschaulicht.



Jens Martin M.A. (rechts) erläutert Gästen der Residenznacht einen Plan der Stadt Würzburg (Foto: Erwin Jäcklein, Staatsarchiv Würzburg).

Die Rundgänge durch den sonst der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Magazinbereich des Staatsarchivs fanden viermal pro Abend statt. Die Termine waren so überlaufen, dass mancher Gast auf die nachfolgende Führung vertröstet werden musste. Die Rundgangsleiterinnen und -leiter informierten anhand ausgewählter Objekte und Archivalien über die Aufgaben eines Archivs, die verschiedenen Arten von Archivalien und deren optimale Unterbringung. Dabei konnten die Gäste vom Dachgeschoss aus den wunderschönen Ausblick auf die beleuchtete Stadt bis hin zur Festung Marienberg (mit weiteren Magazinräumen des Staatsarchivs) genießen. Ein Blick ins Schönborn-Archiv zeigte ihnen, dass hier nicht nur die Unterlagen der staatlichen Behörden archiviert, sondern auch Adels- und Familienarchive auf Grundlage eines Archivierungsvertrags sorgfältig aufbewahrt werden. Zum Abschluss wurden die Rundgangsteilnehmer in den ältesten Magazinraum des Staatsarchivs, dem Urkundensaal, geführt.

An den beiden Nächten betreuten 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 792 hochzufriedene und tief beeindruckte Gäste.

Christina Oikonomou

Archivpflege

Archivbetreuerkurs in Wertingen

Zum ersten Mal fand am 28. März 2017 in Wertingen (Lkr. Dillingen) ein Kurs statt, der sich speziell an die ehrenamtlich tätigen Archivbetreuerinnen und -betreuer von Gemeinden im Regierungsbezirk Schwaben richtete. Die Veranstaltung ging auf eine Initiative von Dr. Johann Popp, Direktor des Amtsgerichts Dillingen, zurück, der auch im Kreistag von Dillingen und im Schwäbischen Bezirkstag

tungen wie dem Bayerischen Archivtag oder dem Bayerisch-Schwäbischen Archivarstreifen offenbar nicht im erwünschten Maße erreicht werden. Dass es eine Nachfrage nach einer derartigen Veranstaltung gibt, zeigen die Zahlen: Auf die 30 angebotenen Plätze hatten sich mehr als 90 Personen angemeldet. Vielen musste daher abgesagt werden. Trotzdem traten Platzprobleme auf, da einige Teilnehmer ganz ohne Anmeldung erschienen. Veranstaltungsort war das Schloss Wertingen, wo die



Der Seminarraum im Wertinger Schloss war bis zum letzten Platz gefüllt (Foto: Wolfram Stadler).

sitzt. Mit Unterstützung von Dr. Popp konnte der Wertinger Stadtarchivar Dr. Johannes Mordstein, der den Kurs zusammen mit Dr. Thomas Engelke, Leiter des Staatsarchivs Augsburg, und Dr. Peter Fassl, Bezirksheimatpfleger für Schwaben, organisierte, das Seminar als Gastgeber in seiner Heimatstadt begrüßen. Mit diesem neuen Angebot wurde darauf reagiert, dass viele Kommunalarchivare in kleineren Gemeinden, die meist ehrenamtlich tätig sind, von bereits bestehenden Veranstal-

historischen Räume einen anregenden Rahmen für das Seminar bildeten. Nach der Begrüßung durch Willy Lehmeier, den Ersten Bürgermeister von Wertingen, äußerten die drei Organisatoren in ihren einleitenden Worten Freude über den regen Zulauf zum Seminar.

Den ersten Vortrag hielt Andreas Nestl von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns über die rechtlichen Regelungen, die auch Kommunalarchivare bei ihrer Arbeit zu beachten haben. Er

erläuterte, inwieweit das Bayerische Archivgesetz auch für Archive ohne Archivsatzung gilt, erklärte die verschiedenen vom Personenstandsgesetz vorgegebenen Fristen und ging auch auf die Probleme ein, die sich aus dem Urheberrecht und dem Recht am eigenen Bild für die Archive ergeben. Patrick Rieblinger (Staatsarchiv Augsburg) führte in seinem Vortrag in das Archivwesen im Allgemeinen ein. Er ging dabei auf die Aufgaben von Archiven, die verschiedenen Archivarten und Forschungsmöglichkeiten im Archiv ein.

Die Nachmittagssitzung leitete Dr. Fassl mit Anregungen zu zeitgeschichtlichen Dokumentationen in Kommunalarchiven ein. Er zeigte auf, welche vielfältigen Möglichkeiten es gibt, die Entwicklung des Gemeindelebens außerhalb des Verwaltungsschriftgutes abzubilden. Ihm folgte als Referent Dr. Dominik Feldmann (Stadtarchiv Augsburg), der auf den Umgang mit elektronischen Medien einging. Hier wurde deutlich, vor welchen großen Herausforderungen auch kleine Archive bei der Bewältigung der digitalen Revolution stehen. Insbesondere wurde klar, dass Kommunalarchive angesichts der veränderten Arbeitsweise der Verwaltung schon sehr bald Lösungen für die dauerhafte Aufbewahrung elektronischer Unterlagen finden müssen. Das abschließende Referat blieb dem Gastgeber Dr. Mordstein vorbehalten. Er erklärte, wie in Vereinsarchiven und Vereinssammlungen wichtige Elemente der lokalen Geschichte überliefert werden können. Alle Vorträge trafen auf hohes Interesse der Teilnehmenden. Anschließend gab es Gelegenheit zu Fragen aus dem Arbeitsalltag des jeweiligen Archivs. Meist ging es hier nur um Details, die mit wenigen Sätzen geklärt werden konnten, manchmal gingen die Fragen aber auch ins Grundsätzliche. In den Fragen zeigte sich das große Engagement, das die ehrenamtlich Tätigen aufbringen, um sich um ihr Archiv zu sorgen. Viele wollten auch mehr zum Themenbereich Bestandserhaltung und Restaurierung erfahren, ein Komplex, der wegen des knappen Zeitrahmens einer eintägigen Veranstaltung bewusst ausgespart worden war. So mussten hier Fragen offen bleiben. Jedoch zeigte sich die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Fortbildung. Neben der positiven Resonanz, auf die die Veranstaltung allgemein stieß, veranlasste dies die Organisatoren, eine Wiederholung des Archivbetreuerkurses im nächsten Jahr anzukündigen. Dann soll thematisch auch auf die verschiedenen Aspekte der Restaurierung eingegangen werden. Zum Gelingen des Kurses trug auch wesentlich die hervorragende Organisation

durch die Stadt Wertingen bei. Neben der Bereitstellung des Veranstaltungssaals sorgte die Stadtverwaltung auch für eine Seminarmappe mit allen Vortragsskripten, die jeder Teilnehmende erhielt.

Patrick Rieblinger

Tagung der oberfränkischen Archivpfleger zum Thema Rechtsgrundlagen und Praxis der Überlieferungsbildung

Der Fortbildung und dem Austausch über aktuelle Fragen der Archivpflege in Oberfranken diente die Kreisarchivpflegertagung am 11. Mai 2017 im Staatsarchiv Bamberg, die in Kooperation mit dem Staatsarchiv Coburg stattfand. Aspekte der Überlieferungsbildung standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Nach der Begrüßung durch Archivdirektor Dr. Stefan Nöth, Leiter des Staatsarchivs Bamberg, gab der stellvertretende Leiter Archivrat Johannes Haslauer einen Überblick über die Beratungsaufgaben der Kreisarchivpflege. Er nannte insbesondere die Sensibilisierung hinsichtlich der Aufbewahrung und Archivierung digitaler Verwaltungsunterlagen als aktuelle Herausforderung. Das zehnjährige Bestehen des novellierten Personenstandsgesetzes und der Ablauf der Übergangsfrist zur Einführung der elektronischen Registerführung (2014) boten sich als Anlass, an die Folgen für das kommunale Archivwesen zu erinnern. Seit Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2009 ist es Vorschrift, dass die Personenstandsregister und die Sammelakten regelmäßig nach Ablauf der Fortführungsfristen durch das Standesamt dem Kommunalarchiv zur Übernahme angeboten werden. Dies unterstreicht die Pflichtaufgabe der Kommunen, ein Archiv einzurichten und zu unterhalten. Die Benützung der archivierten Standesamtsunterlagen findet nach den archivrechtlichen Vorschriften statt.

Im Erfahrungsbericht aus seiner Tätigkeit als Kreisarchivpfleger für den nördlichen Teil des Landkreises Wunsiedel zeigte Werner Bergmann auf, wie durch ein vertrauensvolles Zusammenwirken mit den Vertretern der Kommunen und die Betonung der durch ein gut geführtes Archiv zu erzielenden Entlastungseffekte positive Impulse gesetzt werden können. Der Erlass von Archivsatzungen, laufende Verzeichnungsarbeiten und die Bereitschaft

zur Aktenaussonderung aus den Registraturen der Verwaltungen sind Früchte der Bemühungen. Bergmann betonte, dass zu den Voraussetzungen für eine gute Archivarbeit in den Gemeinden die Bewusstseinsbildung für die Bedeutung der Unterlagen sowohl bei den Verwaltungen als auch in der interessierten Öffentlichkeit gehören.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Thematik der Bewertung der in den kommunalen Registraturen vorhandenen Verwaltungsunterlagen aus den vergangenen Jahrzehnten und der Übernahme der archivwürdigen Akten in das Kommunalarchiv. Wie die Diskussion zeigte, besteht hier vielfach Handlungsbedarf, liegen größere Aussonderungen doch oft länger zurück. Archivrat Johannes Haslauer führte in die Grundlagen der archivischen Bewertung in Theorie und Praxis ein. Er machte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Grundzügen der aktuellen Bewertungslehre vertraut und wies auf die praktischen Hilfsmittel hin. Anhand ausgewählter Beispiele machte er auf die jüngst erschienenen Bewertungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Archivische Bewertung“ der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive aufmerksam.

Archivrat Dr. Johannes Staudenmaier gab einen Überblick über die Überlieferungsbildung im Bereich der Schulen und erläuterte Hintergründe und Inhalt der 2015 durch das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst veröffentlichten Schülerunterlagenverordnung und der dazugehörigen Archivierungsvereinbarung. Er hob hervor, dass mit der Vereinbarung eine klare Rechtsgrundlage für die Anbietung und die Übernahme von Schülerunterlagen (insbesondere der Schülerakten) geschaffen wurde. Jede staatliche Schule – als solche gilt eine Einrichtung, wenn der Freistaat Bayern Dienstherr der Lehrer ist – muss sämtliche vor 1950 entstandenen Schülerunterlagen dem zuständigen Staatsarchiv anbieten; hinzu kommen sollen Schülerakten bedeutender Schülerinnen und Schüler aus späterer Zeit. Im Regierungsbezirk Oberfranken (d.h. den Sprengeln der Staatsarchive Bamberg und Coburg) wurden zusätzlich 41 Schulen ausgewählt, die für die zeitlich darüber hinausgehende Musterarchivierung vorgesehen sind. Unterlagen, die durch die staatlichen Archive nicht übernommen werden, können bei Interesse einer Kommune nach Abschluss eines Archivierungsvertrags unter Eigentumsvorbehalt des Staates im Kommunalarchiv verwahrt werden. Es wurde betont, dass dies zur Konsequenz hat, dass die im Einzelfall eventuell bereits in Kommunalar-

chiven praktizierte Verwahrung von Schülerunterlagen durch Abschluss des Archivierungsvertrags auf eine rechtskonforme Grundlage gestellt werden muss. Schulen, staatliche Archive, Kommunen und Archivpfleger sind diesbezüglich zu einer intensiven Zusammenarbeit aufgerufen (vgl. Nachrichten Nr. 70/2016, S. 25–27).

Angesichts des breiten Aufgabenspektrums kommunaler Archivarbeit kristallisierte sich in der Diskussion großes Interesse am Modell der interkommunalen Zusammenarbeit heraus. Seitens des Staatsarchivs wurde auf die Möglichkeit der erhöhten Förderung solcher Projekte durch den Freistaat Bayern in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf gemäß der 2015 durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr veröffentlichten Richtlinie hingewiesen.

Johannes Haslauer M.A.

Tagung der unterfränkischen Archivpflegerinnen und Archivpfleger

Nach der im Jahr 2015 anlässlich des Bayerischen Archivtags in Schweinfurt abgehaltenen unterfränkischen Archivpflegertagung versammelten sich am 5. April 2017 wiederum Archivpflegerinnen und Archivpfleger aus Unterfranken im Staatsarchiv Würzburg.

An der Tagung nahmen elf Archivpflegerinnen und Archivpfleger teil. Der neue Amtsleiter, Archivdirektor Dr. Klaus Rupprecht, begrüßte sie und stellte zunächst die rechtlichen Grundlagen für die Archivierung von Schülerunterlagen vor. Im zweiten Teil seines Vortrags ging er auf die Archivierungsvereinbarung zwischen dem zuständigen Ministerium und der Generaldirektion ein, die nicht nur für Schülerunterlagen, sondern auch für die allgemeinen Verwaltungsunterlagen der staatlichen Schulen gilt. Auch die Möglichkeit der Archivierung von Schülerunterlagen in einem anderen öffentlichen Archiv und die dafür erforderlichen Voraussetzungen wurden angesprochen. Archivinspektorin Christina Oikonomou M.A. stellte die Kriterien für die als Musterschulen im Regierungsbezirk Unterfranken ausgewählten Schulen vor und ging auf die bisherigen Kontakte des Staatsarchivs Würzburg zu Schulen im Rahmen der Aktenaussonderung



Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg.

ein. Die neuen Regelungen und deren Umsetzung in die Praxis boten viel Stoff zur Diskussion.

Nach der Mittagspause gab lic. theol. Susanne Kornacker einen Werkstattbericht zur Registratur der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Iphofen, wo derzeit vieles im Umbruch ist. Frau Kornacker ist seit 2011 für das Archiv der Stadt Iphofen zuständig. Die Situation in der Registratur der VG wurde von Frau Kornacker wie folgt beschrieben: Städtisches Personal und Personal der VG arbeiten zusammen. Der Dienstleister Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) liefert insbesondere die Software in Standesamt, Kämmerei und Bauamt. Die Akten werden teilweise analog, teilweise digital geführt. Zum besseren Auffinden und Verwalten sind die Akten der VG und diejenigen der Mitgliedsgemeinden durch verschiedene Farben gekennzeichnet, wobei auch Mischakten existieren. Auch wurde bei der Gründung der VG keine Zentralregistratur geschaffen, sondern Sachbearbeiter- und Abteilungsregistraturen. In Iphofen wird derzeit eine Bewertung der VG-Akten, der Akten der Stadt Iphofen und der Mischakten vorgenommen, die sehr zeitaufwändig ist.

In der lebhaften anschließenden Fragerunde wurde angesprochen, dass die Aktenaussonderung

bei den VGs und die Aufteilung der nicht mehr für den laufenden Geschäftsgang benötigten Akten häufig ohne vorherige Bewertung erfolgen. Damit landet im jeweiligen Gemeindearchiv der VG-Mitglieder auch nicht archivwürdiges Schriftgut, das dort mühsam vom lokalen, häufig ehrenamtlichen Archivbetreuer bearbeitet werden muss. Interkommunale Allianzen oder die Einrichtung eines Zweckverbandes mehrerer Gemeinden gerade auch für das kommunale Archivwesen sowie Regelungen für die Registratur einer VG könnten helfen, die Massen an Schriftgut zu bearbeiten und zu bewältigen.

Die Tagung schloss mit einer Führung durch die Räume des Staatsarchivs Würzburg durch Archivoberrat Jens Martin M.A. für diejenigen Archivpflegerinnen und Archivpfleger, die erst in den letzten Jahren bestellt wurden. Der fachliche Austausch und die Möglichkeit, alle Probleme der kommunalen Archivpflege ansprechen zu können, wurden einmal mehr von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr geschätzt.

Ingrid Heeg-Engelhart

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Kloster Aldersbach Amtsbücher und Akten neu erschlossen

Die Geschichte des Zisterzienserklosters Aldersbach begann 1146. In diesem Jahr wurde ein bereits am Ort bestehendes Regularkanonikerstift in eine Niederlassung der Zisterzienser umgewandelt, deren erste Mönche aus dem fränkischen Kloster Ebrach kamen. Die neue Zisterze erlangte 1147 von Papst Eugen III. den päpstlichen Schutz. Die Vogtei, ursprünglich in den Händen der Herren von Kamm, kam zwischenzeitlich an das Königtum sowie an die Grafen von Ortenburg. Nach Aussterben der älteren Linie des Hauses Ortenburg 1256 gelangte sie an die Wittelsbacher. Wie das Traditionsbuch zeigt, konnte das Zisterzienserkloster durch Schenkungen seinen Besitz in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens deutlich vermehren. Im 13. Jahrhundert konnte Aldersbach drei Tochterklöster besiedeln, nämlich Fürstefeld (1258/63), Fürstenzell (1274) und Gotteszell (1285). Das Kloster erwarb Seelsorgestellen, unter anderem die Pfarrei Rotthalmünster.

Unter den Äbten ragt der humanistisch gebildete Wolfgang Marius (1514–1544) heraus, der lateinische Dichtungen und mehrere größere Werke verfasste, unter anderem eine Geschichte seines Klosters. Abt Bartholomäus Madauer (1552–1577) war ein bedeutender Mathematiker und Astronom. Abt Michael Kirchberger (1612–1635) förderte die Wallfahrt in Sammarei. Seitdem in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts eine bayerische Zisterzienserprovinz – als Teil der ebenfalls zu dieser Zeit eingerichteten oberdeutschen Zisterzienserkongregation – gegründet wurde, war der Aldersbacher Abt meistens der Vorsteher (Generalvikar) der bayerischen Ordensprovinz. 1669 wurde das in der Reformation aufgehobene oberpfälzische Zisterzienserkloster Walderbach von Aldersbach aus wiederbesiedelt. Abt Malachias Niederhofer (1669–1683) richtete in Aldersbach eine philosophisch-theologische Hauslehranstalt ein. Im 17. und 18. Jahrhundert wurden schrittweise die Klostergebäude erneuert. Abt Theobald Grad (1705–1734) ließ das Langhaus der heutigen

Klosterkirche errichten und die Kirche durch die Gebrüder Asam ausschmücken.

Aldersbach besaß mehrere Hofmarken. Die einschichtigen Güter des Klosters lagen überwiegend in den Pfliegerichten Vilshofen, Pfarrkirchen und Landau. In Niederösterreich, vor allem um Krems, besaß das Kloster Besitzungen und Zehntrechte. Der Transport der Einkünfte an Wein und Getreide, die diese Güter bzw. Rechte erbrachten, war durch Mautprivilegien auf der Donau begünstigt.

Das Kloster Aldersbach hatte mit über 30.000 Bänden eine der bedeutendsten Bibliotheken in Bayern beherbergt. Bei der Säkularisation wurden 360 Handschriften und über 700 Inkunabeln in die Münchner Hofbibliothek übernommen. Das Kloster wurde im Rahmen der Säkularisation der landständischen Klöster 1803 aufgehoben. Spätere Versuche, es wieder zu besiedeln, führten zu keinem Erfolg.

Der Bestand „Kloster Aldersbach Amtsbücher und Akten“ des Bayerischen Hauptstaatsarchivs enthält sämtliche Teile der erhaltenen archivalischen Überlieferung des Klosters, die nicht zu dessen Urkundenbestand gehören. Neben der Klosterüberlieferung umfasst der Bestand auch Unterlagen staatlicher Behörden, die mit der Abwicklung des aufgehobenen Klosters ab 1803 vor Ort entstanden.

Auch in Aldersbach führte die Säkularisation zu Zersplitterung und Verlusten an klösterlicher Überlieferung. 1804 übernahm der Geheime Landesarchivar Franz Joseph von Samet die aus seiner Sicht rechtlich und historisch wertvollsten „Literalien“ aus Archiv und Registratur für das Geheime Landesarchiv, den Vorläufer des Allgemeinen Reichsarchivs und Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Sie wurden als KL Aldersbach aufgestellt.

Die nicht vom Geheimen Landesarchiv übernommenen Akten und Amtsbücher gingen zum kleineren Teil an die Vorgängereinrichtung des Staatsarchivs München und wurden dort in den Mischbestand KL Faszikel eingearbeitet, aber 1952 herausgelöst und an das Staatsarchiv Landshut gegeben. Zum größeren Teil wurden bei der Säkularisation Aldersbacher Unterlagen an die Behörden gegeben, die mit dessen Abwicklung und der weiteren

Verwaltung seines Besitzes betraut waren. Von dort kamen sie über Behördenabgaben ins spätere Staatsarchiv Landshut. Beim Brand der Burg Trausnitz 1961 wurden Briefprotokolle, Verhörprotokolle, Zustandsprotokolle und Inventurbücher des Klosters Aldersbach teils zerstört, teils beschädigt. Im Rahmen der altbayerischen Beständeberreinigung kamen die Aldersbacher Archivalien an das Bayerische Hauptstaatsarchiv.

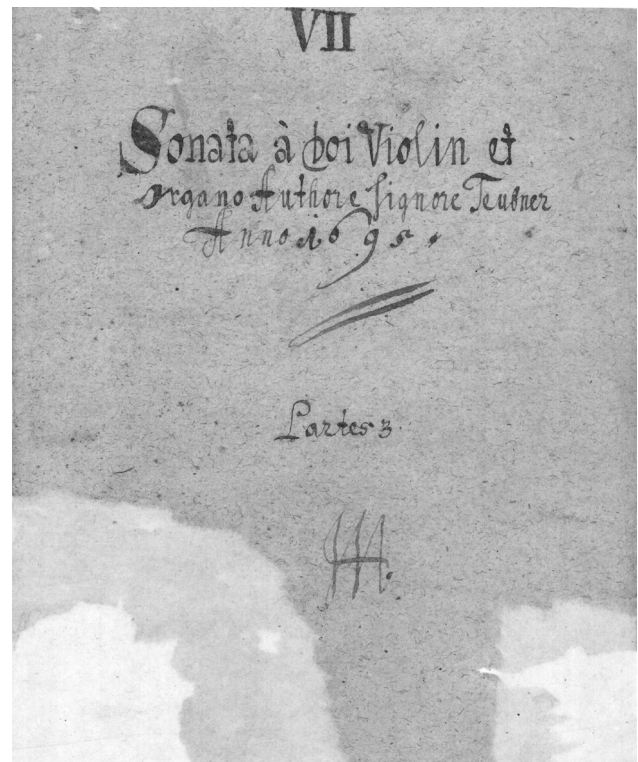
Bereits in den 1970er Jahren war im Staatsarchiv Landshut von Dr. Hans Geier begonnen worden, die Überlieferung des Klosters Aldersbach zu rekonstruieren. Mithilfe der Findmittel aus dem 18. Jahrhundert bzw. der Säkularisationszeit wurden das „Archiv“ und die „Registratur“ der Klosterzeit wieder aufgebaut. In den Jahren 2009 bis 2017 wurde der rekonstruierte Bestand im Hauptstaatsarchiv in der archivischen Datenbank verzeichnet. Dabei wurden auch die seit dem 19. Jahrhundert in München befindlichen Archivalien von KL Aldersbach sowie andere Archivalien Aldersbacher Provenienz aufgenommen. Der jetzige Aufbau des Bestandes bildet nicht den Ordnungszustand am Ende der Klosterzeit ab, sondern ist eine Neuformierung, bei der die alten Findmittel beim Entwurf der Gliederung zu Rate gezogen wurden.

Der Aldersbacher Bestand zeichnet sich dadurch aus, dass Unterlagen zu Angelegenheiten des Zisterzienserordens, die bei anderen Zisterzienserklöstern im Zuge der Säkularisierung in der Regel verloren gingen, hier in großem Umfang erhalten geblieben sind. Unter diesen Unterlagen befindet sich der Schriftverkehr, den der Aldersbacher Abt vor allem im 17. und 18. Jahrhundert als Generalvikar der bayerischen Zisterzienserprovinz mit den Klöstern dieser Provinz führte. Er gewährt detaillierte Einblicke in zahlreiche Aspekte des Lebens dieser Klöster. Dies gilt besonders für Fürstenfeld, Fürstenzell, Gotteszell, Raitenhaslach und Seligenthal. Bei jeder Forschung zu diesen Klöstern sollte daher der Aldersbacher Bestand berücksichtigt werden. Daneben ist die lange und fast ununterbrochene Überlieferung an Rechnungen hervorzuheben. Bemerkenswert sind auch die neulateinischen Dichtungen von Abt Wolfgang Marius und anderen Verfassern, die sich in verschiedenen Archivalien finden.

Florian Lehrmann

Fund in der Fragmentensammlung: Eine Triosonate des Münchner Hof- musikikers Johann Caspar Teubner von 1695

Die Fragmentensammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs ist noch wenig erschlossen. Ihr Umfang liegt geschätzt im niedrigen vierstelligen Bereich. Im Rahmen von Praktika wurden inzwischen knapp 200 Fragmente in der archivischen Datenbank verzeichnet. Die Sammlung enthält bruchstückhaft überlieferte Dokumente, die meist bei Einbandrestaurierungen und Neubindungen während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entdeckt und abgelöst wurden. Derartige Funde sind das Resultat der gängigen Praxis des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, ältere Materialien – Handschriften wie auch Drucke – als sogenannte Einbandmakulatur bei der Buchbinderei wiederzuwerten. Daher bergen die Fragmentensammlungen von Archiven und Bibliotheken sehr uneinheitliches Material, und zwar sowohl in zeitlicher, geographischer, qualitativer wie auch thematischer Hinsicht: Das Spektrum reicht im Bayerischen Hauptstaatsarchiv von liturgischen, literarischen und wissenschaftlichen Schriften in lateinischer, deutscher und hebräischer Sprache bis hin zu Gebrauchstex-



Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Fragmentensammlung
vorl. Nr. 176.

ten wie etwa Kalenderblättern, Horoskopfen oder Privatgebetbüchern. Auch Reste von Archivalien im engeren Sinne (z.B. Pergamenturkunden) sind enthalten. Einen großen Anteil an den Fragmenten des Hauptstaatsarchivs nehmen Musikalien ein. Es finden sich darunter neben Teilen aus liturgischen Gebrauchshandschriften in mittelalterlicher Neumennotation auch zahlreiche Fragmente aus den Aufführungsmaterialien oftmals noch nicht identifizierter Instrumental- und Vokalwerke.

Einzelne Stücke lassen sich aufgrund von entsprechenden Vermerken ihren Komponisten zuordnen. Dazu gehört das dreiseitige Fragment einer Sonate für zwei Violinen und Basso Continuo. Eine ältere Bleistiftnotiz auf der Mappe, in der es steckte, führt nicht näher bestimmte „Protokolle“ (1767) aus Marktoffingen (Lkr. Donau-Ries) als Herkunft an, zusammen mit dem Hinweis auf eine Abgabe des Amtsgerichts Oettingen. Es handelt sich um ein Werk des bedeutenden Münchner Barockkomponisten Johann Caspar Teubner. Die Zuschreibung an den Komponisten und die Angabe des Entstehungsjahres erfolgt auf dem Titelblatt („Authore Signore Teubner Anno 1695“); von den „Partes 3“ fehlt in der überlieferten Fassung die Orgelstimme. Das Fragment war ursprünglich Teil einer umfangreicheren Sammlung, wie die Angabe in römischen Ziffern („VII“) auf dem Titelblatt nahelegt; ob es sich um ein Autograph oder um eine Abschrift handelt, ist unklar (Abbildung s. Umschlagvorderseite).

Johann Caspar Teubner (auch Teuber, Deibner u.a.) gehörte zu den prominentesten Mitgliedern der bayerischen Hofkapelle unter den Kurfürsten Ferdinand Maria und Maximilian II. Emanuel. Der Sohn eines sächsischen Harfenisten hatte seine Ausbildung in Wien absolviert, wo heute noch Musikalien aus seiner Feder aufbewahrt werden (s.u.). 1661 nach München berufen, machte sich Teubner alsbald aufgrund seiner Kompositionen einen Namen. Er hat bei der „HofCapelln auch bey der Tafl, Comoediin, Balleten, vnd anderen dergleichen Vorfällenheiten [...] mit vüllfeltiger Composition vnd zugleich mit inuention allerhandt Musicalischer Instrumenten [...] dienst gethan“ (HR I, Fasz. 465, Nr. 351). Teubner war demnach sowohl als Instrumentalist als auch als Komponist vielseitig tätig.

Bei der in der Fragmentensammlung überlieferten „Sonata à doi Violin et Organo“ dürfte es sich um ein Werk handeln, das für den geistlichen Gebrauch vorgesehen war. Die Besetzung des Basso Continuo-Parts mit einer Orgel lässt eigentlich nur diesen Schluss zu. Die Instrumentalisten der Hof-

kapelle hatten zu Teubners Zeit die Aufgabe, die kurfürstliche Vokalkapelle bei den täglichen Messen, Vespern und Litaneien zu begleiten. Dabei wurden auch rein instrumentale Werke wie etwa Kirchensonaten zur Aufführung gebracht, um zwischen den vom Chor vorgetragenen Stücken mit den Mitteln der Musik zur persönlichen Andacht anzuhalten.

Formal besteht die *Sonata da chiesa* im Barock jedoch üblicherweise aus einer Folge von vier Einzelsätzen (langsam – schnell – langsam – schnell). Das besagte Fragment enthält nur die beiden Violinstimmen zu einem (einleitenden?) Adagio-Satz. Fehlen also drei Sätze der Sonate? Diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. Teubner könnte die Tradition der Sonatenkomposition aus seiner Wiener Zeit nach München mitgebracht haben. In Wien blühte die frühbarocke Sonatenproduktion in der Mitte des 17. Jahrhunderts unter dem Einfluss italienischer Komponisten. Aus dem Umkreis des Habsburger Hofes hat sich eine Sammlung von über hundert Violinsonaten (Wiener Minoritenkloster, Hs. XIV 726) erhalten, die die formale Vielfalt der Gattung zu dieser Zeit zeigt. Sie enthält auch eine Komposition für Violine und Basso Continuo aus der Feder Teubners. Die Sammlung umfasst sowohl Sonaten eines einsätzigen als auch des erwähnten viersätzigen Typs: Das Münchener Fragment könnte mit seinem einen Satz also bereits vollständig sein.

Vor wem hat Johann Caspar Teubner seine Sonate konkret aufgeführt? Der kurfürstliche Hof weilte zur fraglichen Zeit in Brüssel. Teubner war hingegen in München geblieben und starb dort 1696 – ein Jahr nach Abschluss der Triosonate. In den Jahren vor seinem Tod war die Hofkapelle trotz der Abwesenheit des Kurfürsten und kriegsbedingter Kürzung der Mittel regelmäßig im Dienst. Dies belegt ein Gutachten aus dem Jahr 1695 ((HR I, Fasz. 468, Nr. 572): An der Tafel wurde zwar nicht mehr musiziert, doch spielten die Mitglieder in den wöchentlichen Mittwochsessen und bei anderen geistlichen Gelegenheiten auf. Das Gutachten fällt genau ins Entstehungsjahr der Teubnerschen Sonate. Das Werk könnte also in dem beschriebenen liturgischen Zusammenhang entstanden und vor den in München verbliebenen Mitgliedern des kurfürstlichen Hofstaats gespielt worden sein.

Johann Caspar Teubners Wirken in München wurde in Hans-Joachim Nösselts Studie zur Geschichte der Münchner Hofkapelle gewürdigt („Ein ältest Orchester“, München 1980). Es wäre zu wünschen,

dass der Fund in der Fragmentensammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs das Interesse an diesem vergessenen Münchner Meister wieder neu erweckt.

Philipp Weiß

Gefängniswärter, Landwirtschaftsbeamte und Flüchtlingskommissare – Neu erschlossene Personalakten


Biographische Zugänge zur Geschichte sind beliebt wie lange nicht mehr – wissenschaftlich fundierte Porträts bedeutender Persönlichkeiten wie Franz Josef Strauß stehen dabei neben Skizzen der Lebensschicksale weniger prominenter Menschen, von der Hofsängerin über den Unteroffizier bis zum verfolgten jüdischen Rechtsanwalt. Nur gelegentlich existieren für solche Studien autobiografische Quellen oder persönliche Nachlässe, aber einen Personalakt gibt es (fast) immer, zumindest wenn die untersuchte Person zeitlebens oder phasenweise im Staatsdienst stand.

Personalakten gehören daher zu den Unterlagen, die in öffentlichen Archiven gesucht werden. Daneben liegen in Archiven personenbezogene Unterlagen zu Menschen, die mit dem Gesetz und dem Staat in Konflikt gerieten, öffentliche Leistungen beanspruchten oder Abgaben zu leisten hatten. Im Folgenden werden Personalakten zu Beamten und anderen Staatsdienern vorgestellt, die seit 2015 verzeichnet und damit der Forschung zugänglich gemacht wurden.

Erschlossen wurden 463 Personalakten aus dem Bereich der Landwirtschaftsverwaltung, die 2012 und 2015 vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten abgegeben worden waren. Bei diesen Unterlagen handelt es sich um eine gezielte, festgelegten Kriterien folgende Auswahlüberlieferung, wie sie bei neueren Personalakten üblich ist. Archiviert wurden sämtliche Personalakten zu Beamten der Besoldungsgruppe ab A15 aufwärts und vergleichbar eingestuftem Angestellten, um das Führungspersonal des Landwirtschaftsministeriums und dessen nachgeordneter Ämter zu dokumentieren. Hinzu kamen als repräsentativer Querschnitt des restlichen Personals ohne Leitungsfunktionen alle Akten zu Personen, deren Geburtstag auf den 6., 16. oder 26. eines Monats fällt.

Die Bandbreite der neu erschlossenen Personalakten ist folglich groß: Sie reicht vom Staatsminister und höheren Landwirtschaftsbeamten über den Weinbaumeister bis hin zur Bürokräft. Alle Betroffenen sind größtenteils in den 1960er bis 1980er Jahren aus dem Dienst ausgeschieden, viele waren bereits im frühen 20. Jahrhundert für die staatliche Landwirtschaftsverwaltung tätig. In Einzelfällen sind personenbezogene Schutzfristen zu beachten. Die Personalakten setzen sich zusammen aus Personalbögen, Beurteilungen und Zeugnissen, die den beruflichen Werdegang widerspiegeln, Dokumenten zu Dienstbezügen und Pensionsleistungen, Familienverhältnissen und Erkrankungen. In vielen Fällen gehen auch mehr oder minder schwere NS-Belastungen aus den Akten hervor, etwa durch Spruchkammerurteile aus der Entnazifizierung oder in Rechtfertigungsschreiben der Betroffenen, die auf eine Wiedereinstellung hofften, nachdem sie 1945/46 von der Besatzungsmacht aus dem Dienst entfernt worden waren. Im Findmittel erfasst wurden neben den Namen und den Geburts- und (soweit bekannt) Sterbedaten auch die letzte Funktion bzw. der letzte Dienstrang der Betroffenen sowie die Aktenlaufzeit; geordnet sind die Akten rein alphabetisch (Findbuch MELF 10).

Witzenscheit des NSRM: I p -

1. Vor- und Zuname: (eigentliches Geb)	Hans Hitzler	
2. Geburtstag und -ort:	06.2.37 in Leuvingen	
3. Deutschstämmige Abstammung: (eigentlich nachgewiesen?)	durch Urkunden nachgewiesen	
4. Glaubensbekenntnis:	kath.	
5. Beruf des Vaters:	Landwirt	
6. Vermögensverhältnisse des Beamten:	geordnet	
7. Frühere Zugehörigkeit (mit genauer Zeitangabe)		
a) zu politischen Parteien:	./.	
b) zu politischen Verbänden:	./.	
c) zu Freimaurereigenen: (mit Angabe des Grades)	./.	
d) zu politischen oder konfessionellen Beamtenvereinen:	./.	
8. Zugehörigkeit (mit genauer Zeitangabe)		<i>Witzenscheit</i> Parteianwärter seit 1.5.37
a) zur NSDAP: (Mitgliedsnummer, Amt)	Partei anwärter seit 1.5.37	
b) zu einer Gliederung: (Dienststrang und Führerstelle)	./.	
c) zu einem angegliederten Verband: (Amt)	R.D.B. seit 1.4.34 N.S.K.O.V. seit 1.7.33 (Führer der Ehrenabteilung) N.S.V. seit 1.7.34	
d) zum Aufstellungsbund, NSM, Kolonialverband oder ähnlichen Verbänden:	R.L.B. seit 16.4.34	

Beschriftung Nr. 188. Personalbogen

Ganz andere Lebensläufe spiegeln sich in einer größeren Abgabe von Personalakten des bayerischen Justizministeriums aus dem Jahr 2006 zu Beschäftigten im Strafvollzug der ersten Nachkriegsjahrzehnte, vereinzelt aber auch der Zeit vor 1945, wider. Von den angebotenen rund 6.450 Akten wurden damals 1.250 übernommen, also knapp 20 Prozent. Die Auswahl folgte dem oben beschriebenen Muster, wobei anders als bei der Landwirtschaftsverwaltung ein entscheidendes weiteres Kriterium hinzukam. Überdurchschnittlich viele Gefängniswärterinnen und -wärter stammten nämlich aus den Vertreibungsgebieten in Osteuropa. Für Personen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sieht die sogenannte Personalakten-

kommissaren und anderen Beschäftigten in der bayerischen Landesflüchtlingsverwaltung (Findbuch *Landesflüchtlingsverwaltung* 3). Die Flüchtlingsproblematik der unmittelbaren Nachkriegszeit erforderte rasches Handeln – in kürzester Zeit musste eine Sonderverwaltung aufgebaut werden. Die eingestellten Personen waren oft selbst Heimatvertriebene, zum Teil ohne Verwaltungserfahrung. Unübliche Karriereverläufe waren die Folge. In den knapp 400 erhaltenen Personalakten sind auch Hinweise auf Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Amtsträgern, Dienstpflichtverletzungen oder Konflikte mit den Flüchtlingen enthalten. Die Akten waren aus dem Arbeitsministerium übernommen worden, dem die Flüchtlingsverwaltung seit den 1950er Jahren zugeordnet war.



Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Landesflüchtlingsverwaltung 3947.

richtlinie der Staatlichen Archive Bayerns eine Archivierung vor, um Überlieferungsverluste bei anderen personenbezogenen Unterlagen auszugleichen. Aus dem 2015/16 verzeichneten Personalaktenbestand (Findbuch *MJu 10*) lassen sich also nicht nur die Lebensläufe von Anstaltsleitern und Gefängnisärzten, sondern auch zahlreiche Dienstbiografien von Hilfsaufseherinnen und -aufsehern und von einfachem Verwaltungspersonal der bayerischen Justizvollzugsanstalten mit teils unkonventioneller Vorgeschichte rekonstruieren. Eine entsprechende Herkunft ist in den Findmitteleinträgen vermerkt, zusammen mit der letzten Funktion bzw. dem letzten Dienstgrad, dem Namen der Justizvollzugsanstalt, an der die Betroffenen zum Zeitpunkt ihres Ausscheidens tätig waren, und gelegentlich vorhandenen Passfotos.

Sehr spezielle Funktionsträger präsentiert ein kleinerer Bestand an Personalakten zu Flüchtlings-

Rund 100 ältere Personalakten des Landesentschädigungsamtes bieten Einblicke in die Belegschaft und damit auch die Funktionsweise einer weiteren Sonderbehörde, die nach 1945 zur Bewältigung der Folgen der NS-Herrschaft geschaffen worden ist. Dies gilt auch für 52 Einzelakten zum Personal des 1949 aufgelösten Amtes für Reparationsangelegenheiten, die über das Wirtschaftsministerium ins Bayerische Hauptstaatsarchiv gelangt waren.

Die hand- oder maschinenschriftlichen Findmittel zu älteren Personalakten, die sich schon länger im Bayerischen Hauptstaatsarchiv befinden, wurden kürzlich retrokonvertiert, so dass sie nun wesentlich leichter zugänglich und der richtigen Provenienz zugeordnet sind (siehe Nachrichten Nr. 70/2016, S. 38). Nach dem Erfassen in der Findmitteldatenbank bieten sich deutlich bessere Recherchemöglichkeiten. Zuletzt betraf dies Personalakten zu Zoll- und Forstbeamten (Findbücher *MF 14*, *MF 17*, *MELF 9*), demnächst folgen Polizisten und Beamte der allgemeinen inneren Verwaltung (Findbücher *MInn 21*, *MInn 26*).

Gerhard Fürmetz

Personalakten und „Prinzenkurse“ – Zu einer Abgabe aus der Bayerischen Staatskanzlei

Spannende Personalangelegenheiten dominieren ein neues Findmittel zum Bestand *Staatskanzlei*. Im Sommer 2017 wurden sieben kleinere Abgaben der bayerischen Regierungszentrale aus den Jah-



Gruppenfoto des rein männlichen Kurses für Verwaltungsführung des Jahrgangs 1978 bis 1979 zum Empfang in den Räumen der Staatskanzlei am 25. September 1978 mit Ministerpräsident Alfons Goppel (Mitte) (Foto: Fritz Kuhn, Pressestelle der Staatskanzlei, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, StK 30917).

ren 2006 bis 2015 mit insgesamt 165 Archivalien im Repertorium *StK 11* zusammengeführt und erschlossen. Neben Personalakten war auch Schriftgut zu den Lehrgängen für Verwaltungsführung an das Bayerische Hauptstaatsarchiv gelangt.

Die „Lehrgänge für Verwaltungsführung“ – nach dem Veranstaltungsort Prinz-Carl-Palais gemeinhin „Prinzenkurse“ genannt – waren auf Beschluss des Ministerrats vom 31. Juli 1967 von der Staatskanzlei eingerichtet worden. Ein erster Kurs begann im Juni 1968, im Jahr 1972 nahm mit Elisabeth Scherzer erstmals eine Frau am Kurs teil. In einem zweijährigen Turnus werden seitdem ausgesuchte Beamte und Beamtinnen des höheren Dienstes in einem ressortübergreifenden und interdisziplinären Fortbildungsprogramm zu Führungskräften weitergebildet. Die jeweils 16 bis 18 Teilnehmer aus den bayerischen Staatsministerien sowie einzelne Gäste – beispielsweise aus anderen Bundesländern oder aus bayerischen Großstädten – wurden für eine Zeit von anfangs 18, später zehn Monaten vom Dienst freigestellt. Sie erhalten ein zeit- und kostenintensives Training in den Berei-

chen „Führung in Unternehmen und Verwaltung“, „Wirtschafts- und Finanzwesen“, „Internationale Zusammenarbeit“ sowie „Bayerische Verwaltung und Geschichte“. Neben Fremdsprachenunterricht umfasst das Programm auch Informationsaufenthalte und Studienfahrten zu bayerischen, bundesdeutschen, europäischen und außereuropäischen Institutionen. Die Kurse eröffnen den Kandidaten außergewöhnliche Karrieremöglichkeiten in der bayerischen Staatsverwaltung.

Die an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegebenen Unterlagen mit einer Laufzeit von 1968 bis 2010 enthalten Personalbögen sämtlicher Teilnehmer vom 1. bis 15. Lehrgang, darunter beispielsweise die der späteren Regensburger und Augsburger Oberbürgermeister Friedrich Viehbacher und Peter Menacher oder den von Günter Hirsch, dem nachmaligen Präsidenten des Bundesgerichtshofs. Daneben finden sich Lehrgangsunterlagen wie Berichte, Programme und Materialien, die ab dem 6. Lehrgang vollständig erhalten sind, sowie Schriftgut zum Haushalt und zur Organisation der „Prinzenkurse“. Aussagekräftig dürften die Akten nicht

nur für künftige bayerische Elitenforschungen sein; sie lassen auch erkennen, wie sich politische Paradigmen im Freistaat seit den späten 1960er Jahren gewandelt haben.

Einen weiteren Block des Neuzugangs bilden 45 Personalakten. Da die Staatskanzlei nur über einen vergleichsweise geringen festen Mitarbeiterstamm verfügt – die meisten Beamten werden von den verschiedenen Fachministerien zeitweise abgeordnet – ist die Zahl der archivwürdigen Personalakten in diesem Bestand traditionell niedrig. Dafür sind prominente Politiker vertreten, etwa die bayerischen Ministerpräsidenten Hanns Seidel und Max Streibl. Exemplarisch dokumentiert ist aber auch die berufliche Laufbahn von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei der Besoldungsgruppen bis A 14, vorausgesetzt sie sind am 6., 16. oder 26. eines Monats geboren. Damit ist gewährleistet, dass nicht nur Unterlagen zu hochrangigen Beamten wie Ministerialdirektor Fritz Baer oder Staatsrat Ernst Rattenhuber vorliegen, sondern vereinzelt auch zu Kanzleipersonal und Schreibkräften.

Teresa Neumeyer, Gerhard Fürmetz

Einer für alle (Beamten) – Akten des Landespersonalausschusses

Im Sommer 1953 wollte es Theo K. Reubel, Redakteur der Zeitschrift „Gong“, ganz genau wissen: Waren die Einstellungsprüfungen, die seit dem Erlass des Bayerischen Beamtengesetzes sieben Jahre zuvor Zulassungsvoraussetzung für den Vorbereitungsdienst der mittleren und gehobenen Beamtenlaufbahn waren, wirklich so schwierig, wie es allgemein hieß? Gemeinsam mit über 800 jungen Leuten brütete der Journalist schließlich über den Aufgaben. Reubels Klausuren legte der Landespersonalausschuss bald darauf in einem eigenen Vorgang ab, denn seine Teilnahme an der Prüfung war im Vorfeld mit der Behörde abgesprochen worden. Inzwischen befindet sich der Vorgang im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, er gehört zu dem neu erschlossenen Bestand Landespersonalausschuss.

Die Behörde war auf Druck der amerikanischen Besatzungsmacht mit dem Bayerischen Beamtengesetz vom 28. Oktober 1946 ins Leben gerufen worden. Bis zur Novellierung des Beamtengesetzes 1960 firmierte sie als Landespersonalamt. Seit

der Gründung in der unmittelbaren Nachkriegszeit steht die Institution für die einheitliche Durchführung des Beamtengesetzes. Als unabhängige Stelle hat der Landespersonalausschuss unter Berücksichtigung sowohl der personalwirtschaftlichen Bedürfnisse als auch des Leistungsprinzips dazu beizutragen, Personalentscheidungen objektiv zu gestalten. Der Landespersonalausschuss wirkt mit bei der gesetzlichen Regelung der Beamtenverhältnisse, er bereitet Vorschriften über die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung von Beamtinnen und Beamten mit vor, führt die Aufsicht über die Prüfungen und nimmt Stellung zu individuellen Beschwerden in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.

Waren im Landespersonalamt ursprünglich auch „zwei unabhängige Persönlichkeiten, die nicht Beamte sind“, vertreten, ist der Beamtenstatus seit 1960 für alle Mitglieder des Landespersonalausschusses unabdingbar. Das Recht zu ihrer Berufung liegt bei der bayerischen Staatsregierung, wobei diese zum Teil an die Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände sowie der Berufsverbände und Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst gebunden ist. Die reguläre Amtszeit der Mitglieder beträgt derzeit fünf Jahre, wobei eine wiederholte Berufung möglich ist. Bei der Erledigung seiner Aufgaben wird der Landespersonalausschuss von einer Geschäftsstelle mit Generalsekretärin bzw. Generalsekretär an der Spitze unterstützt. Seit 2008 ist diese Geschäftsstelle beim Staatsministerium der Finanzen angesiedelt, zuvor war sie der Staatskanzlei zugeordnet. Gleichwohl ist der Landespersonalausschuss als eigenständiger, ressortübergreifender Provenienzbildner aufzufassen, der seine Akten selbst führt.

Seit dem Bestehen des Landespersonalamts bzw. -ausschusses wurden bislang zweimal Akten in das Bayerische Hauptstaatsarchiv übernommen. Die Abgaben von 2001 und 2014 wurden nun miteinander vereint, da sie größtenteils denselben Zeitraum abdecken, nämlich jeweils die Jahre von 1947 bis 1990 bzw. 2001. Der Bestand umfasst 438 Archivalien im Gesamtumfang von knapp 18 laufenden Metern. Die Auswahl, die im Rahmen der Aktenaussonderung getroffen wurde, ist repräsentativ: Das Schriftgut deckt alle Kernaufgaben des Landespersonalausschusses ab. Hinzu kommen Unterlagen, die die Organisation und Arbeitsweise der Behörde nachvollziehbar machen.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten sind vor allem die Akten hervorzuheben, die in den späten

1940er und frühen 1950er Jahren entstanden. Sie ermöglichen tiefe Einblicke in den Wiederaufbau des öffentlichen Dienstes nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes: Wie ging man mit der NS-Belastung von Beamten und Angestellten um? In welcher Weise wurden Flüchtlinge in die staatliche Verwaltung integriert? Rein mengenmäßig betrachtet liegt der inhaltliche Schwerpunkt bei den Unterlagen, die die Prüfungen für den Staatsdienst betreffen. Diese Archivalien scheinen insbesondere auch für statistische Auswertungen geeignet, zum Beispiel im Hinblick auf Alter, Geschlecht und Leistung der Prüfungsteilnehmer. Wegen der häufig enthaltenen Platzziffern- und Notenverzeichnisse unterliegen viele dieser Akten allerdings noch personenbezogenen Schutzfristen, einige werden deswegen noch auf Jahrzehnte hinaus nur mit Einschränkungen zu benutzen sein.

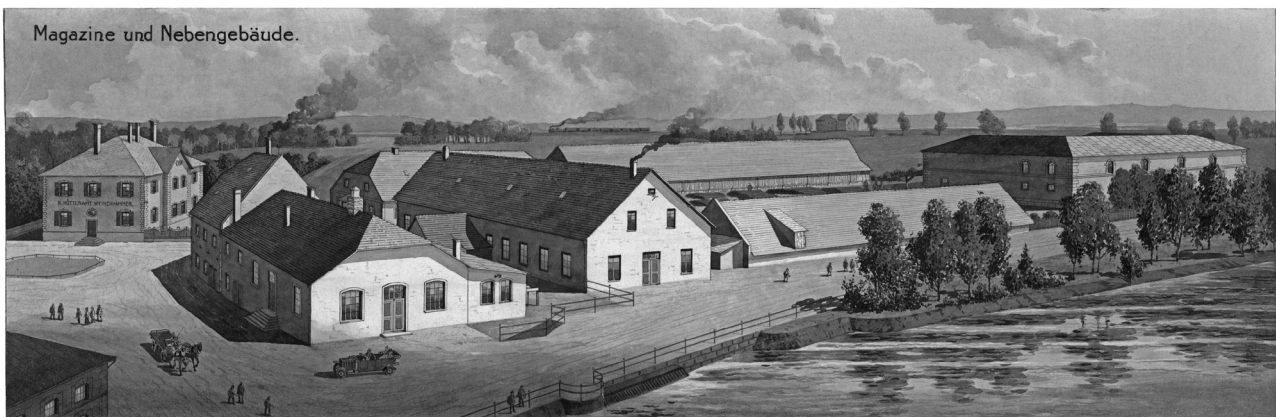
Theo K. Reubel kam in dem Zeitschriftenartikel, in dem er seine Prüfungserfahrungen verarbeitete, übrigens zu folgendem Schluss: „Die so gefürchtete mathematische Prüfung ist tatsächlich kein Zusammenzählen von 2 und 2. Noch weniger ist sie allerdings ein Doktorantenexamen [sic!]. Sie verlangt klares, vernünftiges Denken und etwas Konzentration. Sie erfordert, das beweist schon die Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium, nicht mehr als man mit Recht von einem durchschnittlichen Volksschüler und einem Schüler, der die mittlere Reife besitzt, verlangen kann. Und ebenso ist es nicht unbillig, daß künftige Beamte nicht vor jedem Fremdwort sofort kapitulieren.“

Susanne Wanninger

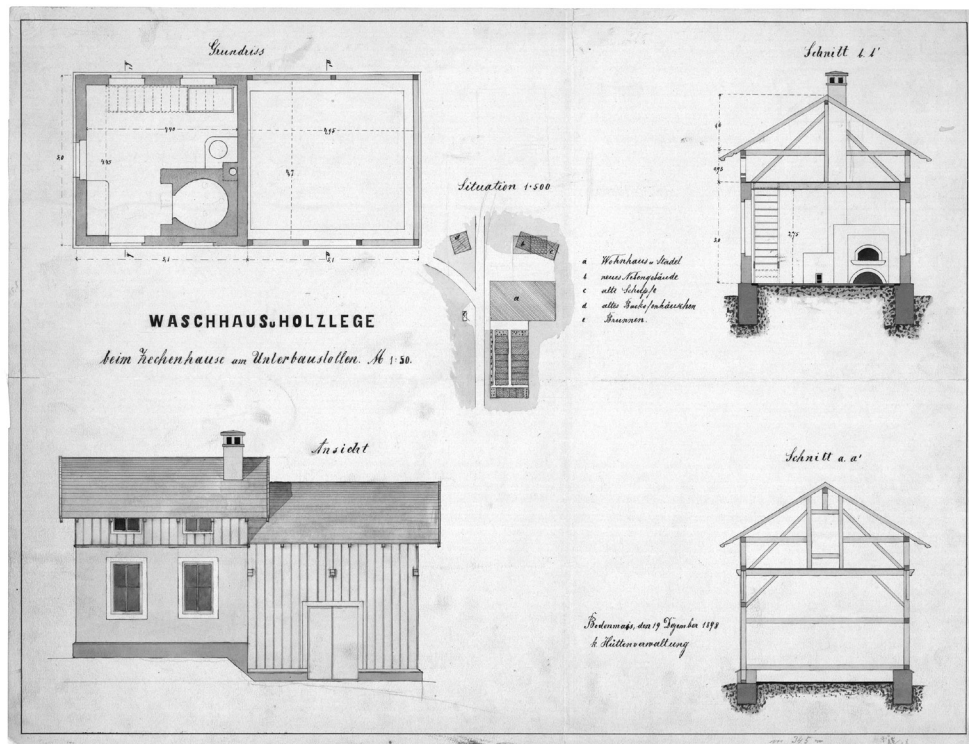
Karten und Pläne der staatlichen Bergbaubetriebe in Bayern erschlossen

Bayern ist bis heute ein Bergbauland. Während allerdings im Freistaat inzwischen fast nur mehr Salz gefördert wird, standen noch vor wenigen Jahrzehnten der Abbau und die Verarbeitung von Kohle, Eisenerz und Torf sowie die Nutzung weiterer Bodenschätze an der Seite der Salzbergwerke und Salinenbetriebe. Wie vielschichtig die Bergbaulandschaft in Bayern einst war, illustriert nun ein weiterer, reichhaltiger Karten- und Planbestand im Bayerischen Hauptstaatsarchiv.

Der 781 Archivalien zählende Teilbestand *General-direktion der Berg-, Hütten- und Salzwerke Karten und Pläne (GDion BHS KuPI) 2* wurde aus Abgaben der Liegenschaftsverwaltung der ehemaligen Berg-, Hütten- und Salzwerke (BHS) AG in Peißenberg aus den Jahren 2012 und 2014 gebildet. Berücksichtigt wurden alle Karten und Pläne aus diesen Abgaben, die vor der Gründung der staatseigenen Aktiengesellschaft im Jahr 1927 entstanden sind. Anders als bei den Sachakten wurde allerdings darauf verzichtet, das Jahr 1869, in dem die hohheitliche Bergverwaltung auf das neu geschaffene Oberbergamt übertragen wurde, als provenienzbildendes Stichjahr aufzufassen. Die neu verzeichneten Karten und Pläne decken somit auch die Zeit der General-Bergwerks- und Salinen-Administration sowie deren Vorläufer und damit das gesamte 19. Jahrhundert ab. Erst 1909 wurde daraus die Generaldirektion der Berg-, Hütten- und Salzwerke, bevor 1927 die Umwandlung in die BHS AG erfolgte. Bis dahin waren die Regiebetriebe (Werke) der bayerischen Bergbau- und Salinenwirtschaft als staatliche Behörden (Ämter) unter der Leitung der Generaldirektion organisiert.



Magazine und Nebengebäude des Hüttenamts Weiherhammer (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, GDion BHS KuPI 823).



Waschhaus und Holzlege beim Zechenhaus am Unterbaustollen des Hüttenwerks Bodenmais (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, GDion BHS KuPI 545).

Die hinzugekommenen Karten und Pläne betreffen neben der Generaldirektion in München das Kohlenbergwerk Peißenberg, die Hüttenwerke Amberg, Bodenmais, Bodenwöhr, Sonthofen und Weiherhammer, das Salzbergwerk Berchtesgaden, die Salinen Frauenreuth, Reichenhall und Rosenheim sowie die Torfwerke Raubling und Rottau. Das älteste Archivalie ist ein Grundriss einer Vitriolhütte aus dem Jahr 1783, der zu einer Serie von Plänen von Gebäuden zur Schwefelsäureproduktion in Bodenmais gehört, die erst 1925 endete. Hervorzuheben sind die Pläne zu den Salinengebäuden in Rosenheim, zu den Soleleitungen samt den dazugehörigen Funktionsgebäuden und zum Verlauf und Umbau der Mangfall aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eine reiche Überlieferung findet sich ebenfalls zu den Bauwerken der BHS in Bodenmais und Bodenwöhr. Auch hier gehen die Pläne zum Teil bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. An neueren Archivalien sind zum einen die zahlreichen Pläne zum Wohnungsbau für die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, zum anderen die Karten und Pläne zur Kohleförderung in Peißenberg, Peiting und Hohenpeißenberg zu nennen. Einige der dokumentierten Gebäude und Siedlungen prägen bis heute das Erscheinungsbild der ehemaligen Montanstandorte.

Im Rahmen einer kleinen Ausstellung mit dem Titel „Heim – Herd – Hochofen. Arbeits- und Wohnstättenbau für Hütten- und Bergarbeiter in Bayern“ wurden im Februar 2013 bereits ausgewählte Karten und Pläne dieses Bestandes im Bayerischen Hauptstaatsarchiv öffentlich gezeigt. Die Verzeichnungsarbeiten wurden im Frühjahr 2014 von den Archivinspektorinwärterinnen und -anwärtern des Vorbereitungsdienstes 2012/15 fortgesetzt und nunmehr erfolgreich abgeschlossen.

Der neue Teilbestand, der auch über Online-Findmittel recherchierbar ist, ergänzt die bereits vorhandenen Bergbaubestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in idealer Weise. In den Staatsarchiven finden sich zudem die Überlieferungen einzelner Bergwerke, Hütten und Salinen. Auch wenn ein nicht unerheblicher Teil der Unterlagen der Verwaltung des staatlichen Montanwesens verloren gegangen ist, bietet die archivierte Überlieferung eine breite Quellenbasis für die Erforschung der Geschichte der BHS AG und ihrer Vorgängerinstitutionen. Auch für historisch-grubentechnische Untersuchungen zur dauerhaften Sicherung aufgelassener Stollenanlagen sind die Karten, Pläne und Akten der staatseigenen Bergwerksverwaltung unverzichtbar.

Rückübertragung von Vermögenswerten politischer, religiöser und karitativer Organisationen nach der NS-Herrschaft jetzt breit dokumentiert

Was haben das Haus des Corps Arminia in München und das der Freimaurerloge Augusta in Augsburg gemeinsam? Beide Objekte wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von der amerikanischen Militärregierung unter Vermögenskontrolle gestellt und unterlagen den Bestimmungen der Kontrollratsdirektive Nr. 50 (KRD 50) vom 29. April 1947. Mit dieser Direktive regelte der Alliierte Kontrollrat den Umgang mit Vermögenswerten, die in der NS-Zeit in den Besitz nationalsozialistischer, militärischer oder militärähnlicher Organisationen gelangt waren.

Nach Art. II sollten die Vermögenswerte, die vormalig „einer Gewerkschaft, Genossenschaft, politischen Partei oder sonstigen demokratischen Organisation gehört“ hatten, auf die betreffende Organisation rückübertragen werden, unter der Voraussetzung, dass diese Organisation vom zuständigen Zonenbefehlshaber zugelassen war. Falls zum Zeitpunkt der Rückübertragung keine „bestehende Organisation mit dem früheren Eigentümer völlig identisch“ war, so sollte das Eigentum auf eine oder mehrere neue Organisationen übertragen werden, „deren Ziele [...] denen der früheren Organisation ähnlich“ sein sollten.

Nach Art. III sollten die Vermögenswerte, die vormalig „Zwecken der Unterstützung, der Wohltätigkeit, religiösen oder humanitären Zwecken gedient“ hatten, unter Wahrung ihrer ursprünglichen Bestimmung verwendet werden. Auch solche Vermögensobjekte sollten bevorzugt denjenigen Organisationen, denen sie früher gehört hatten, rückübertragen werden. Andernfalls war darauf zu achten, dass die Bestrebungen und Ziele der neuen Organisationen denen der früheren ähnlich waren und demokratischen Grundsätzen genügten. Ebenso war eine zweckgebundene Übertragung auf die Regierungen der Länder möglich.

Nach Art. V konnten Vermögenswerte, die keinen weiteren Bestimmungen der KRD 50 unterlagen oder deren Erwerb von den in Art. II und III genannten Organisationen abgelehnt wurde, der Regierung des Landes übertragen werden, in dem sich die Objekte befanden. Davon ausgenommen waren nach Art. VIII „Vermögenswerte der Opfer national-

sozialistischer Verfolgung“, deren Rückerstattung erst durch das Militärregierungsgesetz Nr. 59 vom 10. November 1947 geregelt wurde. Die Landesregierung konnte die übertragenen Vermögenswerte in eigener Verwaltung behalten oder diese an Bezirke, Kreise oder Gemeinden übertragen. Alle Vermögenswerte, die nicht auf diese Weise verwaltet werden konnten, mussten veräußert werden.

Verantwortlich für die Umsetzung der KRD 50 in Bayern war das bereits 1946 eingerichtete Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (LAVW). Zu dessen zentralen Aufgaben gehörten zum einen die Kontrolle der nach Kriegsende eingezogenen und unter treuhänderische Administration gestellten Vermögen, zum anderen die Rückgabe von feststellbaren Vermögenswerten, die während der NS-Herrschaft ihren rechtmäßigen Eigentümern entzogen worden waren. Die Vermögenskontrolle wurde durch die Abteilung II des LAVW wahrgenommen, die Rückerstattung war Aufgabe der Abteilung III Wiedergutmachung.

Im August 2015 hat das Bayerische Hauptstaatsarchiv 3.050 Einzelfallakten (15,2 lfd. Meter) zur Übertragung von Vermögen gemäß den Bestimmungen der KRD 50 übernommen. Diese Unterlagen waren zuvor von den Rechtsnachfolgern des 1955 aufgelösten LAVW auf dem Gelände der ehemaligen McGraw-Kaserne in München eingelagert worden und gerieten in Vergessenheit. Erst durch die geplante Nutzung des Areals als Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber wurden die Akten aufgefunden. Wegen des schlechten Ordnungs- und Erhaltungszustandes und mangels einer Abgabelliste mussten die KRD-50-Akten einzeln analysiert und nach einem dafür entwickelten Erschließungsschema verzeichnet werden. Nach der dringend notwendigen konservatorischen Behandlung kann der neue Teilbestand LAVW 2 uneingeschränkt benützt werden.

Sämtliche Akten konnten dem Referat D der Abteilung III Wiedergutmachung des LAVW zugeordnet werden, die damals im KRD-50-Verfahren als Übertragungsbehörde fungiert hatte. Sie dokumentieren den letzten Schritt staatlicher Vermögensverwaltung in Form der Übertragung oder Freilassung von Vermögenswerten. Wie die Überlieferung zeigt, erschöpfte sich der Verwaltungsakt nach KRD 50 nicht in der Rückerstattung der Vermögenswerte an die ursprünglichen Eigentümer. In vielen Fällen wurden Vermögensteile nach Art. III bzw. Art. V an das Land Bayern übertragen. Ebenso konnte im Rahmen der Einzelfallprüfung festgestellt werden,

dass die Objekte nicht nach KRD 50 zu behandeln waren. Einige Fälle zogen auch langwierige juristische Auseinandersetzungen nach sich. Die nunmehr zugänglichen Einzelfallakten ermöglichen es der Forschung, die Übertragungspraxis des LAVW kritisch zu prüfen. Auch für die Provenienzforschung können KRD-50-Akten von Interesse sein.

Seit September 2016 sind weitere 2.548 Akten (ca. 77 lfd. Meter) der Provenienz LAVW sowie umfangreiche Karteien an das Bayerische Hauptstaatsarchiv gelangt. Diese Unterlagen stammen aus dem zuvor im Staatsarchiv München aufbewahrten Mischbestand *Bezirksfinanzdirektion (BFD) III*, der aus den Abgaben der Nachfolgebehörden des LAVW erwachsen ist. Wenn dieses Material erschlossen ist, dürfte die Praxis der Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte im Rahmen der Wiedergutmachung für Bayern auch auf zentralbehördlicher Ebene umfassend dokumentiert sein.

Matthias Nicklaus

Verbesserter Zugriff auf die Einleitungen zu den Truppenakten des Ersten Weltkriegs

Durch Retrokonversions- und Bestandserhaltungsprojekte der vergangenen Jahre hat sich die Zugänglichkeit der Bestandsgruppe „Truppenakten Erster Weltkrieg“ – umfangreiche und wichtige Quellen der Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs – erheblich verbessert, sind doch nach der Onlinestellung der entsprechenden Findmittel die Aktentitel und Archivsignaturen zu rund 80.000 Akten bequem weltweit von zuhause aus recherchierbar. Über diese zeit- und arbeitsintensiven Projekte wurde in den letzten Jahren mehrfach berichtet (siehe v.a. Nachrichten Nr. 68/2015, S. 32–36). Insbesondere in den Jahren 2013/2014 waren auch die Einleitungstexte zu verschiedenen Repertorien retrokonvertiert worden. Allerdings waren diese meist in der Zwischenkriegszeit oder während des Zweiten Weltkriegs erstellten Einführungen formal uneinheitlich gestaltet und wiesen zahllose heute unverständliche oder uneinheitliche militärische Abkürzungen auf. Hinzu kam, dass der Dienstleister der Retrokonversion Textstellen nicht entziffert und Ortsnamen falsch wiedergegeben hatte.

Die Einleitungen selbst sind unterschiedlich ausführlich gestaltet. Durchweg vorhanden sind die Gefechtskalender, die einen schnellen Überblick darüber erlauben, an welcher Front bzw. an welchem Frontabschnitt der jeweilige Truppenteil sich wie lange genau aufgehalten hat. Ferner können Angaben zur Aufstellung, Umbenennung, Unterstellung oder Auflösung der einzelnen Truppenteile, zu deren Standorten, zur Bestandsgeschichte oder weiterführende Hinweise auf Literatur und Handschriften enthalten sein. Als besonders wichtig anzusehen sind die Angaben zur Bestandsgeschichte, insbesondere dann, wenn sie Hinweise auf Kassationen, Aktenverluste oder ursprüngliche Registraturordnungen aufweisen.

Unter Leitung von Johannes Moosdiele-Hitzler M.A., der im Vorfeld eine Handreichung erarbeitet hatte, korrigierten und strukturierten Dr. Alexandra Risse und Thomas Steck Einleitungstexte zu den folgenden zwölf Beständen im Gesamtumfang von 1789 DIN A4-Seiten: Artillerie Höhere Stäbe (WK), Eisenbahntruppen (WK), Etappenformationen (WK), Feldpost (WK), Fußartillerieformationen (WK), Infanteriebrigaden (WK), Infanteriedivisionen (WK), Kavallerieregimenter (WK), Kraftfahr- und Fliegertruppen (WK), Nachrichtentruppen (WK), Technische Sonderformationen und Wirtschaftsformationen (WK) und Trainformationen (WK). Im Einzelnen wurden innerhalb eines Jahres 344.341 Wörter und 2.765.422 Zeichen (mit Leerzeichen) überprüft, ergänzt und bei Bedarf verbessert. Durch die korrigierten Einleitungen stehen der Forschung nun Informationen zur Verfügung, die zum Verständnis der eigentlichen Verzeichnungsdatensätze wesentlich beitragen.

Thomas Steck

Kurfürst Max Emanuel, Nofretete und Tutanchamun. Johannes Segieths Ausstellungsinszenierungen und sein Nachlass

Der Münchner Ausstellungsgestalter, Kunstmaler und Graphiker Johannes Segieth (1922 München – 2007 Samerberg) hat im Zeitraum von 1957 bis 2001 annähernd 300 Ausstellungsgestaltungen und Museumseinrichtungen für staatliche, städtische, kirchliche, selbständige und private Institutionen realisiert. Mit seinen Inszenierungen betrat

der ausgebildete akademischer Kunstmaler Neuland, hinterließ bleibende Spuren in der Museumslandschaft und professionalisierte einen bis dahin weder existierenden noch erlernbaren Beruf. Seine Arbeit wurde vier Jahrzehnte von den Medien begleitet und mehrfach ausgezeichnet. Von 1977 bis 1981 war er Dozent für Ausstellungsgestaltung an der Akademie der Bildenden Künste in München.

Segieths Nachlass mit annähernd 3000 Architekturplänen, Skizzen und Studien und einer Vielzahl von schriftlichen Dokumenten, der 1998 vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv erworben und dessen Erschließung kürzlich abgeschlossen werden konnte (vgl. Nachrichten Nr. 42/2000, S. 10), bietet einen repräsentativen Einblick in sein Schaffen als Ausstellungsgestalter und in den Gestaltungsprozess einzelner Projekte. Er liefert damit einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Entwicklung der Ausstellungsgestaltung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, einer noch jungen Disziplin.

Der Nachlass lässt vielfach Seitenblicke auf das Ausstellungs- und Museumswesen in einer Phase zu, als dieses ab den 1970er Jahren zunehmend an Dynamik gewann und die Museen sich öffneten, mit publikumswirksamen Themen und/oder attraktiven Leihgaben aus den großen Sammlungen der Welt ein Millionenpublikum ansprachen und dabei neue Wege und Strategien der wissenschaftlichen, didaktischen und gestalterischen Vermittlung entwickelt wurden.

Segieth trug diese Entwicklung nachhaltig mit. Bei vielen Ausstellungsprojekten, deren Gestaltung ihm angetragen wurde, verfolgten die Initiatoren innovative Ideen und Konzepte: Die Schau „Kurfürst Max Emanuel. Bayern und Europa um 1700“ (1976) im Schloss Schleißheim präsentierte erstmals in Bayern „Geschichte zum Anschauen“ und war impulsgebend für weitere Projekte dieses Genres. Die spektakuläre „Nofretete – Echnaton“-Ausstellung (1976) im Haus der Kunst in München leitete die Reihe der kulturhistorischen Expositionen und Publikumsmagneten ein, die allesamt von Segieth inszeniert wurden: „Tibet – Kunst des Buddhismus“ (1977), „Götter und Pharaonen“ (1978/79), „Tutanchamun“ (1980/81; 667.000 Besucher), „Shogun. Kunstschätze und Lebensstil eines japanischen Fürsten der Shogun-Zeit“ (1984/85), „Nofret – Die Schöne“ (1984/85), „Das Automobil in der Kunst 1886–1986“ (1986), „Gold und Macht. Spanien in der Neuen Welt“ (1987), „Afrikanische Kunst aus der Sammlung Barbier-Mueller“ (1989) und „Die Mongolen“ (1989). Mit seiner Gestaltung

des Neubaus des U-Bahnhofs Königsplatz in München (1977–1980), einer wirkungsvollen Komposition mit Bildbeispielen von Exponaten aus den umliegenden Museen, kreierte Segieth den ersten „Museumsbahnhof“ in Deutschland. Beim Umbau des Rosenheimer Lokschuppens zum Ausstellungszentrum fungierte er als Berater und prägte mit seinen Inszenierungen der Landesausstellungen „Die Bajuwaren“ (1986), „Der Inn“ (1989) und „Das keltische Jahrtausend“ (1993) den erlebnis- und zugleich lehrreichen Charakter der dortigen Schauen, der sich bis heute bewährt. Darüber hinaus bespielte Segieth Museumsneubauten wie etwa die Prähistorische Staatssammlung in München und deren neu installierte Zweigmuseen und richtete neu erschlossene oder völlig neu errichtete Museen in Bayern ein: beispielsweise die Torhalle auf Frauenchiemsee (1979–1981), die Dauerausstellung „Erster Weltkrieg“ im Reduit Tilly des Bayerischen Armeemuseums (1991–1994) oder das Buchheim Museum (2000/2001) in Bernried am Starnberger See.

Der Beginn seiner Karriere als Ausstellungsgestalter lag für Segieth jedoch im Münchner Stadtmuseum, wo er zwischen 1957 bis Mitte der 1980er Jahre rund 130 Expositionen (u.a. „Bayerische Frömmigkeit“ [1960], „Bayern Kunst und Kultur. Römische Abteilung“ [1972], „Die Isar“ [1983]) und Sammlungseinrichtungen (u.a. Foto- und Filmuseum, Musikinstrumentenmuseum, Puppentheatermuseum) inszenierte. Im Zuge dieser Arbeit eignete er sich rasch einen spezifischen Umgang mit verschiedenen Themen und Materialien an, da das Haus seinerzeit ein offenes, breitgefächertes, äußerst abwechslungsreiches und zum Teil international ausgerichtetes Programm anbot. Segieth bildete dabei differenzierte Formen der Präsentation aus, die sich an den jeweiligen Ausstellungsinhalten orientierten, und sammelte Erfahrungen im Umgang mit modernen und historischen Museumsräumen.

Aufschlussreich ist ein stichwortartiges Redemanuskript aus den frühen 1960er Jahren, in dem Segieth die Gestaltung von Ausstellungen als komplexes und insbesondere psychologisches Phänomen beschreibt. Das Besucherverhalten betrachtet er dabei als wichtigen Prüfstein der Gestaltung. Der Gesamteindruck, die Details und der Auftakt einer Exposition, so Segieth, müssten gleichermaßen durchdacht und gut gemacht sein, da der oberflächliche Blick des „informistischen“ Betrachters ebenso befriedigt werden müsse wie der des

„gründlichen“ oder „träumerischen“ Besuchers. Die Besichtigung einer Ausstellung, die „lebendig sein soll wie das Leben“, vergleicht er mit einem Spaziergang, bei dem Anreize und ständige Impulse den Gehenden unmerklich lenken.

Segieths Begeisterung für Kunst und Weltkultur und seine Offenheit für neue Themen befähigten und beflügelten ihn über vier Jahrzehnte hinweg, mit ideenreichen, immer wieder überraschenden, teils kühnen und unkonventionellen Ausstellungsinszenierungen zu überzeugen. Grundlegend war dabei immer die Entsprechung von Inhalt und Form. Wenn möglich, bereitete er seine kulturhistorischen Ausstellungen auf Reisen, etwa durch Ägypten oder Asien, an authentischen Schauplätzen vor. Doch ging es ihm nie um Rekonstruktion oder Dekor. Mittels Licht, Farbe und reduzierten, aber beredten Architekturen evozierte er vielmehr eine „Atmosphäre der Bereitschaft und optischen Sensibilität“ und verstand es, Exponate durch eine Aura der Singularität zu erhöhen und zu entrücken, und sie doch gleichzeitig als von Menschen geschaffene Artefakte nahe an den Betrachter heranzuführen. Die Begegnung mit einer fremden Objektwelt gestaltete sich dabei als eine Begegnung von Mensch zu Mensch. Für den Besucher war damit auf der Ebene visuellen Erlebens ein primärer Zugang zu anderen Kulturen möglich. Und im Idealfall regte diese Begegnung den Wunsch nach einer inhaltlichen Auseinandersetzung an.

Die Gestaltung von Ausstellungen und Museumseinrichtungen beschränkte sich bei Segieth nicht auf das Innere von Museen: Er schuf werbewirksame Fassadengestaltungen für die großen Schauen im Haus der Kunst, bespielte Außengelände und war bei vielen Projekten auch für das Design von Katalogen, Plakaten, Einladungen und Werbemitteln verantwortlich. Der Nachlass gibt ferner darüber Auskunft, dass Segieth nicht nur im Kulturbetrieb bestens vernetzt war, sondern dass er das kulturelle Leben in München und Bayern durch eigene Initiativen und Vorschläge bereicherte: Zum Beispiel entdeckte er 1979 im Zuge seiner U-Bahnhofgestaltung am Königsplatz das Zwischengeschoß, das heute dem Lenbachhaus als Kunstbau dient, und reklamierte es als Kunsthalle. Eine von ihm und Prof. Dietrich Wildung geplante Ägyptische-Architektur-Ausstellung konnte jedoch nicht realisiert werden. 1988/89 machte sich Segieth um das Zustandekommen einer Wanderausstellung durch Japan mit Meisterwerken aus Münchner staatlichen und städtischen Museen sowie der

Sammlung der „Münchener Secession“ verdient. 1992 schlug er eine Kunsthalle an der Münchner Freiheit vor und 1978 eine Dependence der Puppentheatersammlung des Stadtmuseums im Alten Rathhausturm. Seine weitblickende Forderung von 1981 jedoch, an der Akademie der Bildenden Künste einen speziellen Lehrstuhl für Ausstellungswesen einzurichten, blieb ohne Widerhall.

Segieths Berufung als Maler prägte seine Herangehensweise als Ausstellungsgestalter. Er malte, wann immer es möglich war, und engagierte sich zudem von 1965 bis 1992 in der Ausstellungsleitung Haus der Kunst e.V. (Präsident 1982, 1985, 1988), die bis 1989 eigenverantwortlich das Haus leitete und das Ausstellungsprogramm des Hauses bestimmte. In den Jahren der Umstrukturierung war er vier Jahre in Folge (1989–1992) Präsident der Ausstellungsleitung und sicherte den Erhalt der „Großen Kunstaussstellung“ als autonomer Einrichtung. Von 1981 bis 1994 stand Segieth als Präsident der „Münchener Secession“ mit Sitz im Haus der Kunst vor. Die Öffnung nach außen, der internationale Austausch, die freie künstlerische Selbstbestimmung, Pluralität und Qualität gehörten dabei zu seinen vordringlichen Anliegen.

Eine wissenschaftliche Untersuchung zum Gesamtschaffen von Johannes Segieth als Ausstellungsgestalter steht noch aus. Einzig Martin Schmidl setzte sich in einer tiefen Analyse im Kontext seiner Untersuchung „Postwar Exhibition Design – Displaying Dachau“ (2010) mit einem Werk auseinander, das im Oeuvre Segieths eine Sonderstellung einnimmt und für ihn selbst von zentraler Bedeutung war: die Gestaltung der Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Dachau (1965). Das kleine Team, das für die wissenschaftliche Konzeption der ersten Präsentation verantwortlich zeichnete, der KZ-Überlebende Otto Kohlhofer (1915–1988), die Leiterin der Gedenkstätte Ruth Jakusch (1914–1991), deren Nachfolgerin von 1975 bis 2008, Barbara Distel, und das Comité International de Dachau (CID) ließen Segieth weitgehend freie Hand. Die beeindruckende Installation, bei der er auf Bild-, Raum- und Architekturwirkungen setzte, die ein internationales Publikum leitmotivisch mit dem Leid der Häftlinge konfrontieren sollten, wurde erst 2002/2003 abgebaut. Segieth gewann zwar den ersten Preis für die Neugestaltung und erhielt den Auftrag für die räumlich stark erweiterte Dauerausstellung, konnte aber nur den ersten Bauabschnitt (1999/2000) verwirklichen.

Dokumente des sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch aus Familienbesitz übergeben

Der „Nachlass Wenzel Jaksch“, einer der wichtigsten Bestände des Sudetendeutschen Archivs, konnte mit der Erwerbung bedeutender Dokumente zu Wenzel Jaksch und dessen politischen Bestrebungen entscheidend ergänzt werden. Nach mehreren Vorgesprächen übergab George Jaksch im Mai 2017 dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv Dokumente seines Vaters, die im Besitz der Familie verblieben waren. 1968 war ein Großteil des Nachlasses von der Witwe des sozialdemokratischen Politikers, der im November 1966 bei einem Verkehrsunfall verstorben war, an das Sudetendeutsche Archiv abgegeben worden.

Die Familie Jaksch hatte sich vor allem Dokumente aus der Londoner Exilzeit zurückbehalten, so die Korrespondenz mit dem tschechoslowakischen Exilpräsidenten Edvard Beneš und viele Aufrufe und Interventionen, mit denen Wenzel Jaksch der spätestens im Frühsommer 1942 projektierten Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung entgegenzuwirken versuchte. Sie wurden in den Bestand eingefügt, der vor wenigen Jahren neu verzeichnet worden war (vgl. Nachrichten Nr. 66/2014, S. 40–42).

Der aus einfachen Verhältnissen stammende Wenzel Jaksch wurde 1896 in der Böhmerwaldgemeinde Langstrobnitz (Dlouhá Stropnice, Tschechien) geboren und machte sich früh in der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP) einen Namen. Schon in den 1920er Jahren fiel er wegen seines politischen Spürsinns und seines Rednertalents auf, auch arbeitete er als Redakteur des Parteizentralorgans „Sozialdemokrat“, bevor er 1929 ein Abgeordnetenmandat in Prag und schließlich im Frühjahr 1938 den DSAP-Parteivorsitz übernahm.

Die jetzt übernommenen circa 190 Schriftstücke umfassen neben autobiographischen Schriften vor allem Dokumente, die Jakschs Versuche belegen, während des Krieges mit der tschechoslowakischen Exilregierung zu einer Einigung zu kommen und die Vertreibung der Sudetendeutschen zu verhindern. Aus diesem Konvolut stammt ein Großteil der 23 Dokumente, die im Jahr 1973 Friedrich Prinz im Buch „Wenzel Jaksch – Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939–1943“ ediert hat. Die Auswahl der

Stücke gäbe „einen sehr lebendigen Einblick in das dramatische und am Ende verzweifelte Ringen der sudetendeutschen Sozialdemokraten um eine humane und demokratische Lösung der nationalen Frage nach Beendigung des Krieges“, wie Prinz in der Einleitung schreibt. Sie dokumentieren die Entscheidungsabläufe und die politischen Positionen, die nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Jaksch hatte auf der Selbstbestimmung der Deutschen und der Föderalisierung der Tschechoslowakei bestanden. Auf Seiten der tschechoslowakischen Exilregierung kamen immer deutlicher panslawistische Tendenzen zum Tragen. Darüber hinaus betrieb Beneš gegen Ende des Krieges einen engen Anschluss an die Sowjetunion, den Jaksch wegen seiner antikommunistischen Haltung nicht nachvollziehen konnte.

In den Korrespondenzen, Erklärungen und Denkschriften kommt der weite geistige Horizonts Wenzel Jakschs zum Ausdruck: Er stand neben vielen britischen Politikern, vor allem solchen der Labour Party, mit Aktivisten wie dem Bischof George Bell von Chichester, dem jüdischen Verleger Victor Gollancz und dem Quäker Corder Catchpool oder der Frauenrechtlerin Eleonor Rathbone in Verbindung. Auch pflegte er enge Kontakte zu Zeitungsredakteuren und Intellektuellen wie zum Cambridger Geschichtspräsident Edward Hallett Carr.

Teil der jetzigen Abgabe sind die schriftstellerischen Versuche und Buchprojekte, die Jaksch bis zu seinem Lebensende betrieb, die allerdings meist nicht über Entwürfe hinaus kamen. Sie sind von einer großen Anschaulichkeit geprägt und haben einen geradezu philosophischen Anspruch. Insbesondere seine handschriftlich und maschinenschriftlich vorliegenden autobiographischen Aufzeichnungen mit dem Titel „An den Quellen des Lebens“ schildern in einer ergreifenden Weise seine Kindheits- und Jugendjahre und weisen viele äußerst interessante Überlegungen und Betrachtungen auf, die Jaksch in den Text eingestreut hat. Diese einzigartigen Aufzeichnungen verfasste Jaksch erst am Ende seines Lebenswegs, der ihn nach seiner Flucht nach England im April 1939 nicht mehr nach Böhmen hatte zurückkehren lassen. Sie sind ein Zeugnis für das Zusammenleben der beiden damals dort beheimatet gewesenen Nationen und sollen, möglicherweise mit Förderung aus Mitteln des Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds, in deutscher und tschechischer Sprache veröffentlicht werden. Dieses Jahr ist in Tschechien mit dem Titel „Ztracené vesnice, opuštěná lidé“ („Verlorene

Dörfer, verlassene Leute. Reportagen aus dem böhmischen Grenzgebiet 1924–1928“) bereits eine Zusammenstellung von Berichten Wenzel Jakschs aus der Zeitschrift „Sozialdemokrat“ über die damaligen in Mitleidenschaft gezogenen deutschen Siedlungsgebiete in West- und Nordböhmen erschienen.

Helmut Demattio

Staatsarchiv Amberg

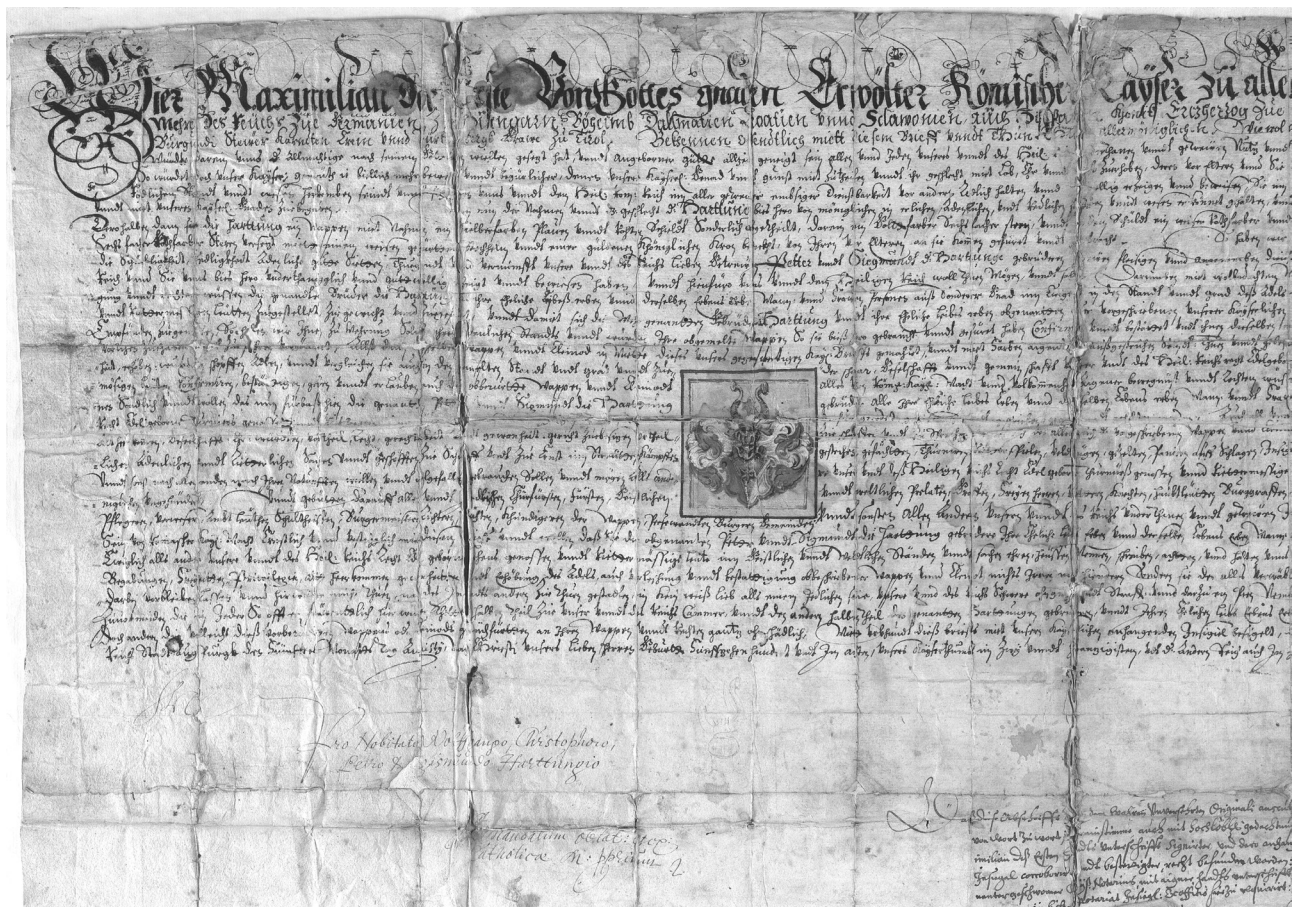
Schenkung von Archivalien des Adelsarchivs Hartung

Im Jahr 2015 überließ ein privater Schenker auf Vermittlung der Stadt Windischeschenbach und des zuständigen Kreisarchivpflegers dem Staatsarchiv Amberg Unterlagen des Familienarchivs Hartung. Motive für diesen Schritt waren die regionale Zuständigkeit des Staatsarchivs Amberg und die Ergänzung zu im Staatsarchiv vorhandenen

Beständen, insbesondere der Überlieferung der Hofmark bzw. des Patrimonialgerichts Dietersdorf (heute Stadt Windischeschenbach, Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab).

Die Hofmark Dietersdorf, ein leuchtenbergisches Lehen, war seit 1625 im Besitz der Familie von Hartung. Von 1820 bis 1848 existierte hier ein Patrimonialgericht II. Klasse.

Die Unterlagen waren mit einer Metallkassette, in der sie aufbewahrt worden waren, abgegeben worden. Aus lagerungstechnischen Gründen wurden bei ihrer Erschließung zwei Teilbestände gebildet. Der Teil „Hartung zu Dietersdorf Amtsbücher und Akten“ umfasst 20 Archivalien aus dem Zeitraum zwischen 1639 und 1864. Darunter befinden sich unter anderem Materialsammlungen zur Familiengeschichte, deren vielfältige Unterlagen die Biographien etlicher Familienmitglieder des 17., 18. und 19. Jahrhunderts erhellen, sowie Informationen zur Aufnahme der von Hartung zu Dietersdorf in die bayerische Adelsmatrikel. Weitere Akten befassen sich mit den Veränderungen des Jahres 1848, die für den bayerischen Adel einschneidend waren: mit



Der Notar Johannes Agricola von Limpurg beglaubigt 1630 den Wappenbrief Kaiser Maximilians I. für Peter und Sigmund Hartung vom 5. August 1508 (Staatsarchiv Amberg, Hartung zu Dietersdorf Urkunden 5).



der Übertragung der standes- und gutsherrlichen Gerichts- und Polizeigewalt an den Staat sowie der Aufhebung, Fixierung und Ablösung der Grundlasten. Das von 1818 bis 1864 geführte Dienstbotenbuch enthält auch Rezepte für das Brauen und Mälzen.

Der Teilbestand „Hartung zu Dietersdorf Urkunden“ besteht aus 17 Urkunden aus der Zeit von 1534 bis 1909. Darunter befinden sich sechs leuchtenbergische Lehenbriefe für Angehörige der Familie Hartung über Sitz und Dorf Dietersdorf (1693–1841) und drei Urkunden aus dem frühen 17. Jahrhundert über die Behausung in der Burggasse in Amberg, bei der es sich um ein kuroberpfälzisches Lehen handelte. Prachtvollstes Objekt ist eine beglaubigte Abschrift des Wappenbriefs Kaiser Maximilians I. für Peter und Sigmund Hartung vom 5. August 1508, die vom Notar Johannes Agricola von Limpurg im Jahr 1630 angefertigt wurde. Aus dem 19. Jahrhundert stammen mehrere Familienverträge. Die jüngste Urkunde wurde 1909 vom Notariat Weiden ausgestellt und beurkundet den Verkauf des Schlosses Dietersdorf durch Clemens Ludwig von Hartung an Max Engelmann, Kaufmann in Weiden, und Moses Strauß, Kaufmann in Fürth. Ferner sind drei Siegelstempel (Typare) und ein Siegelackrohling aus dem 19. Jahrhundert vorhanden.

Till Strobel

Abgabe des Amtsgerichts Tirschenreuth ermöglicht neue Forschungsaspekte

Die Schriftgutzpflege bei den Justizbehörden bildet seit einigen Jahren einen Schwerpunkt in der Arbeit des Staatsarchivs Amberg. In den Jahren 2011 bis 2016 wurden die Oberpfälzer Amtsgerichte einschließlich der drei mittlerweile aufgelösten Zweigstellen Oberviechtach, Kemnath und Vohenstrauß besucht und eine Bestandsaufnahme der in den dortigen Registraturen vorhandenen Unterlagen durchgeführt. Ziel des Staatsarchivs ist es, die älteren, nicht mehr für den laufenden Geschäftsgang benötigten Akten zu übernehmen und für die Forschung zugänglich zu machen.

In diesem Zusammenhang erhielt das Staatsarchiv Amberg im Februar dieses Jahres vom Amtsgericht Tirschenreuth eine Abgabe von ca. 350 Akten, deren historischer Wert erst nach Analyse und Verzeichnung deutlich wurde. Neben 11 Akten aus den Registraturen des 1803 säkularisierten Klosters Waldsassen, die mittlerweile ihren historischen Fonds zugewiesen werden konnten, sind aus dieser Abgabe besonders hervorzuheben:

- 16 Zivilverfahren der Freiherren von Zoller gegen Untertanen und Holzrechtler in Fuchsmühl aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese Prozessakten bieten bislang unbekannt Informationen zu den teils erbittert geführten Auseinandersetzungen.



Die stigmatisierte Therese Neumann (Foto: Anton Hölzl, Waldsassen; Staatsarchiv Amberg, Amtsgericht I Waldsassen 440).

gen, die letztlich in der sogenannten Fuchsmühler Holzschlacht kulminierten. Im Oktober 1894 wurde eine 50 Mann starke Abteilung Infanteriesoldaten gegen die Holzrechtler eingesetzt, wobei zwei Männer durch Bajonettstiche getötet und mehrere z.T. schwer verwundet wurden.

– Sechs Zivilverfahren aus den Jahren 1926 bis 1962, die Therese Neumann von Konnersreuth bzw. ihr Bruder Ferdinand Neumann gegen örtliche Fotografen angestrengt hatten. Diese Akten sind nicht nur hinsichtlich der Person der stigmatisierten Therese Neumann von Interesse, sondern dokumentieren auch frühe juristische Auseinandersetzungen um Persönlichkeitsrechte.

– Das Antragsverfahren einiger nach 1945 heimatvertriebener Egerer Bürger auf Bildung einer Fortsetzungskörperschaft für die Stadt Eger. Dieses 1957 beginnende Verfahren ist Teil der auch auf zwischenstaatlicher Ebene geführten Auseinandersetzung um die Frage, ob die Stadt Cheb die Rechtsnachfolgerin der Stadt Eger und damit

Eigentümerin eines 650 ha großen Waldgebiets im Landkreis Tirschenreuth sei. Erst im Herbst 2012 konnte dieser Streit mit der Gründung der „Stiftung Egerer Stadtwald“ zur Förderung der Kultur des historischen Egerlandes und der nachbarschaftlichen Beziehungen einvernehmlich beigelegt werden.

Die hier vorgestellten Unterlagen wurden in die Bestände „Landgericht ä.O. Waldsassen Justizakten“ und „Amtsgericht I Waldsassen“ eingereiht, die darüber hinaus eine Fülle von Informationen zur Regional- und Heimatgeschichte der nördlichen Oberpfalz bieten. Während das Repertorium zum Bestand „Amtsgericht I Waldsassen“ aus Datenschutzgründen bis auf Weiteres nur im Staatsarchiv eingesehen werden kann, sind die Findmittel zu „Landgericht ä.O. Waldsassen Justizakten“ in der online-Datenbank der Staatlichen Archive Bayerns frei zugänglich.

Jochen Rösel



V.l.n.r.: Sr. Roswitha Heinrich, Generaloberin der Dillinger Franziskanerinnen, Dr. Claudia Kalesse, Sr. Beatriz Semiano, OSF, Sr. Friederike Müller, OSF (Foto: Sr. Sonja Krock, OSF).

*Staatsarchiv Augsburg***Komplizierte Rückkehr einer Urkunde des Dillinger Franziskanerinnenklosters**

Manchmal sind es Zufälle, die über das Wiederauffinden von vermissten Archivalien entscheiden. Um einen solchen handelt es sich bei den verschlungenen Wegen, die eine Urkunde des Dillinger Franziskanerinnenklosters über den Verkauf eines Gehölzes an den Konvent aus dem Jahr 1609 nahm, die im Bestand unter der Signatur „Dillingen – Großes Kloster Urkunden 103“ bereits seit längerer Zeit fehlte.

Im März 2016 besuchten mehrere Schwestern der Kongregation der Dillinger Franziskanerinnen das Staatsarchiv Augsburg, um Recherchen zum 775-jährigen Jubiläum des Klosters im hier verwahrten Bestand vorzunehmen. Dabei führten sie die oben erwähnte Urkunde im Gepäck, die anhand der rückseitig angebrachten Nummerierung und der zugehörigen Urkundentasche sofort als im Bestand fehlend erkannt werden konnte. Die Dillinger Schwestern erzählten, dass sie 2008 von der Urkunde erfahren hatten, als sich die Mahoning Valley Historical Society von Youngstown im Bundesstaat Ohio, USA, mit der Bitte um Entzifferung einer in privater Hand befindlichen Urkunde an die Dillinger Kongregation gewandt hatte. Anhand des Dokuments war ein Zusammenhang mit der Institution festgestellt worden. Nach der Anfertigung der Transkription wandten sich die Schwestern an die Privatbesitzer, die die Urkunde geerbt hatten. Diese konnten keine weiteren Auskünfte über den früheren Erwerb geben. 2011 konnte die Dillinger Kongregation die Urkunde käuflich erwerben und in ihren Besitz bringen. Im Gespräch zeigten sich die Dillinger Schwestern grundsätzlich offen, die Urkunde gegen die Erstattung der entstandenen Ankaufssumme in staatlichen Besitz abzugeben. Weitere Recherchen ergaben, dass die Urkunde wahrscheinlich bei den Bestandsauslagerungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs im Zweiten Weltkrieg im Schloss Dillingen abhanden gekommen war. In den Wirren des Kriegsendes war es dort nachweislich zu Vandalismus und Diebstählen gekommen und die Urkunde wohl so in die USA gelangt. Nachdem die Dillinger Schwestern eine Einigung über die Abgabe erzielt hatten, wurde die Urkunde anlässlich eines Besuchs im Kloster im Juli dieses Jahres übergeben. Sie wurde unter der

bisherigen Signatur am Fach wieder eingeordnet. Die Rückkehr der Urkunde wurde in einer kleinen Präsentation im Foyer des Hauses den Besuchern des Staatsarchivs nähergebracht.

Claudia Kalesse

*Staatsarchiv Bamberg***Schlossarchiv Hundshaupten der Freiherrn von Pölnitz**

Das Schloss Hundshaupten der Freiherrn von Pölnitz befindet sich heute, nach einem Interludium im Besitz des Landkreises Forchheim von 1991 bis 2005, wieder im Eigentum der Familie von Pölnitz. 1369 erstmals erwähnt, gehörte es der Familie von Wiesenthau, bis 1661 Hieronymus Christoph von Pölnitz das Schloss erwarb. Max von Pölnitz unternahm um 1900 eine erste Sichtung des „Schlossarchivs“, das bis etwa 1930 in Schloss Aschbach gelagert war und erst danach nach Hundshaupten transportiert wurde. Die Bestände beginnen mit dem Kaufbrief von 1661. Es folgen 34 Lehenbriefe bis 1843. Auch ein erstes Urbar setzt mit dem Jahr 1661 ein, nach wenigen Zinsbüchern enden die Bände mit dem Urbar von 1667. Die Verwaltungsakten beginnen 1613, sie enthalten Inventare, Zinsgefälle, Bausachen, Grundstückssachen, zivilrechtliche Prozesse, Forstsachen, Militaria, Gerichtsakten des Patrimonialgerichts, und reichen bis weit in das 20. Jahrhundert. Eine lückenlose Rechnungsserie von 1697 bis 1943 schließt sich an. Wenige Pläne vervollständigen das „Schlossarchiv“.

Das „Familienarchiv“ besteht aus dem wissenschaftlichen Nachlass des Götz von Pölnitz (1906–1967), 1936 Direktor des Fuggerarchivs in Augsburg, 1952 Professor für Mittelalterliche und Neuere Geschichte, Wirtschafts- und Kulturgeschichte in München, 1954 in Dillingen und seit 1961 Professor an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen, nämlich aus Vorlesungs- und Vortragsmanuskripten und Korrespondenzen.

Beide Teile sind als Depot der Familie von Pölnitz nun im Staatsarchiv Bamberg. Sie haben einen durch ein Repertorium erschlossenen Umfang von 46,3 lfm, 35 Urkunden und 6 lfm Ordnern und Bänden.

Stefan Nöth

Nachlass Gudila von Pölnitz

Gudila von Pölnitz geb. Kehr (1913–2002), Forst- und Landwirtin, Mitglied des bayerischen Landtags 1974 bis 1982, war die Tochter von Paul Fridolin Kehr, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für deutsche Geschichte, Präsident der Monumenta Germaniae Historica und Generaldirektor der Preußischen Archive seit 1915. Nach dem Studium der Kunstgeschichte heiratete sie 1937 Götz von Pölnitz. Nach dessen Tod 1967 widmete sie sich dem Aufbau des Wildparks Hundshaupten und denkmalpflegerischen Belangen Oberfrankens. 1974 wurde sie für zwei Perioden in den bayerischen Landtag gewählt.

In dem „Schlossarchiv“ der Freiherrn von Pölnitz (s. S. 53) findet sich ein Teil „Nachlass Gudila von Pölnitz“, der nach dem vorübergehenden Besitz des Schlosses 1991 bis 2005 in das Eigentum des Landkreises Forchheim übergegangen ist. Es handelt sich um Ordner zu ihrer politischen Tätigkeit, zu ihren Auszeichnungen, zu ihren Korrespondenzen, zu dem Nachlass ihres Mannes und um zahlreiche Fotografien. Ein kleiner Teilnachlass (Literatur- und Quellenangaben, Persönliches) beschäftigt sich mit ihrem Vater Paul Fridolin Kehr.

Der Bestand im Umfang von 4 lfm ist nun als Depot des Landkreises Forchheim im Staatsarchiv Bamberg unter der Bezeichnung „Nachlass Gudila von Pölnitz“ zu benutzen.

Stefan Nöth

Staatsarchiv Coburg

Neue Bestände erschlossen

Auf dem Gebiet des Vereinsschriftguts sind im Staatsarchiv Coburg zwei interessante Bestände erschlossen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die „Historische Gesellschaft Coburg e.V.“ hat ihre Registratur bereits im Jahr 2016 dem Staatsarchiv Coburg zur dauernden Aufbewahrung übergeben. Jetzt konnte der Bestand mit Hilfe von zwei Praktikantinnen bearbeitet und erschlossen werden. Die Bedeutung dieser Unterlagen für die Geschichte Coburgs, aber auch für die Entwicklung des Staatsarchivs Coburg ist nicht zu unterschätzen. Gegründet wurde der Verein im Jahr 1920 unter dem Namen „Coburger Heimatverein“ und bildete gewissermaßen die Reaktion auf

das Ende der Monarchie im Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha. Die Aufgabe des Vereins war es fortan, die Erinnerung an das Herzogshaus zu bewahren und die Aufarbeitung der Geschichte des Herzogtums zu fördern. Anfang der 1970er Jahre benannte man sich in Historische Gesellschaft Coburg um. Traditionell bestanden enge persönliche Kontakte zwischen der Gesellschaft und dem Staatsarchiv Coburg, und nicht selten hatten die Staatsarchivare Ämter in der Historischen Gesellschaft inne. Mit ihrer Existenz und ihrem Wirken dokumentiert die Historische Gesellschaft Coburg nicht nur den Umgang einer Stadt mit dem Verlust ihrer Residenzfunktion – eine Tatsache, die für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Coburg nicht ganz unerheblich sein sollte –, sondern spiegelt auch die Facetten deutscher Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert wider, wenn etwa an Hand der Vorträge und Ausflüge, die die Historische Gesellschaft durchführte, die Intensivierung und Funktionalisierung geschichtspolitischer Debatten in der Ära Kohl (seit 1982) spürbar wird.

Am 22. April 1861 wurde der Stenographen-Verein Neustadt durch den Aktuar Hermann aus Coburg gegründet, benannt nach der damals üblichen Kurzschriftvariante: „Gabelsberger-Stenographen-Verein“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Verein im Jahr 1947 neu gegründet und hieß fortan „Stenographen-Verein von 1861 Neustadt e.V.“ Der Satzungszweck formulierte die Förderung der Deutschen Einheitskurzschrift, betonte aber seit jeher die Jugendpflege sehr stark. Hierfür dienten ein reichhaltiges Vereinsleben sowie die rege Teilnahme an Kurzschriftwettbewerben. Der Verein, der sich zum Jahresende 2017 auflöst, übergab seine Unterlagen an das Staatsarchiv Coburg, wo der Bestand nun verzeichnet und erschlossen wurde. Die dort enthaltenen Protokoll- und Kasensbücher, Mitgliederlisten, Korrespondenzen und Materialsammlungen dokumentieren nicht nur ein Stück deutscher Schriftkultur, sondern auch ein blühendes Vereinsleben, das sich in zahlreichen Treffen und Fahrten und insbesondere in der Abhaltung von nationalen und internationalen Kurzschriftwettbewerben ausdrückte. Da überrascht es kaum, dass auch zwei Siegerpokale solcher Wettbewerbe Teil der Abgabe sind.

Beide Bestände sind auch online in der Findmitteldatenbank der Staatlichen Archive Bayerns recherchierbar.

Alexander Wolz

*Staatsarchiv Landshut***AG Fach –Vorbereitung der elektronischen Aktenführung bei der Polizei**

Das Staatsarchiv Landshut hat im Februar 2017 Akten des Polizeipräsidiums für Niederbayern in Straubing übernommen. Die Akten stammen von der Tätigkeit der Arbeitsgruppe Fachlichkeit (AG Fach) und umfassen den Zeitraum von 2001 bis 2012, nämlich 420 Archivalien bzw. 7,8 laufende Meter.

Die AG Fach war eine ständige bayernweite Arbeitsgruppe der IT-Koordination der Bayerischen Polizei mit der Aufgabe, fachliche Aspekte mit dem Einsatz der Informationstechnologie bei der Bayerischen Polizei zu bewerten und die Verbände sowie die Unterarbeitsgruppen in diesen Prozess einzubinden. Neben dieser Arbeitsgruppe bestanden auch noch die Arbeitsgruppen AG Betrieb und Technik, AG Sicherheit, AG IntraPol, AG ZBU (Zentrale Benutzerunterstützung) und AG EDV-Pers (Anbindung der Personalverwaltung), die ebenfalls der IT-Koordinierungsstelle (ITKO-Bay) nachgeordnet waren. Diese sind aber jeweils bei anderen Polizeidienststellen in Bayern angesiedelt. Diese Verteilung der verschiedenen Arbeitsgruppen auf die nachgeordneten bayerischen Polizeidienststellen im Rahmen der Neustrukturierung der AGs ab 2001 ist auch ein deutlicher Indikator dafür, dass es sich bei der AG Fach keineswegs um eine direkte Fortsetzung der beim Landeskriminalamt in München angesiedelten und 2001 aufgelösten Arbeitsgruppe „Informationssystem der Bayerischen Polizei“ (AG IBP) handelt, von der einige Aufgabengebiete der AG Fach in Straubing übertragen wurden. Die Arbeit der AG Fach wurde teilweise auf verschiedene Unterarbeitsgruppen (UAG) verteilt. So existierten nebeneinander die UAG Formblatt, die UAG VOWi (Verkehrsordnungswidrigkeiten) und die UAG VU-Verfahren (Verkehrsunfallverfahren). Diese beschäftigten sich mit bereichsspezifischen, individuellen Problemstellungen.

Die Arbeit der AG Fach ist streng nach vier verschiedenen Bereichen gegliedert. Vor allem wurden Aufträge bearbeitet, die von anderen Stellen der Bayerischen Polizei oder vom Ministerium des Innern an die AG Fach gegeben wurden. Daneben gab es noch Anträge, Umfragen und Informationen, die alle jahrgangsweise nummeriert abgearbeitet wur-

den. Meist flossen die Ergebnisse in Beschlussfassungen der ITKO-Bay ein. Besonders herauszuheben ist die Einflussnahme der AG Fach auf die Einführung und die Verbesserung des „Integrationsverfahrens Polizei“ (IGV/P) bei allen Polizeidienststellen. Die darin hinterlegten Schlagwortkataloge und Formblätter mussten kontinuierlich fachlich bewertet werden. Ebenso wurde die Verbindung des IGV/P zu anderen Fachanwendungen und zu Datenbanken anderer Staatsbehörden behandelt. So wurde beispielsweise geprüft, ob ein Zugriff auf das digitale Grundbuch SolumSTAR oder zu Gefahrgüterdateien (ChemIS, TUIS, etc.) sinnvoll für die Polizeiarbeit sein könnte. Ebenso untersuchte die AG Fach, ob die Polizeifahrzeuge mit mobilen Endgeräten (Laptops, PCs) ausgestattet werden können, ob Bluetooth-Verbindungen sicher genug sind oder welche E-Mailverschlüsselung angebracht ist.

Weil die AG Fach erst im Jahr 2012 aufgelöst wurde, bestehen noch längere Zeit Schutzfristen für die Unterlagen. Künftig werden diese Akten für die Darstellung des E-Governments bei der Polizei interessante Einblicke geben können.

Johannes Stoiber

*Staatsarchiv München***Erste Abgabe des Landwirtschafts-amts Traunstein nun zugänglich**

Erstmals überhaupt hatte 2016 das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Traunstein Unterlagen aus einem Geschäftsbereich im Rahmen der Aktenaussonderung abgegeben. Es handelte sich dabei um die älteste noch erhaltene Registrarschicht und jüngere Unterlagen insbesondere der dem Amt angegliederten Landwirtschaftsschule im Umfang von insgesamt 615 Akten, die dem Archivbestand „Landwirtschaftsämter“ angereicht wurden. Unter den ältesten überlieferten Unterlagen ragen die Kreiswirtschaftsmappen hervor, die für den Zeitraum 1928 bis 1949 für das Bezirksamt bzw. den Landkreis Traunstein detaillierte statistische Angaben über die Einwohner- und Beschäftigtenverhältnisse, die landwirtschaftlich genutzten Flächen nach Nutzungsarten, den Viehbestand, Ernte- und Milcherträge und die maschinelle Ausrüstung der Landwirtschaft dokumentieren. Auf einzelbetrieblicher Ebene setzen die nach Ge-

Reichsnährstand



Blut und Boden

Kreisbauernschaft Traunstein

Akten
über den
Landwirtschaftlichen Betrieb

Eigentümer: Wuhrsteinalpe

Name: _____

Ort: _____ Haus Nr. _____ Gemeinde: Schleching

Post: _____ Bezirkshauptmannschaft: Traunstein

Entschuldungsbetrieb: ja — nein

Gesamtfläche in ha: _____

Wuhrsteinalpe

Verlagsgesellschaft m. b. H., D. Dillenburg
Verlagsgesellschaft m. b. H., D. Dillenburg
©-Verlagsnummer 100 Zf. 33401

Zyffell-Dr. 22622/3 (R 5870) 2. 10. 35.

Erbhofakt zur Wuhrsteinalpe bei Schleching, einem bis heute beliebten Ausflugsziel (Staatsarchiv München, Landwirtschaftsämter 3844).

meinden gegliederten „Landwirtschaftlichen Betriebskarten für Bayern“ (1948/49) und die „Wirtschaftsberatungskarten für Bayern“ (1950 bis ca. 1980), auf kommunaler Ebene die „Landwirtschaftliche Gemeindegarte“ (1954–1957) diese sozial- und wirtschaftsgeschichtlich höchst interessanten Nachweise fort (Stichwort: Strukturwandel). Der einzelne landwirtschaftliche Betrieb steht im Mittelpunkt der regelmäßig 1934 angelegten und gleichfalls gemeindeweise abgelegten Erbhofakten der Kreisbauernschaft Traunstein, einer Gliederung der NS-Organisation „Reichsnährstand“. Vielfach wurden diese Akten erst 1948 vom damaligen Ernährungsamt A Traunstein abgeschlossen. Die zum Teil erheblichen öffentlichen Aufwendungen zur Förderung der Landwirtschaft mit wechselnden Programmen seit der Nachkriegszeit sind in Akten etwa zum „Grünen Plan“, zu Investitionsbeihilfen und zur Althofsanierung exemplarisch belegt. Geht es hier vorrangig um wirtschaftliche bzw. betriebswirtschaftliche Verhältnisse, lassen andere Unterlagen die Lebensverhältnisse der ländlichen Bevöl-

kerung unmittelbarer erkennen. Dies betrifft etwa die Integration von Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg, denen in der Landwirtschaft einen neue berufliche Perspektive geboten werden sollte und für die Land zu Siedlungszwecken bereitzustellen war. Auch die in Einzelfällen überlieferten Verstöße gegen die Bewirtschaftungsbestimmungen der Nachkriegszeit sind ein zeittypisches Phänomen. In demselben Zusammenhang ist zudem die Beratungstätigkeit durch Amtsangehörige zu nennen, die gerade im hauswirtschaftlichen Bereich seit den 1950er Jahren vorrangig durch weibliches Personal angeboten wurde. Unterlagen aus diesem Geschäftsbereich lassen vielfach die zeitgenössischen Ziele und Leitbilder, aber auch die tatsächlichen Verhältnisse erkennen. Neben den Sachakten liegen dazu auch umfangreiche Dienstagebücher und Dienstreisetagebücher von Amtsangehörigen der 1960er Jahre vor. Über Zuschüsse, Schulungen, Berufsberatung, Stellenvermittlung und Veranstaltungen, etwa Berufswettkämpfe, erfuhr die Landjugend besondere amtliche Förderung. Zur beruflichen Ausbildung der Landwirte an der Landwirtschaftsschule liegt sehr umfangreiches Material vor. Dieses reicht von inhaltlichen Vorgaben und deren konkreter Umsetzung, etwa in Lehrdarstellungen von Landwirtschaftsreferendaren, über Abschlussprüfungen und deren individuelle Ergebnisse bis hin zu personenbezogenen Unterlagen zu mehreren Generationen Auszubildender und – der dualen Ausbildung entsprechend – deren Lehrherren und Lehrbetrieben. Insgesamt steht somit eine aussagekräftige Quellenüberlieferung für heimat- und familiengeschichtliche Forschungen sowie für exemplarische wissenschaftliche Forschungen zu einem Region und Landschaft prägenden Wirtschafts- und Gesellschaftsbereich der Benützung offen.

Michael Unger

Das Familienarchiv von Sigriz: Eine kleine, aber feine Archivalien- schenkung

Durch Vermittlung des Gemeindecarchivars von Reichersbeuern konnte im Februar 2017 aus Privatbesitz das Familienarchiv von Sigriz schenkungsweise erworben werden. Bei den Sigriz handelt es sich um eine in fürstbischöflich regensburgischen und kurbayerischen Diensten aufgestiegene Fa-



Eine Bedienstete der Familie beim Reinigen von Zubern (Staatsarchiv München, Glasplattensammlung klein 150).



Elisabeth und Therese von Sigriz beim Schlittenfahren, dahinter Schloss Reichersbeuern (Staatsarchiv München, Glasplattensammlung klein 185).

milie, die 1831/32 geadelt wurde. Bereits 1829 hatte sie das Schloss Reichersbeuern, einen alten Hofmarkssitz, erworben und seitdem bewohnt. So erklärt sich, dass unter den überlassenen Unterlagen sowohl solche der Familie als auch solche der Hofmark Reichersbeuern zu finden sind. Unter den zuletzt genannten ragen drei Pergamenturkunden heraus, darunter ein von Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt 1406 ausgestellter Kaufbrief über das Schloss. Sie wurden, unter Wahrung der Provenienzangabe, dem Bestand „Urkundensammlung“ zugewiesen. Die übrigen, meist fragmentarischen Unterlagen aus den Bereichen der Niedergerichtsbarkeit und der Grundherrschaft finden sich nun in dem kleinen Auffangbestand „Hofmark Reichersbeuern“, der auch die übrigen, aus älteren Behördenabgaben herausgelösten Archivalien dieser Provenienz umfasst. Unter der Bestandsbezeichnung „Familienarchiv von Sigriz“ wurden dagegen die Familiendokumente im engeren Sinne erschlossen, die – meist ebenso fragmentarisch – Schlaglichter auf die Biographien einzelner Familienangehöriger im Zeitraum von 1772 bis 1938 werfen. Als Besonderheit zu erwähnen ist der mit 104 Glasplattennegativen und neun Negativfilmen reichhaltige fotografische Teil der Familienüberlieferung. Er lässt den äußeren und in Teilen auch

den inneren Bauzustand des Schlosses um 1900 erkennen und dokumentiert die Lebenswelt einer bayerischen Landadelsfamilie während der Prinzregentenzeit. Da die sehr empfindlichen Trägermaterialien besondere konservatorische Bedingungen verlangen, wurden die bildlichen Archivalien den lagerungstechnischen Selektbeständen „Fotosammlung“ bzw. „Glasplattensammlung klein“ zugewiesen.

Michael Unger

Staatsarchiv Nürnberg

Die Erschließung der „Ansbacher Religionsakten“ – ein Beitrag zum Reformationsjubiläum

Zu jenen deutschen Fürsten, die die Reformation tatkräftig unterstützten, zählt Markgraf Georg von Brandenburg (regiert 1515/27–1543). Er wird deshalb auch als „der Fromme“ oder „der Bekenner“ bezeichnet. Während sich noch sein älterer Bruder Markgraf Casimir (regiert 1515–1527) religiös indifferent verhalten hatte, schwenkte Georg bald

auf die reformatorische Linie ein und wurde zu einem engen Anhänger Luthers. Seit 1523 stand er mit Luther in Kontakt und lernte ihn 1524 in Wittenberg persönlich kennen. 1528 führte der Fürst die evangelisch-lutherische Lehre in den fränkischen Fürstentümern Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Kulmbach ein und unterzeichnete 1530 die Confessio Augustana. Die landesweite Reformation krönte er mit der 1533 erschienenen Brandenburg-Nürnbergischen Kirchenordnung, mit der die bedeutendsten evangelischen Kreisstände in Franken engen Schulterschluss bewiesen. Georg ließ die Klöster und Stifte im Fürstentum zwar säkularisieren, den Besitz aber durch die neu gebildeten Klosterämter verwalten, so dass die Überlieferung lückenlos über die Reformation hinaus weiterläuft. Die Kirchenschätze ließ er größtenteils in der Schwabacher Münze einschmelzen, um die drückende Finanzknappheit zu lindern; sein Bruder und er hatten 1515 ein fast bankrotttes Land übernommen.

Die historische Bedeutung der Reformation und die Bewahrung des evangelisch-lutherischen Glaubens in den Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts waren den Ansbacher Markgrafen und ihrer Verwaltung früh bewusst. So ließ man im Ansbacher Geheimen Archiv die wesentlichen Akten zusammentragen und in 43 Bände und 9 Supplementbände binden, welche die Bezeichnung „(Ansbacher) Religionsakten“ erhielten. Sie werden seit der Auflösung des Ansbacher Archivs 1828 im Staatsarchiv Nürnberg verwahrt und sind in der landes- wie religionsgeschichtlichen Forschung in ihrer Bedeutung seit langem anerkannt. Als Leihgabe aus diesem Bestand war zuletzt im Sommer 2017 in einer Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin ein theologisches Gutachten des Nürnbergers Lazarus Spengler für Markgraf Georg von 1529 zu sehen, in dem das prachtvolle Wappen des Fürsten aus der Werkstatt des Nürnberger Buchmalers Niklas Glockendon enthalten ist (Staatsarchiv Nürnberg, Religionsakten 7 ad).

Bislang waren die Religionsakten über das handschriftliche Findbuch des Geheimen Archivs Ansbach aus dem Jahre 1738 erschlossen. Sowohl aus konservatorischen wie archivpraktischen Aspekten war die ständige Benützung dieses Papierbandes nicht mehr tragbar. So wurde die Retrokonversion des Findbuchs zu den „Religionsakten“ im Hinblick auf die zu erwartende Aufmerksamkeit anlässlich des Reformationsjubiläums begonnen. Die Überle-

gung, diese Retrokonversion durch externe Dienstleister durchführen zu lassen, wurde angesichts der komplexen Formulierungen und der paläographischen Herausforderung sowie der sehr komplizierten Gliederung des Findbuchs verworfen. Hier war die Arbeit von ortskundigen Facharchivaren gefragt.

Eine moderne Neuverzeichnung anhand der Originalbände war angesichts des Umfangs nicht zu leisten, aber auch aufgrund der ausgezeichneten Arbeit des Ansbacher Archivars Karl Ferdinand v. Jung (1699–1772) nicht notwendig. Das Findbuch zeichnet sich wie viele weitere Findbücher dieser Zeit durch eine immense Fleißarbeit und Präzision aus. Die Erschließung der Religionsakten ist bis auf die Ebene der einzelnen Produkte hinab durchgeführt, die jeweils mit kurzem Betreff und Datum bzw. Laufzeit erfasst sind. Die Einträge des Findbuchs von 1738 sollten in eine moderne Datenbank überführt und damit rascher und umfangreicher zu nutzen sein. Zwischen Februar 2014 und Juni 2016 erfassten Archivarinnen und Archivare sowie Archivbeschäftigte des Staatsarchivs Nürnberg insgesamt 2974 Datensätze, die sie bis August 2017 korrigierten und ergänzten.

Die inhaltliche Fülle der Archivalien des Bestandes „Ansbacher Religionsakten“ kann hier nur angedeutet werden:

Die Bände 3 bis 5 enthalten die Kirchenvisitationen zwischen 1528 und etwa 1568.

Im Band 9, der der mit der Reichsstadt Nürnberg gemeinsam verfassten Kirchenordnung gewidmet ist, sind 120 Produkte zwischen 1530 und 1540 enthalten.

Band 11 enthält zur Frage der Reformation u.a. Korrespondenz mit Martin Luther, Johannes Brenz, Lazarus Spengler, Philipp Melancthon einschließlich deren Gutachten. Sie betrifft u.a. die Schule in Ansbach, die Berufung der Pfarrer und die Reformation der Stifte und Klöster.

In Band 14 findet man ausführliche Listen des beschlagnahmten Kirchengeräts.

Von besonderer Bedeutung ist Band 15 über den Reichstag 1530 zu Augsburg mit der Übergabe der Confessio Augustana, und dem Reichsabschied mit Protokollen und Verhandlungen zum Vergleich zwischen Katholiken und Protestanten wegen der Glaubensartikel. Hier findet man die älteste heute noch vorhandene Abschrift der auf dem Augsbur-

451

Ist solch dinst trost sein

+
gezeigt sein
 Besonderer vermueter loben zu vnd Zunder. Anst morgen werden inor bapen
 aufzale der gedruckten Kirchenordnung vnd Catechismus Verkauft bij E.
 Daran die Vorigen funff vnd die vnzigen zehen so hieus inorin bapen nach
 Sonnu zehndelstamer funff zunder zwelff pögen. Durch des hieus
 Comptrolers firt. vnu dinsten zu des Buchen vnderzire samst. Albern.
 vnd prantwür werden. Was nun die Buchdrucker dafür vorderen
 funden in abmiltgunden vnu vnzehnt. In firwar nach gestalt
 der grossen arbeit vnd eyle so in darauß gang vnd sonnderlich mit der
 rubricken. die vberauß vil muhe vnd zeit bedarff. auch des guten pappirs
 vnd das sie gar nichtzeit daran gespart haben. nit vil. Es werden auch inorin
 Eren. die in vnter zahlen müssen. vnde hieus in vyl nit verfallen.
 Damit Gottes gnad erwogen. Ino drucker der bode drucker. den kaiser
 form. den vnde man zereu kauf. Ino agomay. 3. february 1533

Lazarus Spengler
H²

In der wöcher der bode drucker
 künfft mit anre Comptroler vnd
 vnu so fleißig zu vnd das vnu
 vnd vnu geb

Schreiben des Nürnberger Ratsherrn Lazarus Spengler an den markgräflichen Kanzler Georg Vogler vom 3. Februar 1533, in dem er die Übersendung von 800 Exemplaren der frisch gedruckten Kirchenordnung ankündigt und die hohen Kosten der Buchdrucker rechtfertigt: „Ist firwar nach gestalt der grossen arbeit vnd eyle, so ine darauff gangen vnd sonnderlich mit der rubricken, die vberauß vil muhe vnd zeit bedarff, auch des guten pappirs vnd das sie gar nichtzeit daran gespart haben, nit vil.“ In einem Postskriptum bittet er für die Buchdrucker knechte um ein Trinkgeld (Staatsarchiv Nürnberg, Fürstentum Ansbach, Geheimes Archiv: Religionsakten 9, Prod. 80, fol. 451).

ger Reichstag zusammengestellten lateinischen Apologie.
 Die Bände 16 bis 18 enthalten Archivalien zum Schmalkaldischen Bund, Band 26 zum Schmalkaldischen Krieg, die Bände 24 bis 26 zum Augsburger Interim und dessen Einführung in den brandenburgischen Landen.

Nach diesen ersten fast chronologisch geordneten Bänden hat man Bände zu einzelnen Themen angelegt: Die Bände 32 bis 34 enthalten Informationen über den Calvinismus und Zwinglianismus, den man in Ansbach ablehnte, Band 35 über das Konkordienwerk des Dr. Jacob Andreae, die Bände 38 und 39 über die Sekte der Wiedertäufer und

deren Bekämpfung 1527–1529, die Bände 39a und 39b zur Einführung des Gregorianischen Kalenders.

Die chronologisch geordneten neun Supplementbände gehen in ihrer Religionsthematik bis 1436 und damit weit vor die Reformation zurück. Ihr thematischer Zugriff ist schwierig, da sie nicht gegliedert sind. Gleichwohl enthalten sie eine große Anzahl höchst bedeutender Dokumente, wie etwa Gutachten Philipp Melancthons, Martin Bucers, Johannes Brenz' oder Lazarus Spenglers und anderer Nürnberger Theologen. Enthalten ist auch ein Schreiben des Torgauer Kantors Johannes Wallter an Markgraf Georg aus dem Jahr 1530, mit dem er drei von ihm verfasste geistliche Lieder übersandte, die leider nicht mehr beiliegen. Es handelt sich zweifellos um Johann Walter (1496–1570), den Herausgeber des ersten evangelischen Chorge-

sangbuchs von 1524 (Supplementband 7, Produkt 6).

Die Quellen der Ansbacher Markgrafen waren weit gespannt. So ist in Abschrift Korrespondenz zwischen Königin Elisabeth I. von England und König Friedrich II. von Dänemark über die Einführung der Konkordienformel (Suppl. 1b Prod. 32) ebenso enthalten wie eine Aufstellung über die Spanische Armada 1588 (Suppl. 7, Prod. 20).

Die in der archivischen Datenbank erfasste Erschließung ist im Internet abrufbar. Sie ist eine erhebliche Verbesserung für die Benützung dieses wichtigen, einzigartigen Archivbestands im Staatsarchiv Nürnberg. Verwiesen wird jeweils auf die Produktzählung, die spätestens aus dem 18. Jahrhundert stammt.

Daniel Burger

Bestandserhaltung

Bundessondermittel für Bestandserhaltung – Erfolgreicher Start eines neuen Förderprogramms

In deutschen Archiven sind Papiere im Umfang von rund 1,8 Millionen Regalmetern vom säurebedingten Zerfall bedroht, durch Schmutz und Schimmel geschädigt oder noch nicht durch fachgerechte Lagerung für zukünftige Generationen gesichert. Diese und weitere Mengen gefährdeten und geschädigten schriftlichen Kulturguts sind über die „Bundesweiten Handlungsempfehlungen der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des Schriftlichen Kulturguts“ (KEK) im Jahr 2015 bilanziert worden. Damit wurde klar verdeutlicht: Soll das Entstehen von gravierenden Lücken in der schriftlichen Überlieferung verhindert werden, müssen Originale in Archiven in großem Umfang gesichert werden.

Mit dem 2017 erstmals ausgeschriebenem Sonderprogramm hat die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien auf diesen Bedarf reagiert und finanzielle Mittel im Umfang von 1 Million Euro bereitgestellt. Damit können in Archiven größere Mengen an Akten und Bänden entsäuert, gereinigt und schutzverpackt werden. Das Sonderprogramm er-

gänzt das bereits seit mehreren Jahren laufende Förderprogramm für Modellprojekte der KEK, das besonders innovativen Vorhaben an herausragenden Einzelstücken gilt. Mit den jetzt erstmals zur Verfügung gestellten Fördermitteln wird der große Bedarf in seiner Gesamtheit in den Blick genommen.

Für die Projektanmeldung im Rahmen eines Antragsverfahrens wurde die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Beratungs- und Koordinierungsstelle für die Archive in Bayern eingesetzt. Interessierte bayerische Archive kommunaler und anderer Träger können sich jederzeit für eine Beratung zu den Fördermöglichkeiten an die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns wenden. Zu beachten ist, dass der angemeldete Bedarf im gleichen Umfang gegenfinanziert werden muss.

Unter den insgesamt 45 Einzelprojekten von Bibliotheken und Archiven in Deutschland kommen drei bayerische Archive zum Zuge: Aus den Beständen des Staatsarchivs München kann ein wichtiger Teil der Wiedergutmachungsakten der Wiedergutmachungsbehörde für Oberbayern entsäuert werden, eines zeitgeschichtlich herausragenden Archivbe-

standes. Das Stadtarchiv Nürnberg erhält eine Förderung für die Entsäuerung zentraler Aktenbestände zur Nürnberger Stadtgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Bestand Generalregistratur), und das Landeskirchliche Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern kann ein Projekt zur konservatorischen Reinigung und Verpackung von 25 Pfarrarchiven durchführen.

Es ist zu hoffen, dass entsprechende Projektausschreibungen auch in den kommenden Jahren aufgelegt werden.

Margit Ksoll-Marcon

Schadenserfassung als Wegweiser und Planungsgrundlage – Lehren und Ergebnisse eines Modellprojekts

Verlässliche und möglichst detaillierte Schadensdaten zu den Archivbeständen sind eine unverzichtbare Wissensgrundlage für jedes Archiv und ein Fundament seiner Bestandserhaltung: Wieviel Prozent der historischen Amtsbucheinbände sind restaurierungsbedürftig, wie verteilen sich die Grade des säurebedingten Papierzerfalls oder der mechanischen Benutzungsschäden? Bei welchen Beständen und bei welchen Abschnitten innerhalb eines Bestands sind Maßnahmen am dringendsten, wo ist das Verlustrisiko besonders akut? Welche Aufwandsschätzung muss der Haushaltsplanung oder Anträgen auf Förderprojekte zugrunde gelegt werden?

Die Staatlichen Archive Bayerns verfügen schon seit 2011 über einen Schadenskataster, der verbindliche Schadensstufen und einheitliche Schadensbeschreibungen für all das festlegt, was Archivalien zustoßen und sie schädigen kann. Die Schadensdaten fließen direkt in die Datensätze des Archivinformationssystems ein. Wo Bestände neu erschlossen werden, gehört eine ausführliche Schadenserfassung inzwischen selbstverständlich dazu. Doch was ist mit den vielen bereits erschlossenen Beständen? Auch hier wird die nachträgliche Erfassung des Schadensstatus vorangetrieben, stößt jedoch immer wieder an personelle Grenzen: Welches Archiv hat schon die Ressourcen, seine Mitarbeiter für Wochen oder Monate mit Notebook und Erfassungstabelle in die Magazine zu schicken?



Schadenserfassung als Grundlagenarbeit: Mobile Erfassungsstation im Magazin (Foto: Hildegard Hagen, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Eine Lösung kann sein, sich für diese Aufgabe externe Dienstleister ins Haus zu holen. 2016 hat die Generaldirektion der Staatlichen Archive ein Pilotprojekt zu einer solchen externen Partnerschaft durchgeführt. Ziel war die Erfassung eines jeweils substantiellen Teils zweier zentraler, häufig im Original benutzter und deswegen konservatorisch gefährdeter Amtsbuchbestände: Die Grundsteuerkataster im Staatsarchiv München und die Briefprotokolle geistlicher Herrschaften im Bayerischen Hauptstaatsarchiv.

Dankenswerterweise hat die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des Schriftlichen Kulturguts (KEK) an der Staatsbibliothek zu Berlin das Projekt mit Mitteln aus der Modellprojektausschreibung 2016 „Erste Wahl“ gefördert. Das Projekt lief vom 25. August bis 31. Dezember 2016. Als externer Partner war die Firma Zentrum für Bucherhaltung (ZfB), Leipzig, mit der Erfassung beauftragt. In vierzehn Wochen Arbeitszeit im Magazin hat das Team des ZfB, bestehend jeweils aus einer Restau-

ratorin und einer Hilfskraft, insgesamt gut 10.500 Bände aus den beiden Beständen begutachtet und klassifiziert. Der Rest der Projektlaufzeit schlug für die fachliche Vorbereitung, die Qualitätssicherung und die Nach- und Aufbereitung der Erfassungsdaten zu Buche.

Vollerfassung oder Stichprobenerfassung? Wie beschreibt man Schadensbilder richtig? Welche Schadensarten sind die relevantesten? Wie viele Archivalien kann man pro Stunde erfassen? Was folgt aus einer Schadenseinstufung für die weitere Benutzung eines Archivaes? Antworten auf diese Fragen und weitere Lehren und Tipps aus dem Pilotprojekt lassen sich nun in der kleinen Handreichung „Schadenserfassung als Wegweiser: Bestandserhaltungsmaßnahmen im Archiv systematisch planen“ (Autoren: Julian Holzapfl und Katrin Marth) nachlesen. Die Handreichung (16 S., zahlreiche Abbildungen) richtet sich an kleine und große Archive, die eine Schadenserfassung beauftragen oder diese Fachaufgabe überhaupt systematisch angehen wollen. Sie ist auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns www.staatliche-archiv.bayern.de/fachinformationen/bestandserhaltung verfügbar – derzeit noch als PDF-Dokument zum Download, in den kommenden Monaten wird sie in ein neu gestaltetes Angebot mit Materialien zur archivischen Bestandserhaltung integriert werden.

Weitere Informationen zu den Fördermöglichkeiten und zur Koordinierungsarbeit der KEK in Sachen Erhaltung von schriftlichem Kulturgut finden sich unter <http://kek-spk.de/home/>.

Julian Holzapfl

Da ist der Wurm drin

Die Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs bearbeitete zwei Amtsbücher des Klosters Aldersbach. Beide Bände wiesen einen erheblichen Wurmfraßschaden an ihren Holzdeckeln auf, der sich bis in die ersten und letzten Lagen verstärkt und zur Buchblockmitte nachlassend fortgesetzt hatte. Der Einband bestand bei beiden Archivalien aus einem reich mit geprägten Bordüren und Stempeln verzierten Schweinslederrücken und den bloßen Holzdeckeln, die auf der Vorderseite beschriftet waren. Beide Bände hatten ursprünglich zwei Bänder mit Schließen. Bei einem Band waren diese Bänder mit leichten

Schäden am Leder erhalten, jedoch aufgrund der Verformung des Buchblocks ohne Funktion. Beim zweiten Band waren nur die Halterungen auf dem Vorderdeckel erhalten, da am Rückendeckel große Bereiche abgebrochen und dabei die Bänder verloren gegangen waren. Insgesamt waren die Holzdeckel im Kantenbereich an vielen Stellen ausgebrochen. Während der Zusammenhalt der Lagen bei einem Band gelockert und der Buchblock durch eine Wölbung nach außen gefährdet war, war der Buchblock des anderen durch Fehlstellen am Rückendeckel beschädigt.

Nach einer gründlichen Trockenreinigung wurden zunächst die längeren Wurmlöcher, zumal im Randbereich der Blätter, mit Japanpapier gesichert. Parallel dazu wurden kleinere Fehlstellen an den Holzdeckeln mit einer Mischung aus Zellulosefasern, Farbpigmenten, Fischleim und Shofu farblich passend ausgefüllt. Die großen Fehlstellen an den Ecken und an der Vorderkante eines Bandes wurden mit Balsaholz angesetzt, das anschließend ebenfalls mit der oben erwähnten farbigen Paste überzogen wurde.

Um den Buchblock des gewölbten Bandes rückformen zu können, wurde der Vorderdeckel entfernt. Dazu musste der Lederbezug und der Vorsatz abgelöst und die Holzverpflockung der Bünde gelöst werden. Anschließend wurde der Buchblock neu abgeleimt, gerundet und mit einer Hinterklebung aus Japanpapier verstärkt. Die ebenfalls beschädigten gestochenen Kapitale wurden wieder befestigt und gesichert. Die Innenseite des Deckels wurde zur Stabilisierung mit einer Mischung aus Zellulosefasern, Champagnerkreide und Shofu ausgepastet. Die zahlreichen Wurmlöcher des Spiegels wurden durch Kaschieren mit Japanpapier geschlossen und der Spiegel wieder aufgeklebt. Da sich das Ablösen der Spiegel als leicht machbar erwiesen hatte, wurden beide Spiegel auch des anderen Bandes abgelöst und kaschiert. Dadurch konnten nicht nur beide Deckel und Spiegel stabilisiert, sondern auch das Nachrieseln von Holzstaub aus den Fraßgängen abgestellt werden.

Durch diese Maßnahmen konnte bei maximaler Erhaltung des Originalzustandes eine aus konservatorischer Sicht unschädliche Benützung der Amtsbücher ermöglicht werden.

Hildegard Hagen

Rückerstattungsakten der Wiedergutmachungsbehörde I: Durch Entsäuerung vor dem (Papier)Zerfall gerettet

So wie die fiskalische Ausplünderung von rassistisch und politisch Verfolgten während der NS-Zeit in den Fokus der Forschung gerückt ist, kommt auch der Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogener Vermögenswerte seit einiger Zeit eine gestiegene Aufmerksamkeit zu. Die sogenannte Washingtoner Erklärung von 1998, zu deren Einhaltung sich Bund und Länder verpflichtet haben, spielt dabei ebenso eine Rolle wie die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für NS-Raubkunst in öffentlichem und privatem Besitz. Der „Schwabinger Kunstfund“ in der Münchner Wohnung von Cornelius Gurlitt 2012 stellte in diesem Zusammenhang sicherlich einen Höhepunkt dar. Seitdem durchforsten Museen, Sammlungen und andere Kultureinrichtungen verstärkt ihre Bestände nach Exponaten mit zweifelhafter Provenienz.



Wiedergutmachungsakt nach der Archivalienschutzbehandlung.

Das Interesse an diesen Themen rückt auch die in Bayern 2001 an die zuständigen Staatsarchive abgegebenen Rückerstattungsakten aus der ersten Phase der Restitution nach dem Zweiten Weltkrieg in den Focus der Archivbenützer. Mit rund 500 Benützungsfällen jährlich zählt der Bestand „Wiedergutmachungsbehörde I für Oberbayern“ (WB I) zu den häufig vorgelegten Beständen des Staatsarchivs München. Im Umfang von 25.235 Archivalien dokumentiert dieser Bestand die von der Behörde im Zeitraum zwischen 1948 und 1974 (teils bis in die 1980er Jahre) behandelten Rückerstattungs-fälle. Neben der WB I bestanden in Bayern noch vier weitere Wiedergutmachungsbehörden, deren Überlieferung in den jeweils zuständigen Staatsar-

chiven Amberg, Augsburg, Nürnberg und Würzburg liegt. Die regionale Zuständigkeit richtete sich dabei zunächst nach dem Gebiet, auf dem die Vermögenswerte während der NS-Zeit entzogen worden waren, ab 1957 konnten auch Sachwerte verhandelt werden, die anderswo entzogen und erst dann in den Sprengel der jeweiligen Wiedergutmachungsbehörde verbracht worden waren.

Das vor der Wiedergutmachungsbehörde durchgeführte Rückerstattungsverfahren glich dabei einer Güteverhandlung, die eine einvernehmliche Lösung zwischen Antragsteller und Antragsgegner herbeiführen sollte. Das Verfahren zerfiel in die folgenden Schritte: Am Anfang stand die Antragstellung (anfänglich beim Zentralanmeldeamt Bad Nauheim), die von der Wiedergutmachungsbehörde geprüft wurde. Dazu wurden Beweismaterialien zugezogen, auf Antrag Zeugen vernommen und Gutachten eingeholt. Gegen die Anträge konnten die Antragsgegner – natürliche wie juristische Personen – Widerspruch einlegen, was der Regelfall war. Bei Güteterminen vor der Wiedergutmachungsbehörde rangen die Parteien um eine Einigung, die protokolliert, von den jeweiligen Vertretern unterzeichnet, in einem Vergleichsregister eingetragen und zum Akt genommen wurde. Kam eine gütliche Einigung nicht zustande, konnte der Rechtsweg beschritten werden. Im Fall der WB I führte der Instanzenweg von der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht München I über den Wiedergutmachungs-senat beim Oberlandesgericht München bis zu dem zunächst für die US-Besatzungszone zuständigen Court of Restitution Appeals (CORA) bzw. später zum Obersten Restitutionsgericht.

Die Überlieferung der WB I liegt in drei Aktenserien vor, die bereits zeitgenössisch mit den Siglen „a“, „JR“ und „N“ gekennzeichnet waren. Die zeitlich älteren Serien, jeweils beginnend 1948, sind dabei „a“ und „JR“, wobei die zuletzt genannte sogenannte „JRSO-Fälle“ umfasst. Die JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) vertrat bis zu einem Globalabkommen 1952 die Ansprüche auf erbenlose Vermögen und solche von jüdischen Organisationen. Häufig beruhen diese Akten auf Sammelanmeldungen für Wertpapierdepots oder Sperrkonten bei Banken, die in der NS-Zeit die Gelder im Zuge der „Verwertung“ jüdischer Vermögen an staatliche Stellen überwiesen hatten. Die Aktenserie „N“ umfasst dagegen Verfahren nach dem Bundesrückerstattungsgesetz ab 1957, wobei früher abgelehnte Anträge erneut gestellt werden konnten. Anspruchsgegner waren nun, anders als

193
 Re: Francesco v. Mendelssohn, U.S.A.
 Lillian Rock, New York, U.S.A. Executrix

re:

Restitution of Paintings Hendrikje Stoffels, Selfportrait by Rembrandt, Flower Garden by Monet, Harlekin & Columbine by Degas, Portrait of Lady by Manet, Angel by P.P. Rubens, Four landscapes by Corot.

Name:
 Albert Einstein, 112 Mercer Str. Princeton N.J., U.S.A.
 Amerikanischer Staatsbürger.

Beruf: Professor der theoretischen Physik/am Institute for
 Advanced Study, Princeton N.J. U.S.A.

Ich, Unterzeichneter, bezeuge hiermit Folgendes:

Ich kannte Eleonora und Francesco von Mendelssohn sowie deren Eltern seit Anfang der zwanziger Jahre persönlich und bin insbesondere mit Eleonora und Francesco die ganzen Jahre über in freundschaftlichem Verkehr gestanden, sodass mir deren politische Ansichten und Haltung, insbesondere gegenüber dem Nazi-Regime genau bekannt waren. Beide sind beständige und erbitterte Gegner des Nazi-Regimes gewesen, ohne sich jemals (etwa aus Zweckmäßigkeitsgründen) zu irgendeinem Kompromiss herbeizulassen. Insbesondere Eleonora hat als Künstlerin an der Anti-Nazi-Propaganda verdienstlich und wirksam teilgenommen.

Ich würde es als grosses Unrecht und als klare Gesetzesverletzung betrachten, wenn die widerrechtliche und durch Zwang herbeigeführte Enteignung von bedeutenden - oben angeführten - Gemälden, darunter Rembrandts "Hendrikje Stoffels" nicht rückgängig gemacht, und die Kunstwerke den rechtmässigen Eigentümern ~~zurück~~ zurückgegeben würden.

Princeton N.J. USA, 15. Mai 1952

Albert Einstein
 Albert Einstein.

Sworn to and Subscribed before
 me this 15 day of May 1952

NOTARY PUBLIC OF N. J.
 MY COMMISSION EXPIRES NOV. 20, 1953

Aus dem gezeigten Akt: Notariell beglaubigte Eingabe von Albert Einstein zur Restitution u.a. eines entzogenen Rembrandt-Gemäldes an Eleonora von Mendelssohn. Staatsarchiv München, WB I a 4301.

zuvor, nur noch das Deutsche Reich und diesem gleichgestellte Rechtsträger.

Mit dem gleichförmigen, formularhaften Schriftgut in den Akten kontrastiert deren inhaltlicher Wert für die historische Forschung und für die – in Einzelfällen immer noch nicht abschließend geklärten – rechtlichen Belange von Betroffenen und deren Erben. München war durch seine bedeutenden Museen und Sammlungen, als bedeutender Kunsthandelsplatz, als Amtssitz zahlreicher NS-Organisationen („Hauptstadt der Bewegung“) und – zusammen mit Oberbayern – als bevorzugtes Wohngebiet von NS-Größen ein zentraler Ort des NS-Kunstraubs, mit einem entsprechend hohen Prozentsatz prominenter Restitutionsfälle im Archivbestand der WB I. Gleichzeitig belegt eine Vielzahl prominenter und eine viel größere Anzahl nicht prominenter Fälle das enorme Ausmaß des verfolgungsbedingten „Vermögenstransfers“ wäh-

rend der NS-Zeit, wobei Immobilien, Wertpapiere, Bank- und Barvermögen, Einrichtungsgegenstände, Schmuck, Kleidung und sonstige Gegenstände den Komplex der Kulturgüter mengenmäßig bei weitem überwiegen. Aufgrund kriegsbedingter Verluste in der originären NS-Überlieferung, etwa unter den gleichfalls hier archivierten Einziehungsakten des Oberfinanzpräsidenten München oder unter den Steuerakten rassisch Verfolgter von oberbayerischen Finanzämtern, kommt den Rückerstattungsakten vielfach die Bedeutung einer Ersatzüberlieferung zu. Exemplarisch belegt die Überlieferung der WB I zudem auf einer breiten Aktenbasis bundesdeutsche Rückerstattungspraxis im größeren historischen Rahmen der Wiedergutmachung von NS-Unrecht.

Doch auch im Zeitalter der digitalen Abbildbarkeit ist ein Archivbestand nur so dauerhaft wie das Material, aus dem er besteht: In den Nachkriegsjahren waren die verfügbaren Papierqualitäten häufig schlecht, die Art der behördlichen Aktenbildung brachte es zudem mit sich, dass viel billiges Konzept- und sehr dünnes Durchschlagpapier verwendet wurde. Der säurebedingte Zerfall, von dem ohnehin alle seit ca. 1840 hergestellten Papiere in höherem oder geringerem Maß betroffen sind, führt hier zu einem spürbar fortschreitenden Abbau. Diese schwierigen Ausgangsbedingungen, verbunden mit der mechanischen Belastung intensiver Benützung lassen sich an vielen Akten bereits ablesen: Verbräuntes, teilweise schon brüchiges Papier und zahlreiche Einrisse und Knicke an den Rändern lassen akuten Handlungsbedarf erkennen. Angesichts eines Bestandes mit einem Gesamtumfang von ca. 230 laufenden Regalmetern sind rationelle, kostengünstige und schnell greifende Schutzmaßnahmen nötig: Nicht so sehr Restaurierungsmaßnahmen an einzelnen Akten, sondern mengenhafte Konservierung, die die Lagerungsbedingungen und die materielle Stabilität des ganzen Bestandes verbessern. Mit einem solchen Maßnahmenpaket wird der Zustand des Bestandes derzeit verbessert.

Der erste Schritt ist eine manuelle konservatorische Behandlung (Archivalienschutz): Die Akten werden von Staub und Schmutz gereinigt, Metallteile wie Büro- und Heftklammern werden entfernt, um zusätzlichen Rostschäden vorzubeugen, die Akten werden neu auf Plastikbügel aufgezogen. Schließlich werden alte säurehaltige Aktenumschläge durch neue säurefreie ersetzt.

Dann jedoch muss im zweiten Schritt der aus dem Material selbst kommende Substanzverlust angegangen werden, und das bedeutet maschinelle Entsäuerung. Die zwar ausgesprochen effektive, jedoch vergleichsweise teure und zeitaufwändige wässrige Einzelblattentsäuerung kam in diesem Fall nicht in Frage – sie hätte ein Vielfaches an Mitteln benötigt und mehrere Jahre gedauert. Wir haben uns stattdessen für das Entsäuerungsverfahren Papersave entschieden, das in Deutschland von der Fa. Nitrochemie, Aschau a. Inn, angeboten wird. Es handelt sich um ein lösungsmittelbasiertes Verfahren, bei dem die Archivalien im Block behandelt werden, ohne dass sie vorher in Einzelblätter zerlegt oder konservatorisch durchgearbeitet werden müssen – eine rasche Vorsichtung und das Entnehmen von Fotos und seltener nicht entsäuerbarer Aktenbeilagen genügt. Ein gewisser Nachteil des Verfahrens ist, dass der Entsäuerungsablauf wegen seiner Schnelligkeit und seiner großen Durchsatzmengen nicht mit der Digitalisierung kombiniert werden kann. Für den Bestand ist statt-

dessen eine Verfilmung im Rahmen der Bundessicherungsverfilmung vorgesehen, mit der Perspektive, später leicht auch Digitalisate vom Duplikatfilm fertigen zu können.

Während die Entsäuerung der ersten Hälfte des Bestandes aus Haushaltsmitteln der Staatlichen Archive Bayerns finanziert wurde, können für die zweite Hälfte zusätzlich Bundessondermittel zur Erhaltung des schriftlichen Kulturerbes eingesetzt werden (s. oben S. 60).

Dass ein so herausragender, gleichzeitig aber so umfangreicher Archivbestand in so vergleichsweise kurzer Zeit eine schützende konservatorische Grundversorgung erhalten kann, ist somit ein Beispiel für den erfolgreichen Einsatz mengenhafter Verfahren in der Bestandserhaltung – und nicht zuletzt eine gute Nachricht für Zeitgeschichte und Provenienzforschung.

Julian Holzapfl, Michael Unger

Notfallplanung

„Mit der Entstehung eines Brandes muss jederzeit gerechnet werden“: Brandschutzübung am Staatsarchiv Augsburg

Obwohl die grundsätzliche Gefahrenlage unbestritten ist, wird auch in Archiven allzu häufig die Planung und Umsetzung der Notfallvorsorge zugunsten des Tagesgeschäfts vernachlässigt. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat diese Sorglosigkeit 1986 in einem Urteil pointiert kritisiert: „Es entspricht der Lebenserfahrung, dass mit der Entstehung eines Brandes praktisch jederzeit gerechnet werden muss. Der Umstand, dass in vielen Gebäuden jahrzehntelang kein Brand ausbricht, beweist nicht, dass keine Gefahr besteht, sondern stellt für die Betroffenen einen Glücksfall dar, mit dessen Ende jederzeit gerechnet werden muss.“

Aufbauend auf den Erfahrungen einer gemeinsamen Übung des Notfallverbundes Augsburg mit der Berufsfeuerwehr der Stadt im Oktober 2016 (Nachrichten Nr. 72/2017, S. 74 f.) organisierte da-

her der Notfallbeauftragte des Staatsarchivs Augsburg am 17. Mai 2017 für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Brandschutzunterweisung durch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz Augsburg.

Die halbtägige Veranstaltung wurde durch einen Angehörigen der Berufsfeuerwehr Augsburg gestaltet und gliederte sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Zunächst behandelte der Schulungsleiter mit einer Powerpoint-Präsentation inklusive kurzer Filmsequenzen (Fettexplosion, Sofabrand durch Kerze) und Anschauungsmaterial folgende Themen: Verbrennungslehre (chemisch-physikalische Grundlagen, Zündquellen), Löschmittel (Ersticken, Kühlen, Brennstoffentzug), Löschgeräte, allgemeine Maßnahmen zur Brandverhütung und das richtige Verhalten im Brandfall (Ruhe bewahren, Brand melden, in Sicherheit bringen, Löschversuche unternehmen).

Dabei ging er jeweils speziell auf die Situation im Staatsarchiv (Brandlast, Feuermeldeanlage, Löschgeräte, Flucht- und Rettungswege) ein und vertiefte einzelne Punkte, z.B. die besonderen Ge-

fahrenherde Sozialraum (Wasserkocher, Herd) und elektrische Anlagen (EDV) sowie die immer wieder unterschätzte Gefahr von Rauchgasen (Vergiftung, Verbrennung, Verlust der Orientierung).

Anschließend wurde auf dem Parkplatz des Staatsarchivs an einem gasbefeuerten Löschtrainer das richtige Löschen von Klein- und Entstehungsbränden geübt. Als Löschmittel standen aus Kosten- und Umweltgründen Wasser und Schaum zur Verfügung. Da der neue Magazinanbau des Staatsarchivs Augsburg auf Initiative des Notfallbeauftragten mit neuartigen Wassernebellöschern ausgestattet worden war, sollte auch der Umgang mit diesem Gerät eingeübt werden. Zu diesem Zweck war von der Firma, die den Anbau bestückt hatte, ein Leihgerät angefordert worden. Ein Wassernebellöcher bietet eine Reihe von Vorteilen für den Einsatz in Kulturgut verwahrenden Einrichtungen. Dieser Gerätetyp baut auf das schon länger in stationären Anlagen erfolgreich verwendete Prinzip einer Wassernebellöschanlage (*Water Mist Fire Protection System*) auf. Hier werden sehr kleine Wassertropfen als Löschmittel eingesetzt. Deren durchschnittliche Größe liegt bei etwa 10 bis 100 Mikrometer (μm). Da die Löschdüsen das Wasser so fein versprühen, kann dadurch die Oberfläche der eingebrachten Wassermenge um ein Vielfaches vergrößert werden. So wird dem Feuer schneller Energie entzogen und der Kühleffekt des Löschmittels Wasser wird optimiert. Zudem ist die nötige Löschwassermenge deutlich geringer im Vergleich zu einem herkömmlichen Wasserlöscher und somit werden auch Schäden durch das Löschmittel reduziert. Zuletzt schafft die deutlich längere Spritzzeit Löschreserven. Auch das Bestandsmagazin des Staatsarchivs Augsburg soll daher beim demnächst anstehenden Austausch der Handfeuerlöscher auf diesen Gerätetyp umgestellt werden.



Bernhard Stadler löscht mit dem Wassernebellöcher
(Foto: Rainer Jedlitschka, M.A., Staatsarchiv Augsburg).

Die Schulung wurde von allen Teilnehmenden als sehr informativ beurteilt. Die praktische Löschanübung ist eine unverzichtbare Ergänzung. Der beste Feuerlöscher nutzt nichts, wenn er nicht zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt wird oder ihn keiner bedienen kann. Das Training nimmt Berührungsängste, vermittelt dem Anwender Sicherheit und ein Erfolgserlebnis. Wie sich herausstellte, erfordert es durchaus Geschicklichkeit, mit wenigen, richtig platzierten Sprühstößen einen Brand erfolgreich zu bekämpfen, zumal an diesem Tag auch noch die sich permanent drehende Windrichtung zu berücksichtigen war. Im Notfall können noch Faktoren wie Überraschung, Angst oder Panik hinzukommen.

Rainer Jedlitschka

Archivbau

„Architektouren 2017“ gastieren im Staatsarchiv Augsburg

Jedes Jahr veranstaltet die Architektenkammer Bayern unter dem Titel „Architektouren“ einen Tag der offenen Tür, bei dem Fachpublikum und interessierte Öffentlichkeit die Möglichkeit haben, herausragende Bauten zu besichtigen, die im letzten Jahr fertiggestellt wurden. Architekten reichen dazu Vorschläge ein, eine Fachkommission wählt Bauten für die „Architektouren“ aus.



Bestandsbau, Glasfuge und Anbau des Staatsarchivs Augsburg (Foto: Richard Helfrich, Staatsarchiv Augsburg).

In diesem Jahr wurde auch der Anbau des Staatsarchivs Augsburg wegen seiner Fassadengestaltung in die Auswahl aufgenommen. Der Architekt Dr.-Ing. Stefan Schrammel aus Augsburg hatte die Fassade aus beschichtetem Metall entworfen. Aus diesem Grund fanden am Samstag, dem 24. Juni 2017, zwei Führungen durch den Anbau statt, die sich regen Zuspruchs erfreuten. Durch das jeweilige Gebäude führt traditionellerweise der Architekt, der seine Gedanken bei der Planung am besten erläutern kann. Da sich jedoch einem fachfremden Publikum der Magazinbau eines Staatsarchivs nicht von selbst erschließt, vereinbarten das



Die Führungen gewährten auch einen Überblick über die Einbindung des Staatsarchivs in das Universitätsviertel. Im Vordergrund die beiden Architekten: Hans Schrammel entwarf den Bestandsbau von 1989, Dr.-Ing. Stefan Schrammel die Fassade des Anbaus 2016. Im Hintergrund Dr. Thomas Engelke, Leiter des Staatsarchivs Augsburg (Foto: Richard Helfrich, Staatsarchiv Augsburg).

Staatsarchiv Augsburg und das Architekturbüro Schrammel gemeinsame Führungen. Dem Staatsarchiv fiel die Aufgabe zu, die speziellen Anforderungen an ein Archivmagazin zu erläutern und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Der Architekt Hans Schrammel hatte das 1989 fertiggestellte Staatsarchiv Augsburg geplant. Sein Sohn Dr.-Ing. Stefan Schrammel entwarf nun die Fassade des Anbaus. Beide Architekten waren bei den Führungen anwesend. Der Ausblick vom Dach des 20 Meter hohen Anbaus auf die Baustruktur des Staatsarchivs Augsburg von 1989 und dessen Einbindung in das Universitätsviertel war einer der Höhepunkte der Führungen, ebenso der Blick nach Norden auf die Altstadt von Augsburg.

Thomas Engelke

Archivschule

Elf Anwärterinnen und Anwärter haben mit dem Vorbereitungsdienst begonnen

Am 1. September 2017 hat für zwei Anwärterinnen und drei Anwärter der Vorbereitungsdienst für den Einstieg in die 2. Qualifikationsebene (QE) der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen, an der Bayerischen Archivschule begonnen und am 1. Oktober 2017 für eine Anwärterin und fünf Anwärter für die 3. QE an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgte für beide QEs in zwei Schritten: nach dem obligatorischen Auswahlverfahren beim Landespersonalausschuss mussten sich die Bewerberinnen und Bewerber einem strukturierten Interview unterziehen. Dazu wurden für die 2. QE 120 Bewerberinnen und Bewerber (davon 64 männlich und 56 weiblich) in der Reihenfolge ihrer Platzziffer beim Auswahlverfahren angeschrieben und zu einem strukturierten Interview eingeladen. Von den 48 eingegangenen Rückmeldungen haben 13 Bewerberinnen und 15 Bewerber sowie ein Angehöriger der Bundeswehr den Interviewtermin wahrgenommen. Vier davon wurden zur Ausbildung zugelassen. Ein externer Teilnehmer wurde von einer Kommune in den Ausbildungskurs entsandt.

Für das Fachhochschulstudium, das den Zugang zur 3. QE ermöglicht, wurden 44 Bewerberinnen und 39 Bewerber ebenfalls entsprechend ihrer Platzziffer beim Auswahlverfahren beim Landespersonalausschusses angeschrieben. Davon haben 19 Bewerberinnen und 19 Bewerber den Interviewtermin wahrgenommen. Sechs wurden zur Ausbildung zugelassen.

Die duale Ausbildung für die 2. QE dauert zwei Jahre und umfasst insgesamt 959 Unterrichtsstunden, die auf 4 Abschnitte aufgeteilt sind. Der Einführungsunterricht umfasst 368 Stunden, der Begleitunterricht für die beiden Praktikumsabschnitte 264 Stunden und der Abschlussunterricht 327 Stunden. Die Ausbildung erfolgt sowohl zum Archivar / zur Archivarin als auch zum Verwaltungsbeamten / zur Verwaltungsbeamtin. Daher umfasst der Unterricht auch Öffentliches Dienstrecht mit insgesamt 131 Stunden und Wirtschafts- und

Haushaltswesen mit 44 Stunden. Darüber hinaus erfolgt eine Ausbildung in der elektronischen Schriftgutverwaltung – für eine spätere Tätigkeit in einer Registratur. Ein weiterer Schwerpunkt des Unterrichts liegt auf der Vermittlung der Grundzüge der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte seit 1799 und der deutschen Paläographie seit 1800.

Der Unterricht für die 3. QE an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen, Fachbereich Archivwesen dauert drei Jahre. Vier Fachstudienabschnitte mit insgesamt 2400 Stunden und drei Praktikumsabschnitte wechseln sich ab. Die Praktika für die 2. und 3. QE finden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, im Staatsarchiv München, im Stadtarchiv München sowie im Archiv des Erzbistums München und Freising statt.

In beiden Qualifikationsebenen wird ein besonderes Gewicht auf die digitale Arbeitsweise und die Archivierung digitaler Informationen gelegt. So wird das Unterrichtsfach „Digitale Unterlagen“ ergänzt durch Besuche bei Behörden und Gerichten, die Einblicke in das konkrete digitale Arbeiten gewähren. In beiden Lehrplänen erscheint erstmals das Unterrichtsfach „Erschließung digitalen Archivguts“. Mit der Einrichtung des Digitalen Archivs und mit der Anschaffung eines neuen Archivinformationssystems ist es nun möglich, digitale Informationen zu erschließen und zugänglich zu machen. Im Unterrichtsfach „Digitale Archivierung“ werden Grundkenntnisse in der Langzeitspeicherung und die Lesbarhaltung der digitalen Archivalien vermittelt.

Margit Ksoll-Marcon

Personalia

Leitender Archivdirektor Dr. Bodo Uhl im Alter von 74 Jahren verstorben

Leitender Archivdirektor Dr. Bodo Uhl verstarb am 21. Juni 2017 im Alter von 74 Jahren in Freising. Für viele kam sein Tod plötzlich und unerwartet; viele wussten nichts von seiner schweren Erkrankung, sprach er doch nur wenig oder gar nicht darüber. Geboren am 7. Januar 1943 in München besuchte Bodo Uhl nach der Volksschule das humanistische Gymnasium in Freising. Im Wintersemester 1965/66 begann er sein Studium der Geschichte, Deutschen Philologie und Sozialkunde an der Ludwig-Maximilians-Universität München zunächst für das Lehrfach. Ab dem Sommersemester 1966 kamen die Geschichtlichen Hilfswissenschaften, die nun zu seinem Hauptfach wurden, hinzu. In diesem Fach wurde er bei Professor Dr. Peter Acht mit einer Arbeit über die Traditionen des Benediktinerklosters Weißenstephan promoviert. Weitere Arbeiten zum Kloster Weißenstephan sollten folgen. Während seines Studiums war er Hilfskraft am Seminar für Geschichtliche Hilfswissenschaften und seit 1969 für seine Promotion Stipendiat der Bischöflichen Studienstiftung Cusanuswerk.

Nach dem Studium besuchte Bodo Uhl von 1970 bis 1973 die Bayerische Archivschule. Im Anschluss an die Staatsprüfung für den höheren Archivdienst wurde Dr. Uhl mit Wirkung vom 16. Juli 1973 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zum Archivrat z.A. ernannt und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv zugewiesen. Drei Jahre später erfolgte mit Wirkung vom 1. August 1976 die Ernennung zum Archivrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit, 1977 die Ernennung zum Archivoberrat. 1978 wurde Dr. Uhl für knapp vier Monate an das Staatsarchiv Landshut abgeordnet. Hier war er u.a. mit der provenienzmäßigen Überprüfung der Ämter- und Kirchenrechnungen und der Vorbereitung für deren Abgabe an das Bayerische Hauptstaatsarchiv und das Staatsarchiv München betraut. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Aktenaussonderung und Schriftgutbewertung auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene. 1979 wurde Dr. Uhl vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv an das Staatsarchiv München bei gleichzei-



Dr. Bodo Uhl 2008 (Foto: Barbara Gastel, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

tiger Übertragung der Stellvertretung des Amtsvorstands versetzt und zwei Jahre später, 1981 an die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns unter gleichzeitiger Ernennung zum Archivdirektor. Mit Wirkung vom 8. Juli 1996 wurde Dr. Uhl zum Ltd. Archivdirektor und zum Ständigen Vertreter des Generaldirektors der Staatlichen Archive Bayerns berufen. Nach knapp 38 Dienstjahren erfolgte zum 31. Januar 2008 die Ruhestandsversetzung.

Während seiner Dienstzeit war Dr. Uhl mit sämtlichen Aufgaben eines Archivars betraut: Benutzerberatung, Provenienzanalysen, Erschließung von Archivgut, Aktenaussonderung, Schriftgutbewertung und Übernahme von Archivgut, Bestandsbildung, Bestandserhaltung und Archivtechnik, Archivpflege, Personal- und Haushaltsverantwortung. In seinen Händen lag zeitweilig auch die Schriftleitung der „Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns“, der „Bayerischen Archivinventare“ und der „Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern“.

Der Beginn seiner beruflichen Laufbahn erfolgte in einer Zeit der tiefgreifendsten Umgestaltung der Staatlichen Archive Bayerns. Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchgeführten Maßnahmen der Zentralisierung von Archivgut in München galt es rückgängig zu machen. Die auf verschiedene Archive zerrissenen und aufgeteilten Bestände sollten gemäß klaren Zuständigkeiten an einer Stelle zusammengeführt werden. Die vom damaligen Generaldirektor Professor Dr. Walter Jaroschka betriebene Beständebereinigung zwischen den staatlichen Archiven in Bayern sowie mit Baden-Württemberg und Salzburg wurde von Dr. Uhl mit Nachdruck unterstützt. Als Beständereferent in der Generaldirektion war er für deren Umsetzung mit zuständig.

Mit großer Sachkenntnis und stärksten Engagement wirkte Dr. Uhl an der Gestaltung und Formulierung des Bayerischen Archivgesetzes mit. Leitlinie war ihm die bestmögliche Sicherung der schriftlichen Überlieferung. Die Chancen, die die Archivgesetzgebung bot, sollten in diesem Sinne genutzt werden. Auch an den Folgevorschriften, wie z.B. der Aussonderungsbekanntmachung und der Benützungsbekanntmachung für die staatlichen Archive wirkte er maßgeblich mit. Zwei Tätigkeitsbereiche der staatlichen Archive, denen er eine besondere Bedeutung beimaß, wurden als Aufgaben der Staatlichen Archive Bayerns im Archivgesetz verankert: die Archivpflege, d.h. die Betreuung der nicht hauptamtlich besetzten Gemeindearchive, und die Beratung der Behörden, Gerichte und sonstigen öffentlichen Stellen bei der Ordnung und Sicherung ihrer Unterlagen in den Registraturen. Die Archivpflege, die im Bayerischen Archivgesetz erstmals eine gesetzliche Verankerung fand und in der Bekanntmachung für die kommunale Archivpflege eine nähere Ausgestaltung, war Dr. Uhl ein besonderes Anliegen. Sooft es ihm möglich war, nahm er an den Fortbildungsveranstaltungen für die Archivpflegerinnen und Archivpfleger in den Staatsarchiven teil. Ziel sollte es sein, möglichst viele Kommunalarchive hauptamtlich zu besetzen und engagierte Archivpflegerinnen und Archivpfleger in allen Sprengeln zu gewinnen.

Die Behördenberatung in der Schriftgutverwaltung war für Dr. Uhl gleichsam eine *conditio sine qua non* für eine fundierte Bewertung. Für ihn stand fest, dass nur derjenige, der weiß, wofür eine Behörde zuständig ist und wie sie ihre Akten bildet, eine für die Forschung transparente, fundierte Quellenbasis ohne Mehrfachüberlieferung generieren kann. Dieses zentrale Anliegen formulierte

er 1990 schriftlich in einem grundlegenden Aufsatz und entfachte damit die Bewertungsdiskussion in der Bundesrepublik neu. In Fachtagungen brachte er sich dazu intensiv ein und diskutierte mit Kolleginnen und Kollegen aller Bundesländer und des Bundes; jungen Kolleginnen und Kollegen war er stets ein Ratgeber. Diese Gespräche und die Zusammenarbeit über die Grenzen Bayerns hinaus waren ihm wichtig. Daher war es auch selbstverständlich, dass er sich in Bund-Länder-Gremien engagierte. Neben seiner Mitgliedschaft in verschiedenen Bewertungsarbeitsgruppen war er von 1975–1995 Mitglied im Fototechnischen Ausschuss der Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder und von 1999 bis zu seiner Pensionierung war Dr. Uhl Mitglied im Arbeitskreis Archive und Recht. Er war Mitglied des Triariums des Südwestdeutschen Archivtags. In Fragen der Archivgesetzgebung sowie sämtlichen Rechtsbereichen, die das Archivwesen tangieren, stand er in einem länderübergreifenden Diskurs und war als Gesprächspartner gesucht und geschätzt.

Seine breiten und umfassenden Fachkenntnisse gab Dr. Uhl an der Bayerischen Archivschule und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (vor 2003: Bayerische Beamtenfachhochschule), Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen an den beruflichen Nachwuchs weiter und prägte so mehrere Generationen von Archivarinnen und Archivaren. Seit 1973 bis zu seiner Pensionierung unterrichtete er in allen drei archivfachlichen Laufbahnen bis zu sechs Fächer und zwar: Allgemeine Archivlehre, Archivorganisation, Erschließung von Archivgut, Aussonderung, Behördliche Schriftgutorganisation und Archivpflege. So sind die meisten der heute in Bayern aktiven Facharchivare durch seine Schule gegangen. Auch in den Unterricht der Archivschule Marburg war er eingebunden. Die Fort- und Ausbildungsseminare an der Bayerischen Verwaltungsschule für Registratoren und für Archivpfleger waren ihm ein großes Anliegen. Mit großem Engagement brachte er sich ein und unterstützte Inhouse-Seminare zur Schriftgutverwaltung in Behörden und öffentlichen Stellen. Für ihn war es nur selbstverständlich, dass sich die Generaldirektion bereiterklärte den Einheitsaktenplan für die Gemeinden und Landratsämter in Bayern (EAPI) zu pflegen und fortzuschreiben, nachdem das Bayerische Staatsministerium des Innern im Zuge von Maßnahmen zur Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung in den 1990er Jahren die Verantwortung für den Aktenplan aufgegeben hatte. Er selbst stand der Arbeitsgruppe zur

Fortschreibung des EAPI, der auch Vertreter des Bayerischen Gemeindetags angehörten, vor. Noch nach seiner Pensionierung wirkte Dr. Uhl an der Erstellung einer Aktenkunde an der Archivschule Marburg mit und beteiligte sich an der Erstellung von Wertgutachten für Archive.

Dr. Bodo Uhl besaß ein schier unerschöpfliches Arbeitspotenzial. Grenzen der Belastbarkeit schien es nicht zu geben. Er zeichnete sich durch ein hohes Pflichtbewusstsein, Hartnäckigkeit und eine wirkliche, große Freude am Beruf aus. Bei aller Belastung nahm er sich Zeit für die Sorgen und Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch nach seiner Pensionierung hielt er Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen, nahm an Tagungen, Kolloquien und Ausstellungseröffnungen teil ebenso wie an Betriebsausflügen, Sommerfesten und Weihnachtsfeiern. Dr. Bodo Uhl hat das staatliche Archivwesen in Bayern in ganz besonderer Weise mitgestaltet und geprägt. Wir werden stets seiner gedenken.

Margit Ksoll-Marcon



Dr. Hatto Kallfelz an seinem 65. Geburtstag am 15. Juni 1999 (Foto: Staatsarchiv Würzburg).

Langjähriger Leiter des Staatsarchivs Würzburg, Leitender Archivdirektor Dr. Hatto Kallfelz, verstorben

Kurz vor Vollendung des 83. Lebensjahres verstarb am 8. Juni 2017 Leitender Archivdirektor Dr. Hatto Kallfelz. Am 15. Juni 1934 wurde Hatto Friedrich Heinrich Kallfelz als Sohn des Heerespsychologen Dr. Franz Kallfelz in Dresden geboren. An den Besuch der Volksschule in Berlin-Schlachtensee von 1940 bis 1943 und von 1943 bis 1944 in Gemünden am Main schloss sich die Gymnasialzeit in Würzburg, Münnerstadt, Miltenberg und Aschaffenburg an, wo er 1952 das Abitur ablegte. In den Jahren 1953 bis 1955 besuchte er das Bayerische Staatskonservatorium der Musik, bevor er sich 1955 an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg für die Fächer Deutsch, Geschichte und katholische Religionslehre immatrikulierte. Das Studium schloss Hatto Kallfelz mit der Promotion bei Professor Dr. Karl Bosl mit einer Arbeit über das Standesethos des Adels im 10. und 11. Jahrhundert ab. Es folgte 1961 eine Tätigkeit am Historischen Seminar der Universität Würzburg und in den Jahren 1962 bis 1964 ein Auslandsaufenthalt als Stipendiat der

Bayerischen Akademie der Wissenschaften zur Recherche von Quellen zu deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen in den Archiven von Florenz, Prato, Mantua und Venedig. Dem schloss sich ein Projekt zur Erstellung eines Schlagwortkatalogs für die wissenschaftliche Bibliothek des Collegium Carolinum in München an.

Dr. Hatto Kallfelz wurde 1965 zum dreijährigen Vorbereitungsdienst für den höheren Archivdienst an der Bayerischen Archivschule zugelassen. Nach abgelegter Anstellungsprüfung wurde er 1968 dem Staatsarchiv Würzburg unter Ernennung zum Archivassessor zugewiesen und u.a. mit den Beständen von Kurmainz und Fulda betraut. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus genehmigte Kallfelz 1971 unter Fortzahlung der Bezüge einen Sonderurlaub zur Ordnung des Archivs des Collegium Germanicum in Rom. Mit Wirkung vom 1. September 1971 erfolgte die Ernennung zum Archivrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. Sein berufliches Engagement spiegelte sich u.a. in den raschen Beförderungen wieder. So wurde er mit Wirkung vom 1. Dezember 1973 zum Archivoberrat ernannt und drei Jahre später 1976 zum Archivdirektor. Seine Tätigkeit im

Staatsarchiv Würzburg wurde lediglich durch die Abordnung für ein Jahr an das Staatsarchiv Bamberg 1981 unterbrochen, wo ihm die kommissarische Leitung dieses Staatsarchivs übertragen wurde. Daran schloss sich mit Wirkung vom 1. Januar 1982 die Leitung des Staatsarchivs Würzburg an; zum 1. Juni wurde er zum Leitenden Archivdirektor ernannt. Nach einem erfüllten Berufsleben trat Dr. Hatto Kallfelz zum 30. April 1999 in den Ruhestand.

Leitender Archivdirektor Dr. Hatto Kallfelz führte 17 Jahre die Geschicke des Staatsarchivs Würzburg. Er zeichnete sich durch wissenschaftliche Vielseitigkeit und eine sehr sorgfältige und gründliche Arbeitsweise aus. Seine Bescheidenheit und Herzlichkeit konnten alle, die mit ihm in Kontakt standen, erleben. In seine Amtszeit fiel 1993 die Rückführung von rund 13.000 Würzburger und Mainzer Urkunden vornehmlich aus der Zeit vor 1400, die im 19. Jahrhundert an das Allgemeine Reichsarchiv, das jetzige Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben worden waren. Aus dem breiten Arbeitsspektrum von Dr. Kallfelz gilt es besonders hervorzuheben: eine dreibändige Generalübersicht über die Bestände des Staatsarchivs Würzburg, die Erarbeitung gewichtiger Ausstellungen wie z.B. 1982 die Ausstellung zur Geschichte der Universität Würzburg in fürstbischöflicher Zeit und 1990 anlässlich der Landesgartenschau in Würzburg gemeinsam mit dem Stadtarchiv „Gärten und Grünanlagen in Würzburg“ sowie die 1989 geknüpften bleibenden Kontakte zu den Kollegen in Thüringen, vor allem mit dem Staatsarchiv Meiningen. Von seinen zahlreichen Publikationen sollen nur zwei herausgegriffen werden: das Archivinventar zum Bestand der Freiherrn von Fechenbach und die Mitarbeit an „BOSLs Bayerischer Biographie“. Besonders wichtig war Dr. Kallfelz ein enges Verhältnis zu den historischen Vereinen Unterfrankens, insbesondere zu den „Freunden Mainfränkischer Kunst und Geschichte“, zu deren Ehrenmitglied er ernannt wurde. Die Staatlichen Archive Bayerns werden Leitendem Archivdirektor Dr. Hatto Kallfelz ein ehrendes Andenken bewahren.

Margit Ksoll-Marcon

Berichtigung

Im Nachgang zum Artikel über die Ernennung des Direktors des Hauptstaatsarchivs zum Mitglied der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Nachrichten Nr. 72/2017, S. 92) wird ergänzt, dass aus den Staatlichen Archiven Bayerns dieser Kommission neben Prof. Dr. Hermann Rumschötter, Prof. Dr. Joachim Wild, Dr. Gerhard Hetzer und Dr. Margit Ksoll-Marcon auch seit 1990 Prof. Dr. Franz Machilek, der nicht nur die staatlichen Archive, sondern die Region Oberfranken in der Kommission vertritt, und seit 2012 Dr. Gerhard Immler, Leiter der Abteilungen I Ältere Bestände und III Geheimes Hausarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, angehören.

Neue Veröffentlichungen

Ausstellungskataloge

Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns. Eine Ausstellung der Staatlichen Archive Bayerns im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, München, 11. Oktober – 5. Dezember 2017. Konzeption: Margit Ksoll-Marcon. Bearbeitung: Christian Kruse, Laura Scherr, Margit Ksoll-Marcon, Julian Holzapfl, Klaus Rupprecht u.a. (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns, 59), München 2017, ISBN 978-3-938831-80-9, 398 Seiten, zahlr. farbige Abb.

Sonderveröffentlichungen

Ernst Schütz, Schule – Museum – Archiv. Wie Sie mit Schulklassen eine historische Ausstellung für die Öffentlichkeit gestalten können (Sonderveröffentlichungen der Staatlichen Archive Bayerns, 12), Copyright Museumspädagogisches Zentrum München und Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2017, ISBN 978-3-938831-79-3, 80 Seiten, Abb.; online veröffentlicht unter: https://gda.bayern.de/fileadmin/user_upload/schule_museum_archiv_s.1-80.pdf.

Kai Naumann – Michael Puchta (Hrsg.), Kreative digitale Ablagen und die Archive. Ergebnisse eines Workshops des KLA-Ausschusses Digitale Archive am 22./23. November 2016 in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Sonderveröffentlichungen der Staatlichen Archive Bayerns, 13) München 2017, ISBN 978-3-938831-81-6, 104 Seiten; wird demnächst online veröffentlicht unter: <https://gda.bayern.de>.

Elektronische Veröffentlichungen

Staatsarchiv Bamberg. Die ‚Judenmatrikel‘ 1824–1861 für Oberfranken, bearbeitet von der Gesellschaft für Familienforschung in Franken e.V. und dem Staatsarchiv Bamberg (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns – Digitale Medien Nr. 4; zugleich: Gesellschaft für Familienforschung in Franken e.V. – Digitalisierte Quellen Nr. 2), Copyright Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und Gesellschaft für Familienforschung in

Franken e.V., München-Nürnberg 2017, ISBN 978-3-929865-88-2

Die DVD-ROM ist erhältlich bei der Gesellschaft für Familienforschung in Franken e.V., Vordere Cramergasse 13, 90478 Nürnberg, E-Mail: info@gf-franken.de; Preis: 18 Euro (zzgl. Versandkosten) oder im Buchhandel.

Hinweise

Heinrich Graf von Spreiti (Hrsg.), Franz Graf von Spreiti (1914–1990) „Mein Kapfing“. Bearb. von Andrea Zedler und Jörg Zedler (Spreiti-Studien 5), München 2017, ISBN 978-3-8316-4658-6, 208 Seiten [als E-Book mit ISBN 978-3-8316-7319-3].

Ewa Gregorovičová, Archiv von [Erzherzog] Ludwig Salvator [von Österreich-Toskana; 4.8.1847–12.10.1915], Prag 2017 [tschechischer Originaltitel: Eva Gregorovičová, Archiv Ludvíka Salvátora. Úvodní studie a analytický inventár archivního fondu Národního archivu. Rodinný archiv toskánských Habsburků – Ludvík Salvátor, Národní archiv, Praha 2017; ISBN 978-80-7469-062-4; der einleitende Aufsatz „Erzherzog Ludwig Salvator und sein Personalarchiv“ und „Inventar des Archivs Ludwig Salvators“ sind in der Publikation vollständig auch in deutscher und spanischer Übersetzung enthalten, ebenso das Werkregister Ludwig Salvators].

Ira Georgieva – Valentina Petrova (Hrsg.), Săjuzeni – Bavarija i Bălgarija v Părvata svetovna vojna: dokumentalna izložba: katalog : Sofija, 9 juni – 9 juli 2017 g, Mjunchen – Generalna direkcija na dăržavnite archivi na Bavarija 2017.

Marita Krauss – Rainer Jedlitschka (Hrsg.), Verwaltungselite und Region. Die Regierungspräsidenten von Schwaben 1817 bis 2017, München 2017, ISBN 978-3-86222-254-4, 368 Seiten, Abb.

Terminvorschau

Tag der Archive

VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.

BÜRGER DEMORECHTE KRATIE

2018

*Wolffere sollen öffentlich gelehrt
Durch den Tod des armenen erde gehalten, und ein
unliche Dittor zu weiser und recht gelehrt werden.
Es sollen auch zu weiser mit große große Dittor für eine große Dittor
von weiser Dittor in weiser Dittor eine weiser Dittor öffentlich für*

3. und 4. März 2018

9. Tag der Archive mit dem Thema „Demokratie und Bürgerrechte“.

Am Tag der Archive beteiligen sich fast alle bayerischen Staatsarchive, teilweise in Kooperation mit den anderen Archiven vor Ort. In den Staatsarchiven Bamberg, Coburg, Landshut und Würzburg sind Feierabendführungen für Freitag, 2. März bzw. Montag, 5. März in Planung. Die Staatsarchive Amberg und München laden für Samstag, 3. März zu interessanten Veranstaltungen ein.

Detaillierte Angaben zum Programm werden Ende Januar 2018 auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns veröffentlicht; einen bundesweiten Überblick und die Aktivitäten aller Archive bietet die vom Verein deutscher Archivarinnen und Archivare angelegte Seite www.tagderarchive.de

18. März bis 27. Mai 2018

Highlights aus dem Schwarzenberg-Archiv.

Ausstellung des Staatsarchivs Nürnberg in Zusammenarbeit mit dem und im Knauf-Museum Iphofen anlässlich der Rückkehr des Herrschaftsarchivs

Frühjahr 2018

Über Land und Meer. Vom Orden der Johanniter und Malteser in Bayern.

Kleine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, München

21. und 22. Juni 2018

Südwestdeutscher Archivtag mit dem Thema Archivbau, Augsburg

Herbst 2018

Das Sanitätswesen im Ersten Weltkrieg (Arbeitstitel).

Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, München

Winter 2018

Menschen im Krieg. Die Oberpfalz 1618–1648.

Ausstellung des Staatsarchivs Amberg

HIGHLIGHTS
aus dem
SCHWARZENBERG
ARCHIV

18. März – 27. Mai 2018
Knauf-Museum Iphofen
Am Marktplatz, 97343 Iphofen

Öffnungszeiten: Dienstag bis Samstag 10 bis 17 Uhr; Sonntag 11 bis 17 Uhr
Tel. 09323/31-528 oder Tel. 09323/31-0, Fax 09323/5022
www.knauf-museum.de gda.bayern.de/nuernberg

Die Ausstellung entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Nürnberg

Impressum

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

80501 München • Postfach 22 11 52 • Tel. (089) 28638-2482 • Fax (089) 28638-2615

E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Umschlag, Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Umschlag Vorderseite: Triosonate des Münchner Hofmusikers Johann Caspar Teubner von 1695 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Fragmentensammlung, vorl. Nr. 176).

Rückseite: Das Wappen Markgraf Georgs des Frommen von Brandenburg-Ansbach und -Kulmbach, gemalt von Nikolaus Glockendon aus Nürnberg, 1529 (Staatsarchiv Nürnberg, Fürstentum Ansbach, Geheimes Archiv: Religionsakten 7 ad).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. Christoph Bachmann M.A. (Staatsarchiv München). – Christina Bosch (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Daniel Burger M.A. (Staatsarchiv Nürnberg). – Dr. Helmut Demattio M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Thomas Engelke M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Prof. Dr. Peter Fleischmann (Staatsarchiv Nürnberg). – Gerhard Fürmetz M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Sarah Hadry M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Hildegard Hagen (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Johannes Haslauer M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Ingrid Heeg-Engelhart (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Gerhard Hetzer (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Julian Holzapfl M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Nicola Humphreys M.A. (Staatsarchiv Nürnberg). – Rainer Jedlitschka M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Claudia Kalesse M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Florian Lehrmann M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Teresa Neumeyer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Matthias Nicklaus M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Stefan Nöth (Staatsarchiv Bamberg). – Christina Oikonomou M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Patrick Rieblinger B.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Jochen Rösel M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Dr. Martin Rüth (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Klaus Rupprecht (Staatsarchiv Würzburg). – Ingrid Sauer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Mag. Dr. Laura Scherr (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Clelia Segieth (München, als Tochter des Nachlassgebers Johannes Segieth). – Thomas Steck (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Johannes Stoiber (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Till Strobel (Staatsarchiv Amberg). – Dr. Michael Unger M.A. (Staatsarchiv München). – Dr. Monika von Walter M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Susanne Wanninger M.A. (Bischöfliches Zentralarchiv Regensburg). – Dr. Philipp Weiß (Bibliotheksakademie Bayern). – Dr. Alexander Wolz M.A. (Staatsarchiv Coburg).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721-9733

Druck: Grafik und Druck GmbH Peter Pöllinger, Landsberger Str. 318a, 80687 München

Mit der Annahme eines Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Verlag, Herausgeber und Redaktion alle ausschließlichen Vertragsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online und offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ohne zeitliche Begrenzung.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen, die Auswertung der Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen bleiben vorbehalten. Es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung der Redaktion.

